

Deutsche Machtpolitik in Lettland im Jahre 1919

Ausgewählte Dokumente des von General Rüdiger Graf von der Goltz geführten Generalkommandos des VI. Reservekorps¹

von
Wilhelm Lenz

Formale Äußerlichkeiten verdienen bisweilen besondere Beachtung. In der Registratur des Berliner Auswärtigen Amtes wurde die Aktenserie „Der Weltkrieg 20 d Nr. 1a — Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland“ nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 ungebrochen bis März 1920 weitergeführt.² Aber auch der

1) Die hier veröffentlichten Dokumente aus den Unterlagen des Generalkommandos des VI. Reservekorps befinden sich im Archiv des Johann-Gottfried-Herder-Instituts (HI) in Marburg. Es handelt sich um fünf Aktenbände, die folgende Signaturen und Titel tragen: Balt. 198: Beziehungen der deutschen Truppen zur lettländischen Regierung (u. a. betr. Liebauer Putsch), März - Juli 1919; Balt. 199: Taktik (Truppenbewegungen und Räumung), Februar - Dezember 1919; Balt. 200: Beziehungen zwischen den deutschen Truppen und den Deutschbalten (u. a. deutsche Siedlung, Landeswehr, Landmarschall von Stryk), März - Oktober 1919; Balt. 201: Beziehungen zu antibolschewistischen Russen, Verbände und Truppeninformationen, Verhältnisse in Litauen, März - Dezember 1919; Balt. 202: Politische Verhältnisse im Baltikum (u. a. Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Lettland vom 8. 8. 1919, Nachrichten betr. Koltschak), Juli - Oktober 1919. Diese Unterlagen sind 1966 durch Vermittlung von Herbert Petersen als Eigentum der Baltischen Historischen Kommission im Hessischen Staatsarchiv in Marburg deponiert und dort irrtümlicherweise als „Teilnachlaß v. Knorke“ akzessioniert worden. Sie stammen jedoch aus dem Besitz von Ottokar von Knieriem (1893—1966), der als Ordonanzoffizier im Stabe des Generals von der Goltz tätig war. Knieriem, Sohn des Rektors des Polytechnikums in Riga, Woldemar von Knieriem, war Direktor der Libauer Bank AG, später Repräsentant der Dresdner Bank AG in Stockholm. Er ist der Onkel mütterlicherseits des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. — Bei der Identifizierung und Zugänglichmachung der Unterlagen hat mir Herr Peter W. Wörster in sehr kollegialer Weise geholfen, wofür ich ihm an dieser Stelle herzlich danken möchte. — Die Dokumentation stellt die Vorarbeit für einen größeren Aufsatz dar.

2) Die Akten befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) in Bonn. Zu dem Thema gibt es zahlreiche Arbeiten, von denen hier nur eine Auswahl genannt sei. C. L. Sullivan: Ruediger von der Goltz and the German Baltic Campaign 1919, Diss. San José College 1964; als Kurzfassung erschienen: The 1919 German Campaign in the Baltic: The Final Phase, in: The Baltic States in Peace and War 1917—1945, hrsg. von V. S. Vardys u. R. J. Misunas, Pennsylvania State University Press 1978, S. 31 — 42, 201—204; Militarismus gegen Sowjetmacht 1917 bis 1919. Das Fiasko des deutschen Militarismus (Schriften des Instituts für deutsche Militärgeschichte), Berlin(-Ost) 1967; Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1918—1920, hrsg. von J. v. Hehn, H. v. Rimscha, H. Weiss, Marburg 1977; W. Lenz: Die Bermond-Affaire 1919, in: Journal of Baltic Studies 15 (1984), S. 19—26; M. Hagen: Frankreichs Politik in der „baltischen Frage“ 1919, in: ZfO 33 (1984), S. 578—591.

Inhalt der Akten vermittelt den Eindruck, daß es trotz Niederlage und Revolution in der Baltikum-Politik des Deutschen Reiches bis zum Ende des Jahres 1919 eine bemerkenswerte Kontinuität gegeben hat. Entscheidende Voraussetzung dafür bot die militärische Machtposition, die deutsche Truppen in Lettland im Kampf gegen den bolschewistischen Gegner gewonnen hatten.

Daß die von Sozialdemokraten geführte Reichsregierung militaristische Machtpolitik alten Stils grundsätzlich ablehnte, ist nicht nur an Hand zahlreicher Äußerungen in der Öffentlichkeit, sondern auch interner Vermerke von maßgeblichen Politikern der Zeit zu belegen. Diese Feststellung gilt jedoch nicht für alle Sozialdemokraten. Insbesondere der Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, und der Reichswehrminister Gustav Noske verfolgten andere Ziele, sehr zum Schaden der Regierung hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber den Siegermächten.³ Der deutschen Regierung insgesamt ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie allzu nachgiebig die von Militärs, Diplomaten und Ministerialbürokraten betriebene aggressive Ostpolitik, besonders in Lettland, geduldet hat. Wirksame Möglichkeiten, die Entwicklung im Baltikum zu verhindern, hätte sie sicherlich gehabt, wurden doch die Truppen einschließlich der weißen russischen Verbände gänzlich vom Reich finanziert. Als für diesen Zusammenhang typisch kann eine Äußerung des Ministerpräsidenten Scheidemann in der Kabinettsitzung vom 24. April 1919 nach ausführlichem Vortrag General Groeners über die militärische Lage gewertet werden: „Exz. Groener machte die Bemerkung, es sei doch von Wert, das augenblicklich im Baltikum besetzte Gebiet auch als Siedlungsgebiet für Deutschland zu halten. Politisch kann uns die Äußerung solcher Ansichten gegebenenfalls schaden, wir dürfen sie daher nicht öffentlich aussprechen.“⁴

Militärische Ausgangslage und Entwicklung in Lettland stellen sich in dem hier behandelten Zeitraum vergleichsweise einfach dar, ganz im Gegensatz zu den äußerst komplizierten politischen Verhältnissen. Nach den

3) Vgl. Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919—1920, bearb. von H. P o t t h o f f, H. W e b e r (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3, Bd. 7), Düsseldorf 1986. In den Protokollen wird die baltische Frage nur an wenigen Stellen erwähnt. Wichtig ist die Diskussion in der Fraktionssitzung vom 14. 4. 1919, in der ein Brief des Redakteurs Paul Rodemann aus Libau verlesen wird. Rodemann war Vorsitzender des Soldatenrates im Gouvernement Libau seit dem 10. 11. 1918 und einer der beiden von den Ostruppen gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung. Er verlangte in seinem Schreiben „Maßnahmen gegen die dort herrschende reaktionäre Gefahr“. In der Aussprache „wird sehr dringlich das Verlangen nach schneller und gründlicher Remedur und sehr ernstes Bedenken gegen Noske, Winnig und Göhre laut“ (S. 77 f.).

4) Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Scheidemann: 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. von H. S c h u l z e, Boppard 1971, S. 221. Die von H. S c h u l z e an anderer Stelle (Freikorps und Republik 1918—1920, [Militärgeschichtliche Studien, 8], Boppard 1969, S. 127) getroffene Feststellung, daß weder die OHL noch die Reichsregierung „irgendwelche Ambitionen“ im baltischen Gebiet hatten, ist folglich nicht richtig.

Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 sollten die deutschen Truppen zunächst in den vor dem Weltkrieg zu Rußland gehörenden Gebieten verbleiben, um den Vormarsch der bolschewistischen Armee zu verhindern. Die Oberste Heeresleitung hatte hingegen unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens den Rückzug der Truppen eingeleitet, so daß die Rote Armee ohne größere Schwierigkeiten — die Abwehrbemühungen der von den Deutschbalten und Letten aufgestellten Landeswehr blieben zunächst weitgehend erfolglos — das lettische Gebiet in wenigen Wochen bis in die Nähe von Libau erobern konnte. Noch im Dezember 1918 hatten sich der Generalbevollmächtigte für die baltischen Lande, August Winnig, und die Provisorische Lettische Regierung in zwei Verträgen über die Aufstellung von Freiwilligenverbänden geeinigt, die die Voraussetzung für die spätere Präsenz der deutschen Truppen in Lettland schufen.⁵

Im Januar 1919 wurde von der Obersten Heeresleitung das „Oberkommando Grenzschutz Nord“ (kurz „Oberkommando Nord“) als neue Kommandostelle für alle deutschen Verbände im Nordosten errichtet, dessen Sitz nach kurzer Zeit von Königsberg nach Bartenstein (ebenfalls in Ostpreußen) verlegt wurde. Chef des Generalstabes war zunächst Generalmajor von Seeckt, ab 17. April 1919 Oberst Heye. Die Befehlsgewalt an der kurländischen Front wurde dem Generalkommando des VI. Reservekorps übertragen, das dem Oberkommando Nord unterstand.⁶

Mitte Januar 1919 war die 8. Armee, die während des Krieges im Baltikum gestanden hatte, ins Reichsgebiet zurückgekehrt, während sich in Libau neue Freiwilligenverbände zu formieren begannen. Gegen Ende des Monats hatten die Landeswehr und die Eiserne Division bereits wichtige Einzelerfolge erzielt, als mit der Ankunft des Generals Graf Rüdiger von der Goltz am 1. Februar 1919 die entscheidende Wendung im Kampf gegen die Rote Armee eintrat. Goltz übernahm sofort die Geschäfte des Gouverneurs von Libau, die Übernahme des Generalkommandos folgte am 14. Februar. Dem Generalkommando des VI. Reservekorps unterstanden neben verschiedenen kleineren Freiwilligenverbänden die Baltische Landeswehr, die Eiserne Division und die neu eingetroffene 1. Garde-Reserve-Division. An dieser Stelle ist daran zu erinnern, daß sich die Reichsregierung offiziell für die Rekrutierung von Freikorps entschieden hatte und diese im Baltikum unter der unbestrittenen Führung der Obersten Heeresleitung operierten.

In den folgenden Wochen und Monaten gelang dem Generalkommando in mehreren Offensiven die systematische Zurückdrängung der Roten Ar-

5) Vertrag vom 7. 12. 1918, vgl. C. G r i m m : Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/1919, Essen 1939, S. 213 ff.; Vertrag vom 29. 12. 1918, vgl. H.-E. V o l k m a n n : Das Deutsche Reich und die baltischen Staaten 1918 bis 1920, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 2), S. 387, Anm. 42.

6) Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga. Januar bis Mai 1919 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 2), Berlin 1937, S. 4 ff.

mee⁷ in Litauen und Kurland, die mit der Eroberung Rigas am 22. Mai 1919 ihren Höhepunkt erreichte. Diese militärischen Erfolge waren mit der offiziellen Billigung der Alliierten Mächte erzielt worden; die deutschen Truppen hatten damit ihre Aufgabe im Kampf gegen den bolschewistischen Gegner erfüllt. Auch wenn die Rote Armee in den östlichen Teilen des Baltikums noch stand, eine wirkliche Bedrohung stellte sie nicht mehr dar. Für die deutschen Verbände war der Zeitpunkt für die Räumung des baltischen Gebietes gekommen. Bereits mit wachsendem Mißtrauen hatten die Alliierten die letzten Offensivbewegungen beobachtet, sogar Anfang Mai schon die Abberufung des Generals von der Goltz gefordert. Am 13. Juni 1919 beschloß der Oberste Rat in Paris unter Berufung auf Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages, daß die Deutschen Libau und Windau sofort und die übrigen besetzten Gebiete so bald wie möglich räumen sollten. Diese Entscheidung wurde der deutschen Verhandlungsseite mit einer Note vom 18. Juni zur Kenntnis gebracht. In ihrer Antwort teilte die deutsche Reichsregierung mit, daß entsprechende Befehle bereits ausgegeben seien.⁸

Tatsächlich hatte das Reichskabinett am 8. Mai 1919 den Rückzug der Truppen aus den besetzten ehemaligen russischen Gebieten — gegen den Willen der Alliierten — beschlossen, und noch im gleichen Monat erfolgten die ersten Abzüge aus Nordlitauen.⁹ Doch die verantwortlichen Stellen im Baltikum, insbesondere der Kommandierende General von der Goltz hatten ganz andere Pläne. Ihre militärische Machtposition in den besetzten Gebieten aufzugeben, waren sie nicht gewillt; vielmehr verfolgten sie weitreichende politische Ziele. Als geeignetes Mittel ergab sich die Zusammenarbeit mit den antibolschewistischen russischen Verbänden, die schließlich zum sog. Bermondts-Unternehmen führte — eine deutsche Affaire unter russischer Flagge. Bezeichnenderweise hatte Goltz Ende Mai das Generalkommando von Libau nach Mitau verlegt, dem Ausgangspunkt der späteren Entwicklungen.

Graf von der Goltz hat in seinen Erinnerungen seine politischen Ziele unverblümt ausgesprochen: „Warum sollte nicht die im August 1918 verhinderte Ostpolitik zusammen mit den ‚weißen‘ Russen in irgendeiner veränderten anpassungsfähigen Form unter der Flagge der Bolschewiken-Bekämpfung noch möglich sein, da England auch im Laufe der Zeit eigene Machtmittel nur zur See zeigte?“ Dabei glaubte er auf eine „zeitweilige“ lettische Regierung keine Rücksicht nehmen zu können, „wenn sie nicht mit-helfen wollte in Fragen, die die gemeinsame Zukunft Deutschlands und Osteuropas entscheiden sollten.“ Unter den gegebenen Umständen „galt es, nur auf sich und seine treuen Mitarbeiter gestützt, seine Gedanken zu

7) Vgl. dazu A. Drizulis, J. Krastiņš: Die roten lettischen Schützen 1917—1920, Berlin(-Ost) 1985, S. 126 ff.

8) Documents on British Foreign Policy 1919—1939, 1st Ser., Vol. 3, 1919, hrsg. von E. L. Woodward, R. Butler, London 1949, S. 1 u. 8.

9) Akten der Reichskanzlei (wie Anm. 4), S. 260.

verschleiern und zu versuchen, sie gegen eine Welt von Feinden durchzusetzen.¹⁰ Daß General von der Goltz eine letztlich kompromißlose Politik in seinem Sinne verfolgt hat, wird durch die hier veröffentlichten Dokumente nachdrücklich untermauert. Sie zeigen darüberhinaus, daß Goltz in seinen Zielsetzungen keineswegs nur auf seine treuesten Mitstreiter zurückgreifen konnte, sondern auch von seinen vorgesetzten Stellen tatkräftige Unterstützung erhielt. Daß er die deutsche Politik im Baltikum im Jahre 1919 entscheidend bestimmte, ist keine Frage. Er war die treibende Kraft, ohne ihn wäre die Entwicklung vermutlich anders verlaufen. Goltz war es, der die Zusammenarbeit mit den weißen russischen Truppen forcierte und schließlich erreichte, daß unter diesem Deckmantel seine aggressiven Ziele weiterverfolgt wurden, nachdem er auf massiven Druck der Alliierten von seinem Posten abberufen worden war. In Anbetracht seiner Bedeutung für die politische Entwicklung in Lettland dürfen diese Dokumente besondere Beachtung beanspruchen, stammen sie doch aus einem Teilnachlaß des Generals.

Die hier veröffentlichten Dokumente konzentrieren sich im wesentlichen auf drei Themenkomplexe: das deutsch-lettische Verhältnis im Frühjahr 1919 bis zum Libauer Putsch, deutsche Ansiedlungspläne in Kurland und die deutsch-russische Zusammenarbeit im Sommer 1919.

In den ersten Monaten des Jahres 1919 schien sich das deutsch-lettische Verhältnis — zumindest aus deutscher Sicht — durchaus positiv zu gestalten. In dem Bericht des Vertreters des Deutschen Gesandten bei den Regierungen Lettlands und Estlands vom 18. Februar 1919 wurde die Lage nüchtern analysiert.¹¹ Der Vormarsch der deutschen Truppen gegen die Bolschewiken entspreche den Interessen sowohl der maßgeblichen lettischen als auch der deutschbaltischen Kreise und diene durch die Schaffung einer Zone vor der Grenze der Sicherheit Deutschlands. In außenpolitischer Hinsicht müsse alles vermieden werden, Deutschland in den Verdacht annexionistischer Pläne bringen zu können. „Politisch wird die Wendung die sein, daß Deutschland auf Bitten der Lettischen Regierung ihr seine Hilfe leiht, um das Land von dem Einfall feindlicher Horden zu befreien, daß Deutschland aber unter keinen Umständen bei dieser Gelegenheit wieder Okkupationsmacht im Lande werden will. Soweit das Land zur Zeit von uns noch besetzt ist, haben wir mangels anderer Abmachungen noch die Stellung einer solchen. Anregungen zur Abänderung sind aber auch dafür bereits an uns gelangt.“¹² Erwähnt wurde im selben Bericht jedoch auch „das gänzlich reichsdeutsch-unfreundliche Verhalten der Regierung“ Lettlands.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß sich die Formulierung ‚deutsch-lettisches Verhältnis‘ lediglich auf die Provisorische Lettische

10) Graf R. v. d. G o l t z : Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920, S. 128 f.

11) AA, Weltkrieg 20 d Nr. 1 a Bd. 26.

12) Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945 (weiterhin zit.: ADAP), Serie A: 1918—1925, Bd. 1, Göttingen 1982, S. 305, Anm. 4.

Regierung unter Ministerpräsident Ulmanis bezieht. Diese stand innenpolitisch auf schwachen Füßen, konnte sie sich doch nicht auf ein durch Wahl bestätigtes Mandat der Mehrheit der Bevölkerung Lettlands stützen oder berufen. Sie befand sich in der schwierigen Lage, deutsche militärische Hilfe im Kampf gegen die Rote Armee in Anspruch nehmen zu müssen, obwohl die Deutschen in der öffentlichen lettischen Meinung keinerlei Sympathie genossen. Die Abneigung, die sich bis zu blankem Haß steigern konnte, bezog sich einerseits auf die Deutschbalten wegen ihrer beherrschenden Stellung in der Vergangenheit, andererseits auf die Reichsdeutschen auf Grund der noch frischen Erinnerungen an die Okkupationszeit während des Krieges. In ihrer außenpolitischen Einstellung war die Ulmanis-Regierung gänzlich auf die Alliierten Mächte orientiert, deren militärisches Engagement sich jedoch auf die Entsendung einiger Kriegsschiffe sowie Waffenlieferungen beschränkte.¹³

Während die Stryk-Affaire Mitte Februar das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen den Deutschbalten und der Lettischen Regierung entscheidend belastete, scheint sie nicht zu einer unmittelbaren Verschlechterung des deutsch-lettischen Verhältnisses geführt zu haben. Allerdings kam es Anfang März zu einer atmosphärischen Verhärtung, die jedoch durch Gespräche zwischen General von der Goltz und dem von einer längeren Auslandsreise zurückgekehrten Ministerpräsidenten Ulmanis gelockert werden konnte. In einer Unterredung am 22. März hatte Ulmanis den Deutschen gegenüber seinen ausdrücklichen Dank für die Befreiung Mitaus und eines großen Teils Lettlands zum Ausdruck gebracht.¹⁴

Doch über die situationsbedingten, wechselvollen Beziehungen hinweg lag der Gegensatz sehr viel tiefer begründet. Es handelte sich im wesentlichen um zwei miteinander zusammenhängende Fragen, die von beiden Seiten ganz unterschiedlich bewertet wurden. Zum einen ging es um die Forderung der Lettischen Regierung auf das Recht zur Zwangsmobilisierung, zum anderen um den Status der deutschen Truppen in Lettland. Waren sie noch immer Okkupationsmacht oder nur Hilfskorps?¹⁵ Obwohl die deutsche Seite im Februar klar ausgesprochen hatte, daß Deutschland nicht wieder Okkupationsmacht im Lande werden wolle, rückte sie in den folgenden Wochen von dieser Haltung deutlich ab. Unter Berufung auf § 43 der Haager Landkriegsordnung¹⁶ vertrat sie den Standpunkt, mit vollem Recht als Okkupationsmacht in Lettland agieren zu können, wobei das Rechtsreferat des Auswärtigen Amtes diese Auffassung bekräftigte.¹⁷ Die

13) Zum deutsch-lettischen Verhältnis in dieser Phase vgl. H.-E. V o l k m a n n : Probleme des deutsch-lettischen Verhältnisses zwischen Compiègne und Versailles, in: ZfO 14 (1965), S. 713—726.

14) Vgl. die Berichte des Deutschen Gesandten bei den Regierungen Estlands und Lettlands vom 26. 2. 1919 im AA (wie Anm. 11), Bd. 26, vom 8. 3. 1919 ebenda Bd. 27, vom 26. 3. 1919 ebenda Bd. 28.

15) Vgl. dazu V o l k m a n n , Probleme (wie Anm. 13), S. 721.

16) Die Haager Landkriegsordnung, hrsg. von R. L a u n , Wolfenbüttel, Hannover 1947.

17) Gutachten vom 5. 4. 1919, AA (wie Anm. 11), Bd. 27.

Provisorische Lettische Regierung hielt dagegen, daß die Besetzung in Lettland als solche nicht mehr existiere, und zwar unter Berufung auf den Waffenstillstandsvertrag und speziell auf den zwischen Deutschland und Lettland abgeschlossenen Vertrag vom 7. 12. 1918. Die deutschen Truppen könnten demnach lediglich den Status einer Hilfstruppe beanspruchen. Das beiderseitige Beharren auf Rechtspositionen kann nicht verdecken, daß es hier um die militärische und damit letztlich auch um die politische Machtfrage ging, wer Herr im Hause war. Die Verhandlungen Anfang April 1919 zeigen sehr deutlich, daß eine Kompromißlösung offensichtlich nicht möglich war.¹⁸

Der wirklich entscheidende Punkt betraf die Frage der Zwangsmobilisierung.¹⁹ Die Provisorische Lettische Regierung bestand auf dem Recht, in den befreiten Gebieten die allgemeine Mobilmachung durchführen zu dürfen. Nur auf diesem Weg sah sie eine Möglichkeit zur Aufstellung einer eigenen, schlagkräftigen Armee, die unter den gegebenen Voraussetzungen eine unabhängigere Politik erlauben könnte. Die deutschen Stellen waren jedoch lediglich bereit, Freiwilligenanwerbungen in begrenztem Umfang zu gestatten. Der Bericht vom 26. Februar 1919 hatte bereits die Frage der Mobilisation als „Prüfstein für die Brauchbarkeit der Regierung im Kampf gegen den Bolschewismus“ bezeichnet, „weil damit eine Überzahl bolschewistischer Elemente in die Landeswehr gelangen würde.“²⁰ Ob und wie weit diese Befürchtung tatsächlich gerechtfertigt war, ist schwer zu beurteilen. Anhänger der bolschewistischen Ideologie hat es unter der lettischen Bevölkerung auch in den von den deutschen Truppen eroberten Gebieten zweifellos gegeben. Daß sie jedoch auf Grund der Zwangsmobilisierung für die Regierung zu einer akuten Gefahr werden konnten, erscheint doch recht fraglich. Die Lettische Regierung hat dies nicht erst in den Verhandlungen Anfang April hartnäckig bestritten.²¹ Behauptung steht hier gegen Behauptung, echte Beweise lassen sich weder für die eine noch für die andere Auffassung anführen. Fest steht allerdings, daß die deutsche militärische Führung unter General von der Goltz an einem stärkeren lettischen Aufgebot keinerlei Interesse hatte. In einem Brief von Ende März 1919 schrieb er: „Nur das Ausbleiben der lettischen Freiwilligen hat das Übergewicht der Balten bisher ermöglicht. ... Ich kämpfe gegen die Aushebung mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln ... Immerhin hoffe ich, daß die lettische Truppenmacht bis auf weiteres in zahlenmäßig und im Wert erträglichen Grenzen bleibt.“²² Darüberhinaus hatte Goltz es verstanden, seine Einschätzung der Lage auch gegenüber der Reichsregierung durchzusetzen. In einem Telegramm des Auswärtigen Amtes an die

18) Vgl. Dokument Nr. 5.

19) Vgl. dazu H. v. R i m s c h a : Die Episode Niedra, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 2), S. 289 f.

20) AA (wie Anm. 11), Bd. 26.

21) Vgl. Dokument Nr. 5.

22) Dokument Nr. 4.

Deutsche Waffenstillstandskommission vom 10. März 1919 wurden Bedenken gegen die Zwangsmobilisation besonders betont.²³

Die Verhandlungen vom 4. und 5. April 1919, deren Protokolle eine merkwürdige Mischung aus wörtlicher und indirekter Niederschrift darstellen²⁴, vermitteln in sehr anschaulicher Weise, wie die Deutschen, gestützt auf ihre militärische Machtposition, den lettischen Wünschen gegenüber unverändert hart blieben. Höflich in der Form, aber ebenso bestimmt in der Sache, zeigten sie sich an einer wirklichen Verständigung nicht interessiert. Das veranlaßte Ulmanis schließlich zu der resignierenden Äußerung: „Wenn die Mobilisierung nicht gestattet wird, sind wir gezwungen, der Bevölkerung zu sagen, daß die deutschen Truppen es uns nicht gestatten, uns zu mobilisieren. Verheimlichen können wir das nicht. Das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschen und uns wird dadurch nicht besser, wenn Ihnen das alles von zu geringer Bedeutung erscheint, können wir nichts machen.“²⁵

Tatsächlich scheinen sich die deutschen Stellen nach dem Scheitern dieser Verhandlungen entschieden zu haben, auf die lettischen Forderungen keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen. In einem Bericht des Deutschen Geschäftsträgers vom 8. April wurde erklärt, daß es inzwischen unmöglich sei, „eine neue Grundlage, etwa die Stellung eines Hilfskorps“ zu akzeptieren.²⁶ In einem weiteren Bericht vom gleichen Tage verschärfte sich der Ton: „Die Lettische Regierung entwickelt sich, vielleicht durch die auswärtigen Kommissionen ermutigt, immer mehr zur Diktatur.“ Unter Hinweis auf eine am 4. April erlassene Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung fühlten sich die Deutschen als Okkupationsmacht nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung zur Androhung legitimiert, gegebenenfalls die „zu Unrecht betroffenen Einwohner gegenüber der Provisorischen Regierung in Schutz zu nehmen.“²⁷ Das waren deutliche Worte, die einen Bruch mit der Lettischen Regierung ankündigten. Man mußte schon an den reinen Zufall in der Geschichte glauben, wenn man den Libauer Putsch am 16. April, der zum Sturz der Ulmanis-Regierung führte, nicht mit diesem neuen Kurs in Verbindung bringen will. Obwohl eine aktive Unterstützung reichsdeutscher Stellen beim Staatsstreich bisher nicht nachgewiesen werden konnte, ist der Zusammenhang doch zu offensichtlich. Die weitere Entwicklung hat im übrigen gezeigt, daß sich die bolschewistischen Neigungen der lettischen Bevölkerung durchaus in Grenzen hielten.

Die Siedlungsfrage spielte für die Freikorpskämpfer zweifellos eine wichtige Rolle, die in ihrem größeren Zusammenhang noch nicht unter-

23) ADAP (wie Anm. 12), S. 273.

24) Dokument Nr. 5.

25) Ebenda, S. 552.

26) ADAP (wie Anm. 12), S. 404, Anm. 2.

27) Bericht des Deutschen Geschäftsträgers bei den Regierungen Lettlands und Estlands vom 8. 4. 1919, AA (wie Anm. 11), Bd. 28.

sucht worden ist.²⁸ Der juristischen Seite hinsichtlich des Rechtes auf Ansiedlung kommt dabei geringere Bedeutung zu, wesentlich ist die Frage, welche Vorstellungen und Planungen tatsächlich dahinterstanden. Unschwer lassen sich hier die Verbindungslinien zur Siedlungspolitik der Kurländischen Ritterschaft während der Okkupationszeit und früher einerseits sowie zum großangelegten Siedlungsplan des Chefs des Generalstabes beim Oberbefehlshaber Ost, General Ludendorff, andererseits ziehen.²⁹ Ende 1917 war in Berlin die „Landgesellschaft Kurland GmbH“ gegründet worden. Die Mentalität der Okkupationszeit bezüglich der Ansiedlungsfrage ist aus den ersten beiden Dokumenten sehr deutlich auszumachen. Hauptmann Friedrich von Rabenau rechnet in seinem Schreiben vom März 1919 mit der Möglichkeit, daß „doch einmal der Augenblick“ kommt, „wo Gewalt gegen die jetzige lettische Regierung angewendet werden müßte, um die berechtigten Landansprüche der Truppe durchzusetzen.“ Um die wahren Absichten zu verschleiern, schien es ihm ratsam, der Truppe „einen etwas gemischt-völkischen Anstrich“ zu geben, indem auch in Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz Werbungen durchgeführt werden sollten.³⁰ Ähnliche Töne finden sich in dem Schreiben von General Graf von der Goltz an die Anwerbestelle. Er sieht für die freiwilligen Siedler nach dem Abzug der deutschen Truppen Schwierigkeiten voraus hinsichtlich der „Finanzierung, Ausrüstung, Bewaffnung und Verpflegung eines solchen Staates im Staate“, allerdings mit der Einschränkung, „falls die Truppenmacht nicht bald mit Waffen in Militär-Kolonien entlassen wird oder, wie zu vermuten, der Bürgerkrieg zwischen Balten und Letten sich nicht dem Kampf gegen die Bolschewiki unmittelbar anschließt.“³¹ Da bereits wenige Wochen später gewaltsam gegen die Lettische Regierung unter Ulmanis vorgegangen wurde, zeigt sich sehr deutlich, daß diese oder ähnliche Überlegungen durchaus nicht realitätsfern waren.

Auch über die Organisation der Anwerbung der Freiwilligen ist bisher relativ wenig bekannt.³² Die Zentrale der Anwerbungsstelle Baltenland in Berlin, die als Werbestelle des Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches für die Baltischen Lande fungierte, wurde von Joachim Graf von der Goltz, einem Bruder des Generals, geleitet. Zweigstellen befanden sich

28) Vgl. dazu Sullivan (wie Anm. 2), S. 13 ff.; v. Rimscha (wie Anm. 19), S. 290 ff.; Dokument Nr. 1.

29) Vgl. R. Stupperich: Siedlungspläne im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost (Militärverwaltung Litauen und Kurland) während des Weltkrieges, in: Jomsburg 5 (1941), S. 348—367; A. Frhr. v. Taube: Die baltisch-deutsche Führungsschicht und die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland 1916—1918, in: Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten 1917—1918, hrsg. von J. v. Hehn, H. v. Rimscha, H. Weiss, Marburg 1971, S. 121 ff.; K.-H. Jansen: Die baltische Okkupationspolitik des deutschen Reiches, ebenda, S. 227 ff.

30) Dokument Nr. 3.

31) Dokument Nr. 4.

32) Vgl. dazu Sullivan (wie Anm. 2), S. 44 ff.; Militarismus gegen Sowjetmacht (wie Anm. 2), S. 155 ff.; Dokument Nr. 2.

in zahlreichen Städten.³³ Sorgen bereitete den Verantwortlichen die Tatsache, daß sich unter den freiwilligen Soldaten in erheblichem Umfang eine Negativauslese meldete und anwerben ließ. General von der Goltz vertrat die Auffassung, daß sich „das Pack, das größtenteils hierher kommt“, für die geplante Ansiedlung nicht eigne.³⁴

In der Kabinettsitzung vom 5. Mai 1919 hatte die Deutsche Reichsregierung beschlossen, „daß Insetate mit der Aufforderung zum Eintritt in die Baltische Landeswehr nicht länger geduldet werden sollen.“ Doch wurde dieser Beschluß nicht eingehalten.³⁵ Auch das Oberkommando Nord setzte sich dafür ein, die Werbungen wieder aufzunehmen. Obwohl sich die Regierung offiziell gegenüber den Alliierten zur Räumung des Baltikums verpflichtet hatte, zeigte sich das Oberkommando Nord nicht geneigt, diese Entscheidung durchzuführen. Im Gegenteil, in seinen Weisungen für das VI. Reservekorps vom 17. Juni hieß es: „Wir haben das größte Interesse daran, im Lande zu bleiben; jede Entscheidung in der Räumungsfrage bei Verhandlungen mit der Entente ist daher durch Verschleppen des Notenwechsels, der Verhandlungen, durch Rückfragen, Prüfungen usw. möglichst lange hinauszuziehen.“³⁶ Als möglicher Ausweg wurde der Übertritt in lettländische Dienste erwogen, der allerdings nach der Niederlage von Wenden ausschied. Der Übertritt in weiße russische Dienste wurde noch nicht als Möglichkeit formuliert, doch schlossen die Weisungen mit dem Befehl, daß die Ausrüstung und Versorgung der in Mitau eingetroffenen Russen, denen weitere Transporte bis zu 10000 Mann folgen sollten, zunächst durch das Generalkommando zu übernehmen seien. Deutlicher in dieser Frage wurde die Kommandostelle Kolberg, die die Oberste Heeresleitung abgelöst hatte, in einer Antwort von Mitte Juli. Als Richtschnur für das Verhalten des Grafen von der Goltz wurde ausgegeben, „die Räumung des Baltikums ebenso wie die Auflösung der deutschen Teile der Landeswehr solange zu verzögern, bis, falls ein Entgegenkommen von baltischer Seite nicht mehr zu erreichen ist, die russische Möglichkeit auszunutzen ist.“³⁷ Darunter war unzweideutig der Übertritt der deutschen Truppen in die russische Abteilung des Oberst Bermondts zu verstehen. Allerdings stammte die Idee zu diesem taktischen Schachzug von General von der Goltz selbst. Nach seinen Erinnerungen hatte er die Aufstellung des russischen Korps vor allem für den Fall vorgesehen, daß die deutschen Soldaten das Baltikum auf Befehl der Regierung oder der Entente zu räumen hatten. Dabei ging es ihm jedoch nicht nur vordergründig um die Sicherung der Ansiedlungsmöglichkeiten für die Freikorpskämpfer, sondern seine Vor-

33) In einem undatierten Anmeldeformular der Anwerbungsstelle Baltenland werden folgende Zweigstellen genannt: Berlin-Wilmersdorf, Hamm, Hannover, Stettin, Göttingen, Hamburg, Karlsruhe, Kassel, Stuttgart, Kolberg, Freiburg i. Br., Lübeck, Rostock, Schmölln, Heidelberg, Dresden, Osnabrück. Vgl. HI Balt. 200 C/74.

34) Dokument Nr. 4, S. 542.

35) Akten der Reichskanzlei (wie Anm. 4), S. 260.

36) Dokument Nr. 6, S. 554.

37) Dokument Nr. 7, S. 556.

stellungen und Wünsche führten sehr viel weiter. Er hoffte, mit einem russisch-deutschen Heer in das Innere Rußlands vorstoßen zu können und „mit Erledigung der Bolschewikenherrschaft“ „auch den inneren Bolschewismus in Deutschland zu ertönen“.³⁸ Diese Perspektive der Goltz'schen Politik ist bereits oben berührt worden.

Aus russischen Kriegsgefangenen und Flüchtlingen waren im Frühjahr 1919 in Deutschland die beiden Freiwilligenkorps Graf Keller unter der Führung von Bermondts sowie Virgolič gebildet worden.³⁹ Nach ihrer Verlegung nach Kurland bzw. Litauen wurden sie zunächst der Abteilung des Fürsten Lieven unterstellt, der bis dahin zusammen mit der Baltischen Landeswehr auf Seiten der Deutschen gekämpft hatte. Anfang Juli hatte der Befehlshaber der russischen Nordwest-Armee, General Judenič, der von den Alliierten unterstützt wurde, die Verschiffung der russischen Freiwilligenverbände nach Narva zur Verstärkung seiner Einheiten angeordnet, die jedoch nur von Fürst Lieven befolgt wurde. Bermondts blieb hingegen in Mitau und wurde zum willfähigen Handlanger der Pläne des Generals von der Goltz. Ihm hatte er es schließlich auch zu verdanken, daß er sich als Oberbefehlshaber der Freiwilligen Russischen Westarmee durchsetzen konnte. Wie aus den hier veröffentlichten Dokumenten deutlich zu erkennen ist, war seine Stellung innerhalb der russischen Emigrantenkreise keineswegs unumstritten.⁴⁰ Über die Aktivitäten der russischen Emigration ist bisher nur wenig bekannt geworden. Daß es erhebliche Rivalitätskämpfe gegeben hat, wird durch das hier vorgelegte Material nachdrücklich bestätigt. Am 22. Juli 1919 war in Berlin der Militärpolitische Rat von Westrußland begründet worden, dem nach seiner eigenen Vorstellung „die alleinige Vertretung der Interessen Rußlands in Bezug auf Fragen der Westfront gegenüber den Auslandsmächten und von diesen anerkannten militärischen und staatlichen Zentren Rußlands“ obliegen sollte.⁴¹ Interessant ist, daß zu seinen Mitgliedern der livländische Landmarschall, Adolf Baron Pilar von Pilchau, gehörte.⁴² Der Militärpolitische Rat in Berlin beanspruchte auch die alleinige Zuständigkeit für „die gesamte Zivilverwaltung in den von den Bolschewisten wiedereroberten Gebieten“, die zunächst vom Mitglied des Rates A. K. Remmer⁴³ übernommen werden sollte. Remmer hielt sich Mitte August zu Verhandlungen mit den russischen und

38) v. d. G o l t z (wie Anm. 10), S. 225.

39) Vgl. dazu H.-E. V o l k m a n n : Die russische Emigration in Deutschland (Marburger Ostforschungen, Bd. 26), Würzburg 1966, S. 61 ff.; R. C. W i l l i a m s : Culture in Exile. Russian Emigrés in Germany, 1881—1941, Ithaca, London 1972, S. 87 ff.

40) Vgl. Dokumente Nr. 8 ff.

41) Dokument Nr. 9, S. 558.

42) Deutschbaltisches Biographisches Lexikon 1710—1960 (weiterhin zit.: DBBL), hrsg. von W. L e n z, Köln 1970, S. 591 f. In seinen Erinnerungen „Bilder aus meinem Leben als Landwirt, Verwaltungsbeamter und Politiker von 1875 bis 1920“ (in: Baltische Hefte 15, 1969, S. 50 f.) geht Pilar nur kurz auf diese Episode ein.

43) A. K. Remmer (bzw. Römmer) war Vorsitzender des Rayons-Verpflegungsamtes in St. Petersburg gewesen. Biographische Hinweise zu den russischen Emigranten finden sich bei W i l l i a m s (wie Anm. 39), S. 373 ff.

deutschen Stellen in Mitau auf. Vom Militärpolitischen Rat war er bevollmächtigt, Bermondts die vorläufige Befehlsgewalt über die russischen Truppen an der Westfront zu übertragen, vorausgesetzt, daß dieser sich bereit erkläre, zum gegebenen Zeitpunkt sich dem noch zu bestimmenden Oberbefehlshaber zu unterstellen. Dieser Posten war dem General Gurko zugedacht, der allerdings vorerst General Biskupskij den Vortritt lassen wollte — sehr zum Unwillen von Bermondts. Obwohl General von der Goltz mehrfach erklärte, daß die Personenfrage „eine rein russische Angelegenheit sei“⁴⁴, in die er sich nicht einmische, favorisierte er eindeutig Bermondts und ließ dies auch den Vorsitzenden des Militärpolitischen Rates wissen.⁴⁵ Ebenso wirkte er auch sehr entschieden auf Virgolič ein, sich dem Oberbefehl von Bermondts zu unterstellen.⁴⁶

Die Dokumente enthalten verschiedene Hinweise auf die sich im August eröffnende Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion zwischen den russischen Truppen und den Alliierten, die zur denkwürdigen Konferenz am 26. August in Riga führte.⁴⁷ Beschlossen wurde hier eine Großoffensive der Randstaaten in Verbund mit den weißen russischen Einheiten gegen die bolschewistische Front, die allerdings über die Planungsphase nicht hinausgelangte. Die Aktion war im Grunde von vornherein zum Scheitern verurteilt, da der wichtigste Faktor, die Präsenz der deutschen Truppen, zu unpolitisch behandelt wurde. Der Gegensatz zwischen den Alliierten und den deutschen Stellen war offensichtlich nicht mehr überbrückbar. Die Bekämpfung des Bolschewismus konnte wohl als gemeinsames Ziel von beiden Seiten akzeptiert werden, darüber hinaus aber liefen die Interessen diametral auseinander. Während die Alliierten die Ulmanis-Regierung in Riga unterstützten, zielte Goltz auf ihre erneute Beseitigung ab, um seine Stellung in Kurland zu sichern. Wie bereits im Frühjahr vertraute er dabei auf die Überlegenheit seiner militärischen Stärke, diesmal unter dem Deckmantel der russischen Einheiten. Daß auch deutschbaltische Kreise sowie Niedra und seine Anhänger die gleiche Linie verfolgten, geht aus verschiedenen Unterredungen eindeutig hervor.⁴⁸ Die Krise spitzte sich in der zweiten September-Hälfte zu. Unter dem Vorwand, einem angeblich geplanten lettisch-estnischen Angriff zuvorzukommen, wurden die militärischen Vorbereitungen getroffen, die schließlich zu Bermondts Angriff auf Riga am 8. Oktober 1919 führten. Besonders interessant ist die Mitteilung des Führers der Freikorpsgruppe Baltenland, daß „der lettische Oberbefehlshaber in Riga an einen Angriff auf die deutschen und russischen Truppen bei Mitau nicht denke“, sondern vielmehr zu Verhandlungen bereit sei.⁴⁹ Dieses Angebot scheint nicht weiter verfolgt worden zu sein, paßte es

44) v. d. G o l t z (wie Anm. 10), S. 299.

45) Vgl. Dokument Nr. 16.

46) Vgl. Dokument Nr. 18.

47) Vgl. dazu V. S i p o l s : Die ausländische Intervention in Lettland 1918—1920, Berlin(-Ost) 1961, S. 162 ff.; (P. M.) A w a l o f f (-Bermondts): Im Kampf gegen den Bolschewismus. Erinnerungen, Glückstadt, Hamburg 1925, S. 174 ff.

48) Vgl. Dokumente Nr. 11, 13, 17.

49) Dokument Nr. 22, S. 576.

doch nicht in das Konzept. Gesucht wurde die militärische Auseinandersetzung, die nach wenigen Wochen mit dem Zusammenbruch des Bermondts-Unternehmens endete und damit diese Episode der deutschen Machtpolitik in Lettland zum Abschluß brachte.

D o k u m e n t e

N r . 1 ⁵⁰

Hauptmann Friedrich von Rabenau⁵¹ an Major
(i. G. von Westernhagen?)⁵²

Wekschni, 10. März 1919

Hochverehrter Herr Major!

Nach Rücksprache mit Herrn Major Jarosch bitte ich, Euer Hochwohlgeboren Folgendes vortragen zu dürfen. Um das Deutschtum in Kurland überhaupt zahlenmäßig lebensfähig zu erhalten, muß etwas in der Ansiedlungsfrage geschehen. Mit Rücksicht auf die Entente und die Provisorische Lettische Regierung ist Unauffälligkeit notwendig.

Ich möchte daher folgenden Weg vorschlagen. Auf vertraulichem Wege verschaffe ich mir erst Unterlagen, wieviel Leute für den Ansiedlungszweck innerhalb der Division sich anbieten. Es müssen sich etwa 1000 Siedler für den Anfang finden. Sonst hat die Sache wenig Zweck. In diese Zahl könnte man allerdings Bekannte und Verwandte der aus der Division selbst hervorgehenden Siedler und Handwerker (!) einrechnen. Zuzug wäre mit Sicherheit vom deutschen Offizierbund durch eine ebenfalls vertrauliche Anfrage zu erhoffen.

Habe ich diese Unterlagen, so würde ich mich ganz privatim an Angehörige der baltischen Ritterschaft wenden. Diese müßten mir Art und Bedingungen der Landabgabe übermitteln. Eine der Bedingungen würde sein, daß die Siedler sich in der Reserve der Baltischen Landeswehr zur Verfügung halten. Auf dieser Grundlage könnte ich, sobald die Verhältnisse dies gestatten, mit einer rein privaten Ansiedlungstätigkeit beginnen. Wie sich die Dinge dann weiter gestalten, muß man abwarten. Ich nehme nicht an, daß dieser Versuch selbst bei einem Fehlschlage von der O.H.L. gemißbilligt wird.

Ich bitte Euer Hochwohlgeboren um Einverständnis für diesen Plan. Vielleicht können Euer Hochwohlgeboren schon jetzt in dieser Angelegenheit eine Fühlungnahme mit Herrn von Samson⁵³ herstellen.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung bin ich Euerer Hochwohlgeboren sehr ergebener

v. Rabenau

50) Druckvorlage: Unterschriebene Ausfertigung in HI Balt. 200 C/67, zwei Seiten.

51) Friedrich von Rabenau (1884—1945), Erster Generalstabsoffizier der 1. Garde-Reserve-Division, später General der Artillerie, Chef der Heeresarchive. Vgl. Nachruf von G. S t r u t z i n: Der Archivar 9 (1956), Sp. 133—143.

52) Ob Major von Westernhagen, Stabsoffizier beim Generalkommando des VI. Reservekorps, tatsächlich der Adressat ist, muß offen bleiben. Von ihm stammt jedoch die handschriftliche Notiz auf dem Schriftstück: „Ich halte die Sache solange für verfrüht, als nicht wenigstens die provisorischen Friedensverträge mit der Entente beendet sind.“ A. v. T a u b e hat Major Hagemann, Chef des Generalstabes beim Generalkommando, als Adressaten vermutet. Vgl. D e r s.: Von Brest-Litovsk bis Libau. Die baltisch-deutsche Führungsschicht und die Mächte in den Jahren 1918/1919, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 2), S. 187, Anm. 8.

53) Friedrich von Samson-Himmelstjerna war 1919 Vorsitzender der Baltischen Landeswehrkommission. Vgl. DBBL, S. 665.

Graf Joachim von der Goltz⁵⁵ an Hauptmann
Friedrich von Rabenau

20. März 1919

Sehr verehrter Herr von Rabenau!

*Herzlichen Dank für Ihren Brief und die freundliche Übersendung des Elchgewei-
hes. Über beides habe ich mich sehr gefreut. Vorläufig ärgere ich mich noch sehr dar-
über, daß man nicht mit Waffen auf der Straße gehen kann und trage deshalb niemals
Uniform. Wenn ich sie aber wieder einmal anziehe, werde ich das schöne von Ihnen
dezierte Elchgeweih auch am linken Ärmel tragen, da ich mich ja doch gewisserma-
ßen a la Suite der 1. Garde-Reserve Division betrachte.*

*Ich danke Ihnen sehr, daß Sie sich so sehr für das dauernde Fortbestehen der An-
werbungsstelle Baltenland eingesetzt haben. Ich glaube allerdings auch, daß mit ih-
rem Bestehen die nachhaltige Versorgung der 1. Garde-Reserve Division sowie aller
übrigen dortigen Frontformationen steht und fällt. Übrigens ist die Anwerbungs-
stelle Baltenland für die offiziellen Stellen gar nicht sehr kostspielig. Denn von Herrn
Winnig bzw. der Deutschen Gesandtschaft habe ich bis jetzt erst 15000 M erhalten und
soll in nächster Zeit als endgültige Zahlung noch 200000 M erhalten. Damit wird natür-
lich nur ein kleiner Teil meines Bedarfes gedeckt, alle übrigen Mittel muß ich mir
von anderen Geldgebern verschaffen, was mir bisher auch gut gelungen ist. Die An-
werbungsstelle Baltenland wird, das hoffe ich bestimmt, in Zukunft immer besser
und reichhaltiger arbeiten, da wir jetzt mit großen Schwierigkeiten auch Zweigstel-
len in Süddeutschland begründet haben, die ein gutes Siedler- und damit Soldaten-
material liefern. Ich möchte annehmen, daß es genügen wird, wenn die Anwerbungs-
stelle Baltenland noch bis zum Herbst ihre Tätigkeit intensiv fortsetzt. Denn bis dahin
nehme ich an, wird es schon möglich und damit aber auch notwendig sein, die auf die
Ansiedlungsgelegenheit hin angeworbenen Freiwilligen im Lande anzusiedeln. M. E.
müßten die Truppenteile geschlossen unter ihren Offizieren als Führern (auch in poli-
tischer und wirtschaftlicher Beziehung) angesiedelt werden. Sie müßten ihre Waffen
behalten. Die Maschinengewehre, Geschütze, Minen usw. müßten in gut gesicherten
Depots in einem zentral gelegenen Orte der jedesmaligen Siedlung gesammelt wer-
den. Dieser müßte eine kleine Sicherungs-Garnison erhalten und gleichzeitig als
Sammlungs- und Alarmierungsort für die angesiedelten Freiwilligen dienen. Die
Angesiedelten müßten bei Übergabe ihres Ansiedlungsgütchens die Verpflichtung
übernehmen, im Falle der Gefahr auf Alarmierung hin sofort sich mit ihren Waffen
und Ausrüstungsstücken in der genannten Garnison zu stellen. Auf diese Weise
könnte man nach Art der römischen Militärkolonie das Land dauernd gegen den in-
neren wie äußeren Feind halten. Voraussetzung dafür ist natürlich eine genügende
intensive Besiedlung. Um dies zu ermöglichen, bin ich fortgesetzt bestrebt, die Anwer-
bungen sowohl quantitativ wie besonders qualitativ immer mehr auszugestalten und
zu vertiefen. Nachdem jetzt Baden als Werbegebiet hinzugekommen ist, hoffe ich,
wird es mit Hilfe der O.H.L., wo ich seit einiger Zeit auch einen Verbindungsoffizier
habe, gelingen, auch Hessen, Württemberg und Thüringen zu gewinnen.*

*Hinsichtlich des von Ihnen erwähnten Abbrückelns zahlreicher Freiwilliger für
einige Zeit infolge der Urlaubsklausel möchte ich daraufhinweisen, daß laut dem bei-
gefügteten jetzt gültigen Werbeexemplar seit etwa Mitte Februar die Urlaubsklausel in*

54) Druckvorlage: Unterschriebene Abschrift mit handschriftlichen Verbesserungen in HI Balt. 200 C/76, sechs Seiten; Geschäftszeichen: „J Nr. I-4“.

55) Graf Joachim von der Goltz, Bruder des Generals Rüdiger von der Goltz, war Leiter der „Anwerbungsstelle Baltenland“.

den Werbebedingungen gestrichen ist. Also kommt für alle seitdem neu angeworbenen Freiwilligen diese störende Unterbrechung der Frontdienstzeit nicht mehr in Frage. Eine andere Gefahr des Abbröckelns aber erwächst für die von der 1. Garde-Reserve Division zurückgelassenen Truppenteile daraus, daß sie viel zu lange in der Heimat bleiben. Das wollen die Leute absolut nicht, und gerade die besten, frischesten Freiwilligen drängen heraus. Immer wieder wird mir von zuverlässiger Seite bestätigt, daß gerade die besten Freiwilligen von dem Garde R.I.R. 64 dort fortdrängen, weil sie nicht so lange mehr hier in der Garnison still sitzen, sondern schleunigst zur Front kommen wollen. Auch sollen die Leute in Werneuchen sehr der Verseuchung durch spartakistische Zivilisten, die sich dort mit dieser Absicht im Orte eingenistet hätten, ausgesetzt sein. Der neue Generalstabsoffizier beim nachgelassenen Stab der 1. Garde-Reserve Division, Hauptmann Wagner⁵⁶, der gestern bei mir war, stimmt auch genau so wie der Hauptmann Hildebrandt mir darin bei, daß es durchaus das Beste wäre, ein Bataillon nach dem andern hintereinander weg zusammenzustellen und auszurüsten, und dann die einzelnen Bataillone hintereinander mit möglicher Beschleunigung an die Front in Marsch zu setzen. Wie mir heute Herr Hauptmann Wagner telefonisch sagte, hofft er, in der nächsten Woche zunächst ein Bataillon vom G.R.I.R. 64 und auch die beiden Freikorps Stever und Rieckhoff herauszuschicken und danach möglichst bald hintereinander weg die beiden anderen Bataillone des G.R.I.R. 64. Das würde ein wahrer Segen sein. Die langsame Aufstellung des G.R.I.R. 64 ist auch nicht etwa auf die geringe Überweisung von Freiwilligen durch die Anwerbungsstelle Baltenland zurückzuführen, sondern lediglich auf die Langsamkeit der Einkleidung und Bewaffnung. Denn seit dem 16. Februar 19 sind den Truppen der 1. Garde-Reserve Division im Raume von Blumberg durch die Zweigstellen der Anwerbungsstelle Baltenland bis einschließlich 15. März (also binnen Monatsfrist) 48 Offiziere, 241 Unteroffiziere, 2147 Mann, also insgesamt 2436 Freiwillige überwiesen worden. Davon dürften mindestens 2/3 auf das G.R.I.R. 64 entfallen.

In letzter Zeit sind zu meinem lebhaften Bedauern vielfach Klagen gekommen, daß die zur Front hinaus gesandten Freiwilligen sich zu einem erheblichen Teil nicht bewährten und daher hatten zurückgeschickt werden müssen. Demgegenüber ist mir von den Zweigstellen gemeldet worden, daß diese Freiwilligentransporte aber sehr gut gewesen waren und ihre Ungebärdigkeit zurückzuführen wäre auf eine infolge schlechter Unterbringung und Verpflegung bei der Ankunft berechnigte Unzufriedenheit; dabei seien die Transporte stets rechtzeitig vorher angemeldet worden. Die Zweigstellen sollen mir hierüber noch eingehend berichten und wird dann untersucht werden, die Sache klarzustellen. Ich erwähne dies nur, um darauf hinzuweisen, daß heutzutage auch die an sich bestgesonnensten Freiwilligen sehr viel schwerer zu behandeln sind und viel größere Rücksichten verlangen, als dies früher bei dem stehenden Heer der Fall war. So höre ich, daß z. B. beim G.R.I.R. 64 der Vizefeldwebel Biastow bei der 1. Kompanie so unbeliebt sein soll, daß viele Unteroffiziere und Mannschaften deshalb fortgingen; ferner daß der Leutnant von Plotho, Adjutant (glaube ich, des 2. Bataillons des 2. Garde-Reserve Regiments) infolge seiner ungünstigen Art der Menschenbehandlung allgemein bei seinem Bataillon außerordentlich unbeliebt sei und dadurch sehr schädlich auf die Stimmung der Truppe wirke. Das Ähnliche ist mir über junge Offiziere des Geschwaders Sachsenberg gesagt worden. Ich kann natürlich nicht beurteilen, wie weit dies richtig ist, halte mich aber doch verpflichtet, auf diese Beispiele hinzuweisen, damit sie vielleicht untersucht werden können, weil doch tatsächlich heutzutage die geschickte, wohlwollende und dabei doch feste Behand-

56) Möglicherweise handelt es sich hier um Hauptmann Otto Wagner, Verfasser der Schrift: Von der Heimat geächtet, Stuttgart 1935.

lung der Mannschaften mit die wichtigste Eigenschaft für die Offiziere und Unteroffiziere ist.

Sehr erfreulich ist, daß der Vormarsch so erfolgreich vor sich geht und die Truppen sich im allgemeinen gut schlagen. Die kürzlich eroberten Orte Morajewo, Wiecksznie, Kupie, Wegery liegen alle in meinem alten Kreise Okmiany, dessen Kreishauptmann ich im Jahre 1917 war.

Bezüglich der Stellung der Entente zu unserem nördlichen Unternehmen ist mir kürzlich durch einen Mittelsmann von einem vertrauenswürdigen Mann, der soeben von Verhandlungen aus Paris zurückkam, gesagt worden, daß die Entente es mit einem Gefühl der Beruhigung sehen würde, wenn unsere in Kurland kämpfenden Truppen dort später als lettische Staatsangehörige blieben, weil die Entente die merkwürdige Besorgnis hegt, daß wir dort größere Truppenmassen unter dem Vorwande des Kampfes gegen die Bolschewisten sammelten, um sie später gegen die Entente zu verwenden. Es klingt dies sehr merkwürdig; sollte es aber richtig sein, so könnte uns diese sonderbare Auffassung der Entente nur recht sein.

Mit den besten Grüßen an Sie, lieber Herr von Rabenau, und die anderen mir bekannten Herren

Ihr sehr ergebener

G[ra]lf J. Goltz

Nr. 3⁵⁷

Hauptmann Friedrich von Rabenau an Major (von Westernhagen?)⁵⁸

Div(isions) St(abs) Qu(artier), 26. März 1919

Hochverehrter Herr Major!

Vor einigen Tagen habe ich einen Brief an Hauptmann v. Jagow über die Absicht unauffälliger und privater Werbungen in Schweden und Dänemark, möglicherweise auch in der Schweiz geschrieben. Die Werbungen könnte ich ohne Schwierigkeit auf Holland ausdehnen. Dort sind noch die Angehörigen ehemaliger Kolonialtruppenteile, die sich wieder zusammenfinden würden. Der Holländer, vielfach Holzhändler, hat ein Interesse an diesen walddreichen Gegenden.

Ursprünglich gab den Anstoß zu diesem Gedanken eigentlich lediglich die schwierige Ersatzlage, die ja in einem Jahre noch schwieriger sein wird. Inzwischen sind mir aber noch andere Überlegungen gekommen, die die Durchführung des Planes besonders wertvoll erscheinen lassen. In der internationalen Beurteilung, ja selbst in der Beurteilung der jetzigen deutschen Reichsregierung wird man weniger Mißtrauen begegnen, wenn die hiesige Truppe einen etwas gemischt-völkischen Anstrich bekommt. Die ganze Affaire ist dann nicht mehr rein deutsch; sie ist dann wirklich nur noch ein Kampf gegen den Bolschewismus. Unsere Sache wird es später sein, die für Deutschland notwendigen — und mehr nicht [!] — politischen Erträge trotzdem nicht verlorengehen zu lassen.

In dem dann international angestrichenen Rahmen läßt sich auch eine Klärung der Siedlungsfrage (Siedler, Förster, Handwerker) leichter erzwingen. Daß diese Klärung allmählich erzwungen werden muß, ist bekannt. Bekommt man eben die jetzige lettische Regierung nicht zur Zustimmung, so stellt man sie durch privates Vorgehen allmählich vor Tatsachen. Macht sie Ausflüchte, wie z. B. Ankaufsrecht erst nach

57) Druckvorlage: Unterschriebene Ausfertigung in HI Balt. 200 C/68, vier Seiten.

58) Vgl. Anm. 52.

3-jährigem Aufenthalt im Lande, so weicht man ebenfalls privatim durch Pachtung und dergleichen aus.

Jedenfalls halte ich den Zeitpunkt, auf die lettische Regierung einen ziemlich starken Druck zur Klärung der Siedlungsfrage auszuüben, spätestens dann für gekommen, wenn wir etwa 3000 Mann fremde Truppen bei der Division haben. Das internationale Moment hat dann genügend Gewicht. Wenn wir gleichzeitig in der Lage wären, von Reichs wegen die Verpflegung Lettlands unter Ausschaltung der lettischen Regierung zu finanzieren, also kurz nach Friedensschluß, dann hätten wir eigentlich sämtliche Machtmittel in der Hand.

Schon jetzt liegen aber die Verhältnisse nicht ungünstig. Außer bei der städtischen und sonst rein bolschewistisch gesinnten Bevölkerung ist der Anhang der Regierung vielleicht ziemlich gering. Gelingt es uns, jetzt in der Stock-Affaire⁵⁹ zum Erfolg zu kommen, so wird ein Drohen in anderen Punkten vielleicht auch zum Ziel führen. Außerdem macht es die Regierung sehr mißliebig, daß Riga nicht genommen wird. Schließlich wird sie aus innerpolitischen Gründen einmal darum bitten müssen. Dann stellen wir die Gegenbedingung, als rein militärische Forderung, weil unsere Truppe natürlich nicht lediglich Wünsche der lettischen Regierung erfüllen will.

Ich denke mir die praktische Durchführung etwa so: Der Überbringer dieses Briefes fährt zunächst nach Schweden, Dänemark und Holland, um Möglichkeit und Bedingungen der Werbungen festzustellen. Hierbei ist Fühlung mit dem Landmarschall v. P[ilar]⁶⁰ zu nehmen, da ich nicht weiß, wie weit dieser seine Tätigkeit nach Schweden eingesetzt hat.

Die Schweden werden Lebens- und Unfallversicherung, 6-monatige Verpflichtung und Umrechnung der Valutadifferenz bei Rückkehr in die Heimat verlangen. Es wäre nun sehr erwünscht, wenn das Generalkommando inzwischen

1.) die grundsätzliche Zustimmung zur Einstellung von freiwilligen Schweden, Dänen, Holländern und Schweizern vom Kriegsministerium herbeiführen könnte. Ich glaube nicht, daß dies Schwierigkeiten macht, da wir mit Erlaubnis des Kriegsministeriums Russen und Österreicher eingestellt haben.

2.) die grundsätzliche Zusage, Bedingungen, wie sie oben angeführt sind, wohlwollend bei genauer Vorlage behandeln zu wollen, herbeiführte.

Die 6-monatige Verpflichtung ist belanglos. Die Division versucht jetzt auch bei Reichsdeutschen als Mittel gegen Kündigungen zu längeren Verpflichtungen überzugehen. Die 14-tägige Kündigung wirkt sehr nachteilig. Lebens- und Unfallversicherung kommt dem Reiche billiger, da es sich ja um keinen Dauerzustand handelt, als die bei uns üblichen Versorgungsansprüche. Sollte sich unsere Regierung gegen die Umrechnung der Valutadifferenz sträuben, so habe ich für diesen Fall einen Ausweg. Der Überbringer dieses Briefes wird mir zum Stabe einen Vertreter der Ritterschaft schaffen. Durch diesen würde ich Garantien zunächst für einen 20-Millionenkredit festlegen. Da es sich in dieser Sache um die livländische und kurländische Ritterschaft handelt, fällt dies nicht schwer. Ich müßte dann allerdings persönlich in Berlin, möglichst bei der Deutschen Bank versuchen, den Kredit zu erheben. Berechnet man zunächst das ganze ausländische Kontingent auf 4000 Mann, nimmt man an, daß jeder Mann im Jahre 2000 Mark erspart, und rechnet man, daß die Mark sich vielleicht doch in absehbarer Zeit bis auf 50 erholt: so wäre in einem Jahre etwa eine Summe von 4 Millionen für die Valutaumrechnung nötig. Das ist zu leisten. Da man aber nicht weiß, ob man die Kredite der Ritterschaft zu anderen Zwecken, z. B. etwa der Le-

59) Der deutsche Leutnant der Reserve Karl Stock war im Zusammenhang mit der Stryk-Affaire von den Letten verhaftet worden. Vgl. v. R i m s c h a (wie Anm. 19), S. 247 ff.

60) Vgl. Anm. 42.

bensmittelversorgung [!] Kurlands, später Livlands braucht, wäre es besser, sie nicht unnötig jetzt heranzuziehen. Sehr günstig wäre es allerdings, wenn die Ritterschaft garantiert und das Deutsche Reich, das jetzt auch die Baltenzulage⁶¹ gibt, diese Werbekosten auf Kredit der Ritterschaft zahlt. Denn dann würde Deutschland am Bestande der baltischen Ritterschaft interessiert.

Ich darf noch auf einen besonderen Vorteil der sozusagen Internationalisierung der Truppe hinweisen. Es kann doch einmal der Augenblick kommen, wo Gewalt gegen die jetzige lettische Regierung angewendet werden müßte, um die berechtigten Landansprüche der Truppe durchzusetzen. Eine reichsdeutsche Truppe wird da immer Hemmungen haben. Einer fast internationalen Truppe kann man den Übertritt in livländisch-kurländischen Ritterschaftsdienst nicht verwehren.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich um Entschuldigung, wenn ich mich mehrfach mit Dingen befaße, die nicht ohne weiteres zu meiner Dienststellung gehören. Ich fühle besorgt die politische Resignation der Balten und fürchte das Desinterressement einer demokratischen Regierung in der Heimat. Ich möchte helfen in dieser für uns wichtigen Zukunftsfrage. Darum schrieb ich.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich Euerer Hochwohlgeborenen sehr ergebener

v. Rabenau

Nr. 4⁶²

General Graf Rüdiger von der Goltz, Generalkommando VI. Reservekorps, an die Anwerbestelle Baltenland

Libau, (Ende) März 1919

Zu den in den letzten Zusendungen und den von Herrn Kreishauptmann Broedrich⁶³ angeschnittenen Fragen nehme ich wie folgt Stellung.

1. Ansiedlung und Reichswehr. Es wurde angeregt, daß die für Baltenland angeworbenen Freiwilligen aus dem jetzigen Heeresverbände so losgelöst werden sollen, daß die Leute nach Durchführung ihrer jetzigen militärischen Aufgabe in die „baltische Heeresmacht“ übertreten und dort bis zur vollzogenen Ansiedlung eine Existenzmöglichkeit haben. Kriegsministerium und O.H.L. sollen von vornherein darauf verzichten, die Truppenverbände im Baltikum wo anderes [!] zu verwenden und in die Reichswehr einzugliedern, weil die Ansiedlung im Baltikum wichtiger sei.

So sehr ich die Zukunftsbedeutung der Besiedlung Kurlands (und Litauens, weniger Livlands oder gar Estlands) hoch einschätze, so können m. E. die obersten militärischen Stellen in der jetzigen Not des Vaterlandes auf die von Deutschland angeworbenen, bezahlten, ausgerüsteten und geführten Verbände nicht grundsätzlich verzichten. Erst muß doch Deutschland im Innern und an den Grenzen wieder Herr im eigenen Hause sein, ehe es vollwertiges Soldatenmaterial zu Ansiedlungszwecken abgeben kann.

Wer eben in Kurland bleiben will, kann es ja so wie so. Er kann kündigen, um sich sofort ansiedeln zu lassen oder in die „baltische Heeresmacht“ überzutreten. Wer Siedlungswünsche hat, soll erfragt werden. Man rechnet aber nur mit 10% bis 25% der Ist-

61) Vgl. dazu Vermerk von Henkel, 27. 2. 1919, in AA (wie Anm. 11), Bd. 27.

62) Druckvorlage: Unterschriebener Entwurf in HI Balt. 200 C/70, sechs Seiten.

63) Silvio Broedrich (1870—1952), Siedlungspolitiker. Vgl. DBBL, S. 106 f.

stärke. Es bleiben also mindestens 75% für andere Verwendung frei, wobei freilich zu bedenken ist, daß viele kündigen werden, wenn die Baltenzulage fortfällt. Diese und der unedle Wunsch, sich im fremden Lande durch Plünderung „gesund zu machen“, sind bei vielen die Hauptbeweggründe für die Anwerbung gerade hier. Daher müssen sehr viele wieder entlassen, ganze Verbände bis auf geringen Stamm aufgelöst werden. Man kann daher weder militärisch noch für die Ansiedlung mit festen Verbänden oder Zahlen rechnen. Es ist dauernd alles im Fluß. Ich kann mich daher zu der gewünschten Anregung bei der O.H.L. und der Einreichung eines fertigen Planes nicht entschließen. M. E. muß man sich vor Einseitigkeiten und Utopien hüten.

2. Die „baltische Heeresmacht“ ist in Wahrheit die „Landeswehr“ mit z. Zt. etwa 70% Balten, 30% Letten. Das Verhältnis wird aber immer günstiger für die Letten werden, wenn auch die Zwangsmobilisierungen von mir verboten und durch Nichtlieferung von Ausrüstung pp. möglichst hinangehalten werden. Es ist aber zu bedenken, daß der Vertrag vom 7. 12. 1918⁶⁴ 7 baltische und 18 lettische Kompagnien in der Landeswehr vorsah, also ein wesentliches Übergewicht der Letten. Nur das Ausbleiben der lettischen Freiwilligen hat das Übergewicht der Balten bisher ermöglicht. Die Frage ist nur, ob vorsichtiges Ausheben und dauerndes Sieben den Letten die Anwerbung eines zuverlässigen Heeres ermöglicht. Ich kämpfe gegen die Aushebung mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln, aber die deutsche Erfahrung zeigt, daß auch das Freiwilligen-System höchst üble Elemente, ja zahlreiche verkappte Spartakisten-Agitatoren in die Truppe bringt. Immerhin hoffe ich, daß die lettische Truppenmacht bis auf weiteres in zahlenmäßig und im Wert erträglichen Grenzen bleibt.

Um den Deutschen ein Gegengewicht zu geben, rechne ich damit, daß beim Fortziehen der deutschen Truppen viele Freiwillige, auch Offiziere, hier bleiben und zu den baltischen Formationen übertreten. Z. B. könnten das alle tun, die als Siedler, Handwerker, Kaufleute in Kurland sich eine Zukunft sichern wollen. Die Hauptschwierigkeit wird m. E. später die Finanzierung, Ausrüstung, Bewaffnung und Verpflegung eines solchen Staates im Staate bleiben, falls die Truppenmacht nicht bald mit Waffen in Militär-Kolonien entlassen wird oder, wie zu vermuten, der Bürgerkrieg zwischen Balten und Letten sich nicht dem Kampf gegen die Bolschewiki unmittelbar anschließt.

3. Da es im allgemeinen europäischen Interesse liegt, daß nach unserem Fortzuge der Bürgerkrieg aber den Bolschewismus uns nicht ablöst, so halte ich es für nötig, daß noch längere Zeit eine nicht lettländische Truppenmacht hier Ordnung hält. Da die Entente nicht geneigt sein dürfte, Truppen herzuschicken, die Hersendung Neutraler (schwedische, dänische) bisher an den Verhandlungen gescheitert ist, vor allem aus finanziellen Gründen, ist zu hoffen, daß die Entente eine schwächere deutsche Ordnungstruppe, durchsetzt mit baltischen und lettischen Formationen, hier dulden wird. Wenn aus ihr die Siedler allmählich ausscheiden, so müßten weitere Freiwillige aus Deutschland die Truppe ergänzen, von denen einige wohl auch in Kurland bleiben werden.

4. Wir haben z. Zt. hier etwa 20000 Mann. Ich rechne persönlich, daß etwa 2000 hier bleiben wollen und auch dafür empfohlen werden können. Wenn der Wunsch besteht, 30-40000 deutsche Kolonisten anzusiedeln, so ist klar, daß die hiesigen Truppen diese Zahl nicht annähernd zu liefern im Stande sein werden; günstigen Falls etwa 10%-15%, schon der Vorbildung wegen. Die übrigen Kolonisten müssen anderweitig angeworben werden. Ich schlage vor, daß die Anwerbestelle beim K.M. durchsetzt, daß für alle Freiwilligen-Formationen die Bevorzugung bei Ansiedlungen sowohl in Deutschland wie in Kurland und Litauen als Lockmittel hingestellt wird. Der Landhunger wird ein sehr großer, das Landangebot auch in Deutschland nicht gering sein.

64) Vgl. Anm. 5.

Wer auch nach dem Kriege noch sein Leben für das Vaterland gewagt hat, soll bevorzugt werden, auch besonders finanziell.

5. Wer in und für Kurland sein Leben gewagt, muß das Land zu wesentlich günstigeren Bedingungen hier erhalten, als die übrigen Kolonisten. Das Angebot von Land zum Friedenspreise erscheint viel zu teuer. Die Eroberer des 13. Jahrhunderts haben das Land umsonst erhalten, den Eroberern der Jetztzeit sollten ganz geringe Preise abgenommen werden, mindestens die Verwundeten müßten das Land umsonst erhalten.

Zugegeben ist, daß das Land ruiniert ist, daß die Gläubiger sich gegen zu billige Abgabe wehren werden, aber bei dem Fortfall der Zölle wird das Land im allgemeinen an Wert wieder verlieren und besonders im Grenzgebiet bald wieder den Wert von 1914 erhalten, vielleicht noch geringeren, und durch Ansiedlung zahlreicher Kolonisten steigt auch wieder der Wert des Landes, das der Großgrundbesitzer behalten hat. Ferner haben die meisten oder viele überhaupt kein Geld, dafür aber keine Erfahrung als selbständige Besitzer, sie sind anspruchsvoll. Die Verhältnisse für die jetzigen um Kurland verdienten Anwerber sind somit ganz andere als für die Rückwanderer vor dem Kriege. Ich glaube daher, daß die Bedingungen zur Kolonisation noch einmal nach vorstehenden Gesichtspunkten durchgesehen und den Anwerbern in knappen, ungefärbten Flugblättern geschildert werden müssen.

6. Mir scheint es unzutunlich, von der jetzigen Regierung eine bestimmte Zusage in der Kolonisations-Frage durchzusetzen. Natürlich könnte man drohen, das Land wieder zu räumen oder mindestens nicht Riga zu nehmen. Aber die Regierung wird ausweichen oder die Zusage nur halb geben oder die Zusage wird nicht gehalten werden. Die Entente kann einschreiten. Die Regierung kann durch eine noch radikalere abgelöst werden. M. E. ist die Hauptsache, daß man nachher die Macht in der Hand hat, seinen Willen durchzusetzen, was nach Friedensschluß leichter als jetzt ist. Hat man die Macht, dann kann man auch eine andere Zusammensetzung des Ministeriums erzwingen, denn das jetzige Ministerium wird freiwillig niemals die Zusage geben und sich hinter die Entente verstecken. Diese aber wird die Gelegenheit benutzen, die Friedensbedingungen zu verschärfen, da wir nicht gegen den Bolschewismus, sondern für imperialistische koloniale Ziele hier kämpften.

7. Wir haben noch einige fertige Verbände für uns angefordert. Wenn wir auch noch Etappentruppen brauchen, auch Ersatz für die hiesigen mangelhaften Bataillone, so läßt sich wohl im größern Stil das Anfordern größerer Verbände nicht mehr rechtfertigen, seit wir auf der Linie Rigascher Busen — Mitau — Bausk eine kürzere und bessere Linie gewonnen haben, die dem Ansturm der Bolschewiki standhalten dürfte. Dagegen ist ein dauernder Nachschub von Ersatzmannschaften nötig. Als Beispiel diene, daß das II./I. G.R.R. größtenteils hat aufgelöst werden müssen und daß von den 500 Mann des Halb-Bataillons Hamburg nur noch 60 da sind.

Ich empfehle daher, auch nur noch „Transporte“ abzusenden. Wenn sich dabei kleinere fertige Verbände befinden, so habe ich nichts dagegen. Vom Siedlungsstandpunkt aus müßte ich empfehlen, solche Leute zu bevorzugen oder später vielleicht allein zu nehmen, die nachweislich vom Lande sind und sich nach Vorkenntnissen, vielleicht auch etwas Geld dazu eignen, hier als selbständige Bauern von vorn anzufangen, oder auch als selbständige Handwerker geeignet sind. Das Pack, das größtenteils hierher kommt, eignet sich doch nicht dazu. Z. B. wurden in der letzten Woche von den hier in Libau ohne genügenden Ausweis Festgenommenen 140 in die Heimat wieder abgeschoben und nur 23 der Sektion II/b zur Einstellung überlassen. Dabei braucht man auf dem Wege zur Front Libau nicht zu berühren. 2 Spartakisten wurden auf der Flucht erschossen. Die Arrestanstalt hat dauernd nur für Libau 60–70 Untersuchungsgefangene, ein vierter Kriegsgerichtsrat ist angefordert.

8. Sehr wichtig wäre, wenn die Angeworbenen mit guter und voller Ausrüstung, Hose, Rock, Mantel und möglichst 2 Garnituren Wäsche kämen (am besten eigene). Die Not ist groß, Meutereien sind zu befürchten und konnten bisher mit Mühe verhindert werden. Wegen schlechter Versorgung gehen viele wieder nach Hause oder gehen zum hiesigen Soldatenrat und stärken ihm den Rücken. Diese gute Ausrüstung ist nötig, weil die Verhältnisse auf der Bahn, insbesondere auch in Kurland selbst schon viel Gelegenheit zur Mißstimmung geben. Diese aber ist der Vater des Spartakismus.

9. Die Truppen vorn haben keine Soldatenräte, sondern nur Vertrauensleute in Angelegenheiten der Fürsorge, Urlaube und Beschwerden, zum Teil haben sie nicht einmal diese, weil die Führer selbst das volle Vertrauen ihrer Untergebenen in diesen Dingen haben.

10. Offiziere dürfen nur herkommen, welche die Genehmigung ihres Truppenteils und ein gutes Zeugnis von ihm besitzen. Hier wurde unter anderem ein Offizier von seinem Truppenteil angefordert, weil er sich unerlaubt entfernt hatte, andere erwiesen sich vom radikalen Zeitgeist in bedenklichster Weise angekränkelt. 6 suchten die Hilfe des Soldatenrats auf, ein anderer älterer aktiver Offizier und Komp. Führer untergrub die Disziplin der Offiziere und Mannschaften, viele andere waren unfähig.

Andererseits verdient der vorbildliche Schneid der jungen Offiziere an der Front hervorgehoben zu werden. Die vielgeschmähte Eiserne Division hat von 21 Toten 8 tote Offiziere = 40%, von 100 Mann Verlust in einer gewissen Zeit 19 Offiziere, 19%. Sonst kommen auf 100 Mann etwa 3 Offiziere. Hier liegt der Hauptschlüssel der Erfolge.

Graf v. d. Goltz

N r . 5⁶⁵

Bericht über die Verhandlungen des Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und des Generalkommandos des VI. Reservekorps⁶⁶ mit der Lettländischen Regierung⁶⁷ am 4. und 5. April 1919

1. Teil (4. April 1919)

Bevollmächtigter Burchard eröffnet die Sitzung und setzt in längerer Rede die historische Entwicklung auseinander. Er weist darauf hin, daß von uns die Begründung der Randstaaten begonnen ist, die Entente hat nie etwas von einer Zerstücklung Rußlands wissen wollen. Der Brester Friede, der die Randstaaten schuf, ist von der Entente nie anerkannt worden. Durch den Waffenstillstand ist der Brester Friede aufgehoben, der Krieg mit Rußland also nicht beendet.

I. Hieraus geht hervor, daß wir, wo wir uns auf russischem Gebiete befinden, eine Okkupationsmacht sind.

II. Der Vertrag mit Lettland und dessen Regierung stützt sich auf den § 43 der Haager Landkriegsordnung, der die Verwaltung eines besetzten feindlichen Gebietes regelt. Die Lettische Regierung will er als eine von der deutschen Okkupationsmacht

65) Druckvorlage: 1. Teil: Handschriftliche Niederschrift in HI Balt. 198 A/153, acht Seiten; 2. Teil: Niederschrift ebenda, A/152, acht Seiten. Sperrung im Original unterstrichen.

66) Vertreter der deutschen Seite: Wilhelm Amsinck, Burchard-Motz, Geschäftsträger bei den Regierungen Estlands und Lettlands; Hauptmann von Ludwiger und Schneemann von der deutschen Gesandtschaft in Lettland; Major Hagemann und Major von Westernhagen vom Generalkommando.

67) Verteter der lettischen Seite: Kārlis Ulmanis, Ministerpräsident; Miķelis Valters (Walters), Innenminister; Jānis Zālītis (Sahlit), Verteidigungsminister.

eingesetzte staatliche Einrichtung hinstellen. Wie ist die Lettische Regierung entstanden? Was ist der Volksrat? — Einige politische Parteien, die eine Abmachung getroffen haben! Wahlen haben nie stattgefunden, daher kann auch von einer Regierung „de jure“ nicht die Rede sein, sie besteht nur „de facto“.

Bei der weiteren Behandlung der Lage Lettlands berührt Rittmeister Burchard die Regierungspolitik.

III. Innere [Lage]: Sowohl die linken Parteien als auch die rechten werden von der Regierung unterdrückt: „Stradnēeku Awise“⁶⁸; Probst Awoht.⁶⁹

IV. Äußere [Lage]: Die Regierung treibt eine deutschfeindliche Politik, Hetzartikel in der Presse, nie ein Ton der Anerkennung der Verdienste Deutschlands und der deutschen Truppen.

Ministerpräsident Ulmanis äußert Verwunderung über den Standpunkt, wie er in I. ausgedrückt ist. Sein Standpunkt sei lediglich, den Begriff der Okkupationsmacht zu klären. Die Vorwürfe des Bevollmächtigten der Deutschfeindlichkeit haben zum Teil auch ihren Grund in dem Verhalten der deutschen Behörden. Uns werden überall Schwierigkeiten gemacht. Worin besteht denn die Hilfeleistung Deutschlands uns gegenüber? Bittet um Antwort auf die Frage: Befindet sich Deutschland mit Rußland im Kriege?

Burchard: Unsere Truppen kämpfen mit den russischen Bolschewisten. Wir haben keinen Frieden mit Rußland.

Major Hagemann: Wir haben Lettland befreit. Deutsches Blut ist für sie geflossen. Wir haben große Blutzölle [?], die der Eisernen Division und 1. Garde-Reserve Division auch. Und wo ist für das der Dank der Lettischen Regierung? Die Regierung orientiert das deutsche Kommando von nichts. Es werden Truppen an die Front geschickt, von denen das Generalkommando überhaupt nichts weiß. Wir müssen unsere Nachrichten uns selbst zu verschaffen suchen.

Walters: a) Wendet sich in längerer Rede gegen die Ausführungen des Bevollmächtigten. Punkt I. übergeht Redner ganz kurz. Zu Punkt II: Die Regierung besteht nicht nur „de facto“, sondern auch „de jure“. Die Lösung des Problems ist eine staatsrechtliche Frage. Die Regierung ist aus dem Lande hervorgegangen, daher ist auch die Rechtsquelle im Lande selbst zu suchen. Dieses ist überall, wo Staatenbildung vor sich geht, genau so der Fall wie in Lettland, ausgenommen in den Staaten, die in Abhängigkeit von anderen Staaten errichtet werden. b) Der Rechtstitel ist außer von den anderen Staaten auch von Deutschland anerkannt durch den Abschluß des Vertrages zwischen Deutschland und Lettland.⁷⁰ § 1 erkennt ausdrücklich die Regierung an. Das Abkommen zwischen Deutschland und Lettland wird auch deutscherseits als Vertrag angesehen. „Verträge können nur zwischen Gleichgestellten abgeschlossen werden“. Die Provisorische Regierung kann von ihrem Standpunkt nicht abweichen.

Zu IV: Der Nationalitätenhaß ist groß, und es ist nicht möglich, in kurzer Zeit die Volksansichten umzustimmen. Auch deutscherseits wird gehetzt. So soll ein Arzt, der sich weigerte, einem Kranken Hilfe zu leisten, nach deutschen Angaben Letzte sein; wie sich herausstellte, war er ein deutscher in der Stadt sehr bekannter Herr.

68) „Strādnieku Avize“ war das Organ des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Lettlands und der Libauer Organisation Vgl. H. D o p k e w i t s c h : Die Presse im lettländischen Gebiet 1918/1919, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 2 (1938), S. 745 ff. Vgl. dazu Bericht vom 26. 3. 1919 in AA (wie Anm. 11), Bd. 28.

69) Propst Kārlis Avots (1859—1939) aus Wenden war 1918 Mitglied des Vereinigten Landesrates von Livland, Estland, Riga und Ösel. Vgl. dazu Bericht vom 26. 3. 1919 ebenda.

70) Vgl. Anm. 5.

Zu III: „Strahdneeku Awise“ wird deshalb kurz gehalten, weil sie bolschewistische Tendenzen hat. Aber auch von rechts werden Schwierigkeiten gemacht. Konspirationen: Fall Stryk.⁷¹ Für die Regierung ist es nicht möglich, so etwas zuzulassen.

Wenn nur die Lettländische Regierung auch von der Okkupationsmacht wirklich als Regierung anerkannt wird und auch die hierzu notwendige Bewegungsfreiheit bekommt, werden alle übrigen Fragen von selbst gelöst werden. Es ist die ernste Absicht der Lettländischen Regierung, gute Beziehungen zur großen Nachbardemokratie Deutschland aufrechtzuerhalten.

Ulmanis: Das wichtigste ist für die Lettländische Regierung, die Frage der Okkupationsmacht zu klären. Wenn Deutschland hartnäckig darauf besteht, es nicht zu tun, wird erneut eine dritte physische oder juristische Person eingreifen müssen. Die Regierung muß auch wirklich Regierung sein. Das Land wirft uns schon so Schwachheit und Abhängigkeit vor.

Major von Westernhagen: Weist auf den Vorfall beim Einzuge der Pionierkompagnie in Mitau hin und auf die Berichterstattung in Latwijas Sargs Nr. 62 vom 3. 4. Die Pionierkompagnie hat laut Nachrichten beim Generalkommando in Murewjew oder Autz 200 Gewehre und 7 MGs gestohlen. Diese sind ihr durch deutsche Truppen abgenommen.⁷²

Sahlit: Davon ist beim Kriegsministerium nichts bekannt. Es werden Ermittlungen angestellt werden.

Ulmanis: Die lettischen Truppen hätten sich nicht so leicht entwaffnen lassen.

Major Hagemann: Erhebt Einspruch gegen den Ton in Latwijas Sargs: z. B. als die Pionierkompagnie in Mitau einrückte, e r s c h r a k e n die Deutschen so, daß sie MGs usw.

Walters: Latwijas Sargs ist wohl offiziös, aber die Regierung kann unmöglich für jedes Wort haften. Die Regierung wird zur Beseitigung dieser Mißstimmung Schritte ergreifen.

Ulmanis: Will Begriff der Okkupationsmacht klären.

Burchard: Will auf einzelne Punkte übergehen.

Ulmanis: Hält seinen Antrag aufrecht: Begriff Okkupationsmacht muß verschwinden.

Vorschlag der Regierung: Unter Fortfall der Institution der Okkupationsmacht [sollen] die deutschen Truppen im Lande als Hilfstruppen (Hilfsaktion – Walters –) angesehen werden, welche gemeinsam mit den Truppen Lettlands den Kampf gegen den Bolschewismus führen. Die Verpflichtung zu diesem Kampf ergibt sich aus Artikel 12 Absatz 2 des Waffenstillstandsvertrages und dem Auftrage, den die deutschen Truppen von ihrer Regierung erhalten haben, um das Deutsche Reich gegen den Bolschewismus zu schützen.

Major Hagemann: Am Wort liegt uns nichts. Wir brauchen die Sicherheit ungefährdet, um mit Erfolg unsere Pflichten erfüllen zu können. Dieses fällt mit Pflichten und Rechten einer Okkupationsmacht zusammen. Wir sind bereit, einige Zweige abzugeben.

Walters: Vertrag sieht vor, daß Okkupationsmacht wegfallen muß. Okkupationsmacht bleibt zu Unrecht hier. Mit der Unterzeichnung des Vertrages mußte sie wegfallen.

Burchard: Am Worte hängen wir nicht.

Walters: Die Regierung ersucht, die Institution der Okkupationsmacht aufzuheben. Der Vertrag ist auch deutscherseits nicht eingehalten, z. B. die Bildung von Kompag-

71) Zur Affaire Stryk vgl. v. R i m s c h a (wie Anm. 19), S. 247 ff.

72) Vgl. dazu Der Feldzug im Baltikum (wie Anm. 6), S. 93. Zur „Latwijas Sargs“ vgl. D o p k e w i t s c h (wie Anm. 68), S. 745 ff.

nien mit 2/3 Letten. Durch den Vertrag ist der Begriff Okkupationsmacht nicht mehr möglich. Hinweis auf § 5 des Vertrages.

Ulmanis: Was soll fortfallen vom Begriff der Okkupationsmacht?

Major Hagemann: Lettländische Regierung hat das Recht, ihr Land zu verwalten, wie sie will. Militäroberkommando beansprucht die Rechte, die es für nötig hält, um die Tatsache der Deutschfeindlichkeit und des bolschewistischen Einschlags [?] für die deutschen Truppen ungefährlich zu machen. Die Punkte, die von Wichtigkeit sind:

1) Die militärischen Institutionen haben über alles, was mit Kriegsführung zusammenhängt, allein zu kommandieren.

2) Zur Mobilmachung: Durch das Vorrücken unserer Front befinden sich zahllose versprengte Bolschewisten in unserem Rücken, die durch die Mobilisation bewaffnet werden. Dadurch entsteht in unserem Rücken eine uns feindliche bewaffnete Macht.

3) Zur Polizeigewalt: In einzelnen Zweigen sind wir bereit zu Entgegenkommen. Alles abgeben [ist] unmöglich. Libau ist unsere Basis, großdeutsche [?] Lage und Truppenansammlungen. Wir müssen über alle Vorgänge bis auf das Genaueste unterrichtet sein.

Burchard: Nach Auffassung der Regierung haben wir Bewegungsfreiheit. Wir müssen nur den Bolschewismus bekämpfen, wo wir das tun, ist gleichgültig. Bei „Hilfstruppen“ ist das Verhältnis ein weniger geklärtes; es kann z. B. Kündigung erfolgen. Bei Vertragsverhältnis scheint auch die Auseinandersetzung schwieriger, z. B. Rücktransport etc.

Ulmanis: Begriff „Hilfstruppe“ ist durch § 12 Absatz 2 eng umschrieben. Wir haben bis jetzt keine Schwierigkeiten gemacht, werden es auch in Zukunft nicht tun. Auf die Äußerungen von Major Hagemann:

Zu 1): Militärinstitutionen sollen nur im Operationsgebiet sein, wobei überall auch ein lettischer Vertreter zugegen ist. Deutscherseits wird natürlich das Bestreben vorliegen, möglichst großes Operationsgebiet zu machen, das Umgekehrte wird bei der Lettländischen Regierung der Fall sein.

Zu 2): Bei Zwangsmobilisierung ist die Gefahr der Bolschewisten nicht größer als bei Freiwilligen. Die Regierung prüft genau alle zu Mobilisierenden. Das Ergebnis ist bis jetzt auch überall gut. Bittet einen Fall von bolschewistischer Gesinnung oder Handlung zu nennen.

Major Hagemann: In Goldingen mußten die lettischen Ortskommandanten entwaffnet werden, weil die Leute gleich nach Einzug in der Stadt erzählten: noch sind wir zu schwach, aber nächstens werden wir alle Deutschen zum Bluten rot schlagen.

Ulmanis: In Goldingen ist eine Freiwilligentruppe. Im übrigen sind es nur 12 Mann. Solche Fälle sind gegenseitig. Soll Lettland denn nie ein Heer bekommen, [sollen] die deutschen Truppen jahrelang hierbleiben! Ich glaube vom Grafen gehört zu haben, daß der einzige Wunsch der deutschen Truppen sei, nach Hause zu können.

Major Hagemann: Die Zahl der versprengten Bolschewisten beträgt Tausende. Die Gefahr für die deutschen Truppen ist zu groß.

Ulmanis: 99% der Mobilisierten sind zuverlässig. Wir haben 3—4 Kompagnien mobilisierte Leute an der Front. Klagen sind über diese nicht laut geworden.

Major Hagemann: Weist auf den Vorgang in Bassen, [vgl.] „Strahdneeku Awise“ Nr. 48 vom 3. 4.⁷³ Ist das Anwerbung von Freiwilligen?

Walters: In Bassen handelt es sich um Polizei, die von den besitzenden Klassen gebildet wird. Außerdem gibt es die Staatspolizei.

Major von Westernhagen: Polizei?

73) Übersetzung des Artikels über die Wahl von Miliz-Leuten in Bassen am 30. 3. 1919 in HI Balt. 198 A/151.

Walters: Bürgerwehr, Selbstschutz zur Kontrolle der politischen Zuverlässigkeit. Nach Ausbildung durch Instrukteure und genauer Prüfung der Zuverlässigkeit bekommen die Leute erst Waffen. Die Regierung ist bemüht, den Bolschewismus mit allen Mitteln auszurotten.

Burchard: Der Begriff Okkupationsmacht enthält alles. Wenn an seine Stelle Hilfsaktion kommt, müssen wir vorher alles genau überlegen, uns erneut mit Einzelfällen beschäftigen, die jetzt vorausszusehen unmöglich ist.

Ulmanis: Für die Regierung ist die Mobilisation die Hauptsache. Alles andere [ist] Nebensache. Polizei in Libau spielt dann keine Rolle mehr.

2. Teil (5. April 1919)

Burchard: Fragt die anwesenden lettischen Herren, ob zur Formel, die gestern von den Herren vorgeschlagen wurde, etwas hinzuzufügen sei.

Ulmanis: Wir haben nichts hinzuzufügen.

Burchard: Sie leiten die „Hilfsaktion“ von Absatz 12 her?

Ulmanis: Ja.

Burchard: Auf Grund der Entwicklung ist dieses Gebiet hier für uns als „Besetztes Gebiet“ zu betrachten. Dieser Begriff ist durch das Haager Abkommen genau präzisiert. Bei einer Änderung, wenn wir hier z. B. nur als Hilfstruppe, bzw. Deutschland hier eine Hilfsaktion unterhält, ergeben sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Es wäre für uns fast unmöglich, alle Fälle so genau im Voraus zu umgrenzen, daß für jeden Spezialfall gleich eine Stellungnahme der deutschen Truppen präzisiert werden könnte; es würden sich eventuell mehr Schwierigkeiten ergeben.

Ulmanis: Zu der gestern von Major Hagemann getanen Äußerung betreffs Garantien für das deutsche Militär schlage ich vor, nach Einigung über die Mobilisationsfrage diese Frage zur Diskussion zu stellen.

Burchard: Es kämen dann noch die Fragen der 1.) Jurisdiktion⁷⁴, 2.) Holzfrage⁷⁵ zur Besprechung.

Ulmanis: Der Standpunkt der Lettländischen Regierung in der Mobilisationsfrage ist bekannt.

Major von Westernhagen: Der Standpunkt des Generalkommandos ist auch bekannt.

Burchard: Bitte noch einmal klar zu stellen.

Ulmanis: Wir brauchen die allgemeine Mobilmachung. Genaue Abgrenzung des Operations- und Etappengebietes [ist] notwendig, letzteres darf nicht zu klein sein.

Major von Westernhagen: Seit dem Vormarsch Anfang März ist das Land, welches zur Freiwilligenwerbung frei steht, sehr vergrößert. Die Anwerbung ist bei weitem nicht erschöpft. Die Anwerbung wird von uns auch im Operationsgebiet nicht gestört werden, sie kann dort stattfinden. Auf eine Zwangsmobilmachung können wir uns nicht einlassen, sie enthält für uns zu große Gefahren. Erstens werden dadurch viele Bolschewisten eingestellt werden, zweitens ist die Lage zu unsicher; wir haben wenig Truppen an der Front; ein Rückschlag ist jederzeit möglich, dann wäre für uns mit bolschewistisch durchseuchten Truppen im Rücken die Lage einfach katastrophal. Die Zwangsmobilmachung ist für das Generalkommando unannehmbar.

Burchard: Im neubefreiten Gebiet befindet sich eine große Anzahl Bolschewisten. Die Bevölkerung hat sich fast überall mit den Bolschewisten gut gestanden. Unsere

74) Vgl. Schriftwechsel zwischen der Lettischen Regierung und den deutschen Stellen vom 17. 3. und 23. 3. 1919 in HI Balt. 198 A/173 und A/156.

75) Dabei ging es um die Verwertung der von der deutschen Forstinspektion vor dem Waffenstillstand aus russischen Kronforsten geschlagenen Holzvorräte. Vgl. dazu Bericht vom 26. 3. 1919 in AA (wie Anm. 11), Bd. 28.

Annahme vor der Befreiung, daß die Bevölkerung durch den bolschewistischen Terror vom Bolschewismus genesen sein würde, hat sich nicht bewahrheitet. Die Tatsachen sprechen überall dagegen. Die Bevölkerung ist überall zufrieden gewesen. Die befreite Bevölkerung ist vom Bolschewismus nicht geheilt. Bolschewisten sind in großer Anzahl im Lande vorhanden. Welches sind die Sicherungen, die die Lettländische Regierung uns gegen Bolschewisten im Heere gibt?

Ulmanis: Die Maßnahmen müßten der Regierung überlassen werden. Eine Mobilmachung, aber ohne Aufnahme der Bolschewisten in die Armee, ist möglich. Glauben die Herren denn, daß wir nicht im Stande sind, uns gegen den Bolschewismus zu schützen? In Estland und Nordlivland ist ebenfalls die Mobilmachung durchgeführt, die unsicheren Elemente werden auch dort ausgemerzt und in einem Konzentrationslager in Haft gehalten.

Sahlit: Die bolschewistischen Elemente sind mit den Bolschewisten abgezogen.

Ulmanis: Bolschewisten sind gewiß vorhanden. Der größte Prozentsatz der Leute in der Roten Armee sind auch Zwangsmobilisierte. Die Bolschewisten aus Überzeugung sind mit der Roten Armee abgezogen. Es wird deutscherseits immer über die Unmöglichkeit der Mobilmachung gesprochen, es fehlen aber Tatsachen zum Beweis für diesen Standpunkt. Im Gegenteil, in Goldingen waren es Freiwillige. Freiwillige bieten keine Garantie für die Zuverlässigkeit, z. B. in Deutschland. Bei Freiwilligenanwerbung melden sich hauptsächlich Bolschewiken oder beschäftigungslose Leute. Die Ungleichmäßigkeit beweist nichts. Lettland braucht eine Armee und nur auf dem Wege der Zwangsaushebung kann es zu einem Heere gelangen. Bei einer etwaigen Einstellung von Bolschewisten hat die Regierung genügend Macht, um das zu unterbinden. Wenn aber die Mobilmachung nicht durchführbar ist, fehlt der Verhandlungsgrund.

Major von Westernhagen: Die Bolschewisten werden nicht so dumm sein, ihre Karten vorzeitig aufzudecken; sie warten selbstverständlich ab, bis alles mobilisiert ist und schreiten dann geschlossen zu einer Aktion. Ich weise auf die Proklamation der drei sozialdemokratischen Vereinigungen hin, genau wie die Spartakisten in Deutschland. Die allgemeine Mobilmachung soll dazu benutzt werden, um zur gegebenen Zeit loszuschlagen. Der Ministerpräsident sagt, durch Freiwillige sei keine nennenswerte Armee zu erreichen. In einem patriotischen Volke muß es jedem klar sein, daß der Eintritt in die Armee zur Stärkung des Staatswesens dient, zur Abkürzung unseres Hierseins. Ich spreche es ruhig aus, der Haß der Bevölkerung gegen uns müßte das Volk schon dazu treiben. Ihre Aufrufe haben aber keine Zugkraft. Unsere Schlüsse dabei, daß die Regierung keinen starken Boden unter den Füßen hat.

Ulmanis: Die Gesinnung ändert sich mit dem Anziehen der Uniform. Das noch nicht von den Bolschewisten besetzt gewesene Gebiet müßte noch bolschewistisch sein und gegen die Mobilmachung opponieren. So bald die Regierungsgewalt gespürt wird, ändert sich auch die Gesinnung der Leute. Das ist eine bekannte Tatsache. Wie liegen die Verhältnisse in Deutschland; was werden da nicht alles für Mittel angewandt, um Leute für die Armee zu gewinnen, und die Resultate sind so gering. Zuverlässigkeit: man ist auch in Deutschland mit den Aufrührern fertig geworden. Lettland kann mit Freiwilligenanwerbung keine Armee aufstellen. Im Operationsgebiet müßte Freiwilligenanwerbung gesichert sein.

Major von Westernhagen: Im Operationsgebiet wären wir geneigt, Freiwilligenanwerbung zu gestatten.

Ulmanis: Operationsgebiet darf nicht zu groß sein. Die Mobilisationsfrage drängt jene Frage der Okkupationsmacht zurück. Es sind immer die alten Redensarten, Mobilmachung ist notwendig. Wenn wir diesen Weg nicht beschreiten dürfen, kann es nicht nur Monate, sondern auch noch Jahre dauern. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Auch militärisch sollten die Truppen an der Aa stehen bleiben.

Burchard: *Wir sind uns einig, daß Sie Soldaten brauchen, auch darin, daß es möglichst bald geschehen muß. Zuverlässig müssen sie allerdings sein. Bei uns ist es nur die Frage der Zuverlässigkeit der Bevölkerung. Über die Sicherungen bei einer Zwangsmobilisation wollen Sie uns keine Auskunft geben?*

Ulmanis: *Ich habe nicht gesagt, daß wir keine Auskunft geben wollen, es handelt sich doch um rein militärische Fragen. Es würde uns aber zu weit führen. Die Freiwilligen sind unzuverlässig.*

Burchard: *Ballod⁷⁶ ist absolut zuverlässig.*

Ulmanis: *Ballod hat auch Zwangsmobilisierte.*

Burchard: *Aber der Kern besteht aus Freiwilligen.*

Ulmanis: *Der Kern ist gering, Ballod hat 5 mobile Kompagnien.*

Burchard: *Die besondere Widerstandsfähigkeit ist auch noch nicht geprüft, die mobilen Kompagnien Ballods haben den Vormarsch mitgemacht, weiter nichts, sie sind mitgerissen worden. Warum kommen keine Freiwilligen zu Ihnen? Der Verweis auf die Anwerbung in Deutschland ist nicht stichhaltig. In Deutschland gibt es, alle Grenzschutztruppen eingerechnet, 300 000 Freiwillige. Redner vergleicht die Zustände in Berlin, Hamburg, Bremen — die Wahlen haben dort keine spartakistische Mehrheit ergeben (oder unabhängig, was dasselbe bedeuten würde) — mit Libau und der Stadtverordnetenversammlung. Als Regierung haben Sie keine Grundlage, erst nach einer Wahl würde man klar sehen. Erst nach einer Wahl, wo die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zu Tage getreten wären, könnten Sie zur Zwangsaushebung schreiten. Augenblicklich sind die Bolschewisten machtlos, die Sicherungen gegen sie sind zu groß. Zählt die Faktoren auf: Deutsche Truppen, Baltische Landeswehr, Ballod etc. Erst nach Wegfall der deutschen Truppen wäre die Gefahr groß. Weist auf die Zustände in der Ukraine hin, wo einzelne Bevölkerungsschichten mobilisiert wurden, bei anrückender Gefahr ging man weiter und mobilisierte alles, indem auf das erwachte starke Nationalgefühl hingewiesen wurde. Der Erfolg war der Sieg der Bolschewisten. Wenn Ihre Regierung zum Kuckuck geht, haben wir den Bolschewismus an unserer Grenze.*

Ulmanis: *Wenn keine Änderung der deutschen Politik eintritt, kommt, was Herr Burchard eben sagte. In der Ukraine ist es deshalb so schlecht gegangen, weil die Ukrainische Regierung unter dem Drucke der Deutschen handeln mußte; ich behaupte das Gegenteil von Herrn Burchard. Wenn sie selbständig hätte handeln können, wäre es anders gekommen. Die Regierung muß auch tatsächlich Regierung sein, sonst kommt die Bolschewistengefahr. Auch hier im Lande sprach man von dem Räte-system, jetzt ist keine Rede mehr davon vorhanden. Die Regierung muß aber tatsächliche Macht haben, dann gibt es keine Bolschewistengefahr. Der Vergleich mit den deutschen Freiwilligen trifft nicht zu. Die Landesbewohner hier haben noch nicht umgelernt. Die Leute sind gewohnt zu kommen, wenn man sie ruft. Führt das Beispiel in Niederbartau an, wo auf Freiwilligenwerbung keine kamen, bei Zwangsaushebung gerne sogar mit Musik in Libau eintrafen. Wir wollen ja nicht mit einem Mal mobilisieren, wir haben ja auch unsere Sicherungen; sollte es sich daher herausstellen, daß der Bolschewismus tatsächlich Überhand nimmt, ist es für Sie und uns gleich schlimm.*

Major von Westernhagen: *Für uns viel schlimmer.*

Ulmanis: *Wir verlieren alles Eigentum, Leben; ich weiß nicht, was Sie sonst noch verlieren können.*

Burchard: *Wenn es sich nur um uns hier handeln würde, würden wir ja gerne das Risiko mitmachen; es sollen aber 25 000 Mann hier stehen, deren Leben könne man*

76) Jānis Balodis war Führer der lettischen Brigade innerhalb der Baltischen Landeswehr.

nicht aufs Spiel setzen. Wir können nicht mit Ihnen mitriskieren. Lassen Sie doch alles seinen ruhigen Gang gehen. Die Anwerbung von Offizieren und Unteroffizieren kann doch weiter gehen. Soldatenuiform genügt nicht als Beweis für staatliche Gesinnung. Im befreiten Gebiet befinden sich Tausende Bolschewisten. Was sind die Sicherungen, daß bei einer Zwangsmobilisierung keine Bolschewisten eingestellt werden.

Ulmanis: Es ist doch sehr einfach, wir kennen doch unser Land. In jeder Gemeinde ist es gut bekannt, wer Bolschewist ist oder wer nicht. Was bietet die deutsche Militärverwaltung für Garantien, daß keine Bolschewisten sich im Lande herumtreiben, was hat sie unternommen, um den Bolschewisten das Hierbleiben zu erschweren, wie sind die Zustände auf der Paßstelle? Erzählt einen Fall, daß vor einiger Zeit ein Mann mit deutschen Papieren angekommen sei; befragt, erklärte er, er hätte sie von den deutschen Stellen bekommen, er hätte nur seinen Namen zu nennen gebraucht; das sei sehr einfach. Ministerpräsident will jederzeit deutsche Papiere beschaffen. Wir haben keine Kontrolle über alle diese Sachen, z. B. Eisenbahn etc.; wer hat hier die Verwaltung im Lande; aber es tut ja jeder, was er will.

Major von Westernhagen: Auf der Bahn und im Meldeamt sollen lettländische Beamte mitarbeiten. Generalkommando hat hierüber eine Zuschrift an Regierung geschickt.

Ulmanis: Darüber ist mir nichts bekannt. Dr. Walters hat mich wohl nicht in Kenntnis gesetzt.

Sahlit: Warum lassen sich die mobilisierten Leute an der Front totschießen, warum laufen sie nicht einfach über? Sie verlangen von uns immer Garantien, wir könnten dasselbe tun. Wenn wir einen Grund hätten, den Bolschewismus durch die allgemeine Mobilisierung zu fürchten, würden wir nicht mobilisieren. Wir mobilisieren auch nicht in Libau. Suchen uns ja auch die Gegenden aus. Die Resultate sind bis jetzt gut gewesen.

Schneemann: Wiederholt die Worte Major von Westernhagens.

Ulmanis: Wie sind die Zustände hier in der Verwaltung. Landeseinwohner verlassen das Land ohne Wissen der Regierung; wenn die einmal werden zurückkehren wollen, wird es noch große Schwierigkeiten geben. Weist darauf hin, daß vor kurzem eine Person mit einem Billet nach Berlin abgefaßt worden ist. Es ist sehr einfach, man holt sich einfach die Erlaubnis von der Militärverwaltung.

Major von Westernhagen: Es kann kein Experiment gemacht werden, daß 25000 Deutschen eventuell das Leben kosten kann. Der Russe zieht starke Kräfte bei Bausk zusammen; wir haben genug Verluste gehabt, um dieses Land zu befreien. Wir können nichts riskieren. Zählt die Verluste für März auf. Die Zahlen zeigen die großen Blutopfer der deutschen Truppen. Das Entstehenlassen eines zweifelhaften Heeres im Rücken ist nicht annehmbar. Redner macht den Vorschlag, an alle Truppenkommandeure den Befehl ergehen lassen zu wollen, daß die Anwerbung von Freiwilligen nicht zu behindern sei; die Aufrufe dürften aber keine Hetzereien enthalten wie in Mitau, müßten in mehreren Sprachen abgefaßt sein, in deutsch, damit auch die deutsche Truppe sie lesen kann. Wir werden keine Schwierigkeiten machen. Dann wird sich auch die Gesinnung der Bevölkerung zeigen.

Burchard: Weitere Kontrolle durch die Militärbehörden würde dann fortfallen. Wie über die Freiwilligenaushebung hinaus weitere Leute dem Militär zugeführt werden könnten, vielleicht unter deutscher Kontrolle, ließe sich vielleicht zwischen den Militärbehörden der beiden Seiten beraten.

Ulmanis: Sie verlangen von uns Unmögliches; wir sollen hinter der Front Freiwillige anwerben. Die Front ist wackelig. Sie wissen, was die Bolschewisten mit den Angehörigen der weißen Armee tun. Sie verlangen von uns, daß unsere Angehörigen bei einem eventuellen Vormarsch der Bolschewisten abgeschlachtet werden. Freiwillige

werden sich vielleicht in Mitau finden, wo das Volk durch das deutsche Vorgehen aufgeregt ist. Wir können die Familien aber nicht dem aussetzen, von dem Bolschewismus niedergemacht zu werden. Die Verhältniszahlen der Verluste zeigen, daß die lettischen Truppen stark geblutet haben; allein bei Kalnzeem haben sie 9 Tote, die Lazarette sind hier schon überfüllt; wir müssen jetzt auf dem Lande welche einrichten. Wenn wir eine Armee haben, können wir die Front auch allmählich verkürzen; wir hätten dann eine Front von Narva direkt nach Süden, würden uns dann mit den Litauern vereinigen.

Burchard: Mobilmachung ist Frage des Verbleibens der deutschen Truppen im Lande.

Ulmanis: Wollen Sie damit sagen, daß bei einer Mobilmachung die deutschen Truppen hier weggehen werden?

Burchard: Wir wären vor schwerwiegende Entschlüsse gestellt.

Ulmanis: Wir können einen Abzug der deutschen Truppen nicht verhindern. Mit unseren Truppen können wir die Bolschewisten nicht aufhalten. Auch die deutschen Freiwilligen können das nicht im Lande. Sie haben dann die Bolschewisten in Ostpreußen. Wenn wir eine genügende Armee haben, können wir für Deutschland Sicherungen bieten.

Burchard: Haben Sie keine Möglichkeit, von wo anders Truppen zu bekommen? Schweden? Dänemark?

Ulmanis: Wieviele verschiedene Truppen sollen wir hier dann noch haben. Wir haben hier eine „Baltische Landeswehr“, es fällt mir schwer, dieses Wort auszusprechen.

Burchard: Sagen Sie einfach „Landeswehr“.

Ulmanis: Wir haben hier reichsdeutsche Truppen, wir haben lettische. Wir können nicht so viele anwerben, wie wir brauchen. Die Furcht vor der Rache der Bolschewisten ist zu groß.

Burchard: Ich gebe zu, die Furcht vor der Rache der Bolschewisten ist ein Grund, der die Anwerbung wesentlich behindert.

Ulmanis: Warum schenken Sie unserer Politik keinen Glauben? Sie halten uns deutschfeindliche Aussprüche einzelner Personen entgegen; was der einzelne Soldat einmal sagt, ist doch nicht maßgebend; wenn wir alle lettisch-feindlichen Aussprüche der Deutschen sammeln wollten, ich glaube, es wäre ein dickes Buch.

von Ludwiger: Die Deutschbalten haben sich restlos in den Dienst der Sache gestellt, die Gefahr für deren Angehörige ist dieselbe. Herr Ulmanis meinte, die Front würde kürzer, das glaube ich nicht.

Allgemeine Diskussion, welche Front kürzer wäre.

Ulmanis: Weist darauf hin, daß die Esten zwei Fronten haben.

Burchard: Weist auf die Rachsucht der Bolschewisten hin auch den deutschen Truppen gegenüber, liest den Bericht des Generalkommandos vom 4. 4. über die Erschießung der 2 [Soldaten] der Eisernen Division, die, an Bäume angebunden, erschossen worden sind.

Ulmanis: Gibt zu, daß die Deutschen sich in derselben Lage befinden wie die lettischen Freiwilligen. Weist auf die Unmöglichkeit der Freiwilligenanwerbung hin. Meint dabei, die Letten seien eben kein solches Heldenvolk, das alles opfert. Um die allgemeine Mobilmachung kommen wir nicht herum. Wenn Deutschland dieses unannehmbar sei, hätten die Besprechungen keinen Sinn.

Burchard: Schlägt vor, daß deutsches Kommando mit lettischem Kriegsminister über die Möglichkeit verhandelt, wie man über die Freiwilligenanwerbung hinaus Leute dem Militär zuführen könnte.

Major von Westernhagen: Es fehlen bei uns die Organe hierzu.

Burchard: Ulmanis versteht nicht, was Burchard meint, erklärt hierauf, wie er es meint.

Ulmanis: Ich muß meine Bedenken über die Verzögerung aussprechen. Ich habe immer gesagt, daß wir auf eine zustimmende Antwort warten. Jetzt müssen wir wieder von vorne anfangen. Unsere früheren Verhandlungen haben zu nichts geführt. Aber das Land kann nicht warten, Riga wartet nicht. Sollen wir so lange warten, bis es zu spät wird. Wenn einmal der Regierung Vorwürfe gemacht werden werden — ich meine nicht in Zeitungen, aber so wird man ihr Vorwürfe machen, daß sie zu lange verhandelt hat. Wir bitten um schriftliche Antwort, ob sie die Mobilmachung gestatten können oder nicht. Es scheint, als ob eine Verständigung nicht möglich ist.

Burchard: Wir haben die Hoffnung, daß eine Verständigung erzielt werden wird. Die Frage der Sicherungen bei einer eventuellen Mobilmachung ist nicht beantwortet.

Ulmanis: Wollen wir das nicht den Militärs überlassen? Wie ist es mit der Mobilmachung im Hasenpothor Kreise?

Major von Westernhagen: Am 23. 3. waren wohl alle der Herren zugegen, als der Herr Ministerpräsident um die Mobilmachung der 4 Kreise Medsen etc. bat, heute am 5. 4. kommt der Ministerpräsident mit dem Ersuchen um weitere Mobilmachung, trotzdem die am 23. genehmigte als ein Versuch anzusehen ist, dessen Ergebnis abzuwarten bleibt.

Ulmanis: Es war keine Probemobilmachung, wer soll 3—4 Wochen warten. Wir bekommen so keine Armee. Sie schlagen also unsern Vorschlag ab. Ich möchte gern eine Antwort haben, wie die Herren sich zur Mobilmachung stellen. Wird sie genehmigt oder nicht?

Burchard: Wirft die Frage der Sicherungen auf.

Ulmanis: Das sind doch Einzelfragen.

Burchard: Wir haben schlechte Erfahrungen gemacht. Kommt auf die Ukraine zurück.

Ulmanis: Äußert, daß die schlechten Erfahrungen darauf zurückzuführen seien, daß die Ukrainische Regierung nicht selbständig handeln durfte, sondern unter Kontrolle der deutschen Behörden stand. Hier würde es ein gleiches Ergebnis zeitigen, da die Regierung an Händen und Füßen gefesselt sei.

Burchard: Äußert, daß die Regierung hier gerade selbständig handeln soll.

Ulmanis: Die Regierung ist zu abhängig.

Burchard und Major von Westernhagen: Führen das Beispiel von Calais an, weisen auf die Notwendigkeit der Opfer zur Erreichung eines großen Zieles. Wegen Calais ist keine Mißstimmung zwischen Engländern und Franzosen entstanden. Weisen auf die Notwendigkeit, daß das lettische Volk auch mal etwas vergessen muß.

Ulmanis: Auf Befehl kann man nicht vergessen. Was ist seit 1915 hier getan. Kommt auf die Gemeinsamkeit der Interessen des deutschen und lettischen Volkes bei der Abwehr des Bolschewismus zu sprechen.

Burchard: Daher sind wir auch hier.

Ulmanis: Wenn die Mobilisierung nicht gestattet wird, sind wir gezwungen, der Bevölkerung zu sagen, daß die deutschen Truppen es uns nicht gestatten, uns zu mobilisieren. Verheimlichen können wir das nicht. Das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschen und uns wird dadurch nicht besser, wenn Ihnen das alles von zu geringer Bedeutung erscheint, können wir nichts machen.

Major von Westernhagen: Wir wünschen eine starke lettische Armee, aber wir werden keine bolschewistische zulassen. Im Detachement Ballod arbeiten wir mit Letten und arbeiten sehr gut. Von einem Nichthabenwollen einer lettischen Armee kann keine Rede sein. Die französisch-englischen Verbündeten haben in der Erkenntnis des gemeinsamen Feindes gegenseitig Opfer gebracht. Die Franzosen haben die Engländer schalten und walten lassen. Weist daraufhin, daß inklusive Polizeigewalt im eng-

lischen Abschnitt die gesamte Verwaltung in Händen der Engländer gelegen hat. Wenn die zwei stolzen Völker sich haben einigen können, warum können wir es dann hier nicht. Äußert, daß die deutsche Verwaltung hier schrittweise der Regierung entgegengekommen ist. Es erstaunt mich zu hören, was der Herr Ministerpräsident sagt, daß das lettländische Volk nicht vergessen könne, was seit 1915 hier geschehen ist.

Ulmanis: Wenn England und Frankreich sich als Feinde gegenüber gestanden hätten, wäre es auch anders. Weist darauf hin, daß, wenn eine Einigung in den Grundfragen erzielt wird, die Schwierigkeiten sich von selbst legen würden. Kommt auf das von Major von Westernhagen genannte Entgegenkommen zu sprechen und äußert dabei, daß ein solches nicht vorhanden sei. Weist auf die Überlassung der Dampfer hin, wo deutscherseits große Schwierigkeiten gemacht worden sind. Ein Dampfer wohl unbenutzt gelegen hat, man hätte ihn aber nicht der Lettländischen Regierung zur Verfügung stellen wollen. Es habe erst ein Druck von dritter Seite erfolgen müssen, um die Angelegenheit zu ordnen, die übrigens noch nicht geregelt sei.

Allgemeine Debatte: Es handelt sich im vom Ministerpräsidenten erwähnten Telegramm um Auslieferung der Schiffe an die Estnische Regierung. Der Fall wird nicht geklärt.

Ulmanis: In der Holzfrage⁷⁷ würden ebenfalls unnötige Schwierigkeiten gemacht. Schließlich wurde es doch den Letten gelassen. Bei Freigabe könnten die Sägemühlen beschäftigt werden, auch das jetzt einlaufende Schiff mit Lebensmitteln braucht nicht leer wegzufahren. Wir kommen nicht weiter. Halten Sie eine Einigung für unmöglich, dann bitte geben Sie uns eine schriftliche Antwort. Wir werden unsere Konsequenzen daraus ziehen. Ich hoffe aber auf eine Einigung.

Burchard: Schlägt eine Besprechung zunächst der militärischen Stellen vor, zur Klärung der Sicherungen.

Ulmanis: Die Sicherungen sind so einfach; obgleich ich nicht Militär bin, kann ich mir das sehr gut vorstellen, wie das gemacht wird; ich sagte ja eben, daß wir doch unsere Leute kennen. Es ist doch nicht schwer, die ungewünschten Elemente werden einfach zurückgestellt. Alle übrigen Fragen gehen aus der Hauptfrage hervor. Wenn wir uns in der Hauptfrage einigen, können Sie ja mit Ihren Forderungen kommen, die Sie für die Sicherheit haben wollen.

Burchard: Sie wollen uns keine Vorschläge machen?

Ulmanis: Es ist doch einfacher und leichter, wenn Sie die Forderungen stellen.

Es werden zwischendurch andere Fragen besprochen.

Ulmanis: Kommt auf die Polizeifrage zu sprechen, und weist es zurück, daß der Lettländischen Regierung nur die Sanitätspolizei überlassen werde, diese brauchte sie nicht. Weist auf die Zwecklosigkeit der Verhandlungen hin.

Burchard: Äußert, wir seien auf keine Punkte absolut festgelegt; die Verhandlungen müßten ergeben, wo sich Änderungen einfügen ließen.

Ulmanis: Wir können nicht von der Forderung der Mobilmachung abgehen, wir brauchen dieses Recht im Prinzip.

von Ludwiger: Meint, es wäre leichter zu verhandeln, wenn genaue Angaben über die Mobilmachung vorliegen würden.

Ulmanis: Sieht hierin eine Kontrolle, die er zurückweist.

Burchard: Äußert, daß es gar keine Kontrolle sei; es sei im Kriege überall zwischen Verbündeten so gehandhabt worden.

Ulmanis: Es wäre ganz etwas anderes, wenn wir hier als Gleichberechtigte am Tische säßen und wir als Regierung nicht abhängig wären von der Okkupationsmacht. Wenn wir wirklich wie Verbündete verhandeln könnten, kämen wir auch vorwärts.

Burchard: Wollen Sie ein Bündnis mit uns schließen?

77) Vgl. Anm. 75.

Major von Westernhagen: Ein Bündnis?

Ulmanis: Nein, nein, das können wir nicht! Das geht nicht. Da sind denn doch zu viel Schwierigkeiten.

Burchard: Warum nicht?

Major von Westernhagen: Weshalb?

Ulmanis: An Bündnisse können wir nicht denken; wir können uns ja nicht einmal verständigen; erst müssen wir uns verständigen. Ein kleiner Staat wie wir können keine Bündnisse schließen. Womit sollen wir auseinander gehen. Bittet, wenigstens die Mobilmachung im Hasenpoth Kreise zu gestatten; dann wäre etwas Zeit gewonnen. Bittet um baldige schriftliche Antwort.

Burchard: Meint, es müßte zwischen den deutschen Stellen noch beraten werden, was Zeit in Anspruch nehme.

Ulmanis: Bittet um Änderung des Standpunktes betreffs Hasenpoth. Gibt seinen Befürchtungen Ausdruck, daß die Verhandlungen hingezogen werden.

Während den Verhandlungen wurde noch über Litauen gesprochen, wobei der Ministerpräsident meinte: „Bei den Litauern spielt das Geld überhaupt eine sehr große Rolle“. Die Äußerung war durchaus abfällig.

N r . 6⁷⁸

Weisungen des Oberkommandos Nord für VI. Reservekorps

Riga, 17. Juni 1919

Die Regierung ist in der Räumungsfrage durch die Haltung Erzbergers festgelegt. Sie hält an der Räumung fest und hat veröffentlicht, daß sie in etwa 8 Wochen beendet sein wird. Trotzdem ist die Räumung des Baltikums nicht erwünscht. Es genügt dem Inland gegenüber, wenn jeder Kampf deutscher Truppen gegen die Bolschewiki und Esten vermieden wird; die Verantwortung hierfür trägt der Chef des Generalstabes des Oberkommandos. Wir haben das größte Interesse daran, im Lande zu bleiben; jede Entscheidung in der Räumungsfrage bei Verhandlungen mit der Entente ist daher durch Verschleppen des Notenwechsels, der Verhandlungen, durch Rückfragen, Prüfungen usw. möglichst lange hinauszuziehen.

Es ist zu prüfen, inwieweit der Truppe von diesen Weisungen Mitteilung gemacht werden muß. Die Eiserne Division bleibt unter allen Umständen in Kurland. O.H.L. und Oberkommando Nord erkennen an, daß es erwünscht ist, daß möglichst viele Deutsche im Land bleiben. Falls die Räumung doch befohlen werden sollte, sind alle Vorbereitungen so zu treffen, daß die Räumung nicht ausgeführt wird. Es bestehen daher keine Bedenken gegen den Übertritt möglichst zahlreicher Formationen in lettländische Dienste. Jedoch soll dieser Übertritt möglichst nicht in geschlossenen Truppenteilen erfolgen, sondern nur durch Einzelpersonen ausgeführt werden, die dann wieder neu zu Truppenteilen zusammenzufassen sind.

Die Frage der Regelung des Oberbefehls wird dem Ermessen des Generals Graf von der Goltz anheim gestellt. Gegen einen Übertritt des Grafen von der Goltz in lettländische Dienste bestehen keine Bedenken. Die Versorgung der in lettländische Dienste übertretenden deutschen Truppen würde [in Verrechnung] gestellt in Form von Lieferungen an Lettland und Litauen für Heereszwecke. Die Reichsregierung will eine Massenflucht der Deutschbalten nach Deutschland unter allen Umständen verhindern wissen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Hinterlande wird das Generalkommando ersucht, eine Verstärkung der Gendarmerie-Trupps anzustreben.

78) Druckvorlage: Unterschriebene Ausfertigung in HI Balt. 198 A/95, drei Seiten. Die Überschrift entstammt der Vorlage.

Nach Ansicht der O.H.L. ist eine Landung von Entente-Truppen in Libau oder Memel nicht wahrscheinlich. Aber auch für den Landungsfall darf die Armee nicht zurückgenommen werden; jeder Mann hat auf seinem Posten auszuharren. Wenn nach irgendeiner Seite ausgewichen wird, dann feindwärts in östlicher Richtung. Dementsprechend sind nahe der jetzigen Front die Vorräte an Lebensmitteln, Munition und Ausrüstung zu verstärken.

Das Kommando-Hauptquartier darf nicht nach Riga verlegt werden. Die politische Abteilung des Generalkommandos ist umzutaufen. Bei allen Maßnahmen ist ihr voraussichtlicher Einfluß auf die Friedensverhandlungen in Versailles zu berücksichtigen. Es muß daher für den Fall des Einsatzes deutscher Truppen in den Kämpfen gegen die Esten entweder Übertritt in lettländische Dienste erfolgen oder das Verfahren von Riga wiederholt werden. Die Reichsregierung wünscht unter keinen Umständen eine Beteiligung reichsdeutscher Truppen an diesen Kämpfen. Jeder weitere Vormarsch reichsdeutscher Truppen in Richtung Jakobstadt wird untersagt. Es ist anzustreben, für die bisherigen und noch zu erwartenden Leistungen des Deutschen Reiches bindende Zugeständnisse der Lettländischen Regierung vor allem in der Siedlungsfrage zu erlangen.

Die Werbestelle hatte auf Befehl des Kriegsministeriums ihre Werbetätigkeit plötzlich eingestellt. Das Oberkommando wird dafür Sorge tragen, daß die Werbungen wieder aufgenommen werden und das Kriegsministerium sich über die Gründe seines Befehls äußert.

Bedingungen des Generalleutnants von Estorff für den Fall seines Übertritts in lettländische Dienste am 20. 12. 18:⁷⁹

- 1.) Generalleutnant von Estorff wird Kriegsminister, der bisherige lettische Kriegsminister wird ihm als Beigeordneter unterstellt.
- 2.) General von Estorff erhält den Oberbefehl über sämtliche lettländische Truppen.
- 3.) Die Kriegskosten einschließlich der Landentschädigung an deutsche Krieger trägt die Lettländische Regierung.

Die Ausrüstung und Versorgung der in Mitau eingetroffenen Russen ist zunächst durch Generalkommando zu übernehmen. Weitere Russentransporte voraussichtlich bis zu 10000 Mann werden folgen. Ihre Versorgung wird besonders geregelt.

F. d. R.
Guderian⁸⁰
Hauptmann im Generalstabe

N r . 7⁸¹

Auswärtiges Amt an Deutschen Geschäftsträger
Burchard in Mitau

(Berlin, zwischen 15. und 22. Juli 1919)

Nr. 307. Nachstehende Drahtmeldung der Kommandostelle Kolberg vom 14. Juli und diesseitige Antwort zu Ihrer gefälligen Kenntnis: „General Gröner läßt drahten

⁷⁹) Ludwig von Estorff hatte am 14. 12. 1918 das Oberkommando der 8. Armee übernommen. Vgl. V o l k m a n n , Das Deutsche Reich (wie Anm. 5), S. 386.

⁸⁰) Heinz Guderian (1888—1952), später Chef des Generalstabes des Heeres.

⁸¹) Druckvorlage: Abschrift des Telegramms in HI Balt. 202 A/67, zwei Seiten. Als Eingangsdatum ist der 22. 7. angegeben. Am Ende des Schriftstücks findet sich die Notiz von General von der Goltz: „Ich habe nie Weisungen erhalten, außer 8 Tage zu spät. Diese nachträglichen Weisungen wirken geradezu kindisch. Schade um das Papier.“ Vgl. Telegramm der Kommandostelle Kolberg an das AA vom 14. 7. 1919, in: AA (wie Anm. 11), Bd. 40.

= VI. Reservekorps meldet: Unter Bezeichnung als Instruktion hat General Gough⁸² der Landeswehr den Befehl erteilt, unverzüglich alle Reichsdeutschen aus der Landeswehr zu entlassen und sich einem englischen Befehlshaber zu unterstellen. General Gough hat hierbei nackt ausgesprochen, jeden reichsdeutschen Einfluß im Osten zu vernichten, und daß alle Verträge, die mit der Lettländischen Regierung hinsichtlich der im Baltikum fechtenden Reichsdeutschen wie Erwerbung des Bürgerrechts, Siedlungsmöglichkeit und Versorgungsansprüche geschlossen sind, durch den Versailler Frieden für null und nichtig erklärt seien und er sich für ihre Nichterwerbung einsetzen werde. Unter dem Zwang der politischen und wirtschaftlichen Notlage der Balten, die nach dem Abzug der reichsdeutschen Truppen zu einer völligen Vernichtung des Baltikums führen kann, wird sich die Landeswehr wahrscheinlich nicht den englischen Forderungen entziehen. Das Generalkommando hat sogleich alle erforderlichen Schritte getan, um für diesen Fall die reichsdeutschen Interessen, insonderheit hinsichtlich der in der Landeswehr dienenden Reichsdeutschen und der im Besitz der Landeswehr befindlichen Heeresgüter, zu wahren. Der kommandierende General hat kein Zweifel darüber gelassen, daß er diese Absicht eventuell mit Waffengewalt durchführen werde.“

Gemäß Rücksprache Legationsrat von Dirksen — Hauptmann von Wallenberg hat die Kommandostelle Kolberg geantwortet: „Nach der Note des Marschalls Foch Nummer 13 899 vom 10. Juli soll General Gough mit dem Abschnittskommandeur über die Räumung des Baltikums durch die Deutschen und das Auftreten deutscher Truppen in Livland in Verbindung treten. Richtschnur für das Verhalten des Grafen Goltz muß sein, im engsten Einvernehmen mit unserer Gesandtschaft zu arbeiten und die Räumung des Baltikums ebenso wie die Auflösung der deutschen Teile der Landeswehr solange zu verzögern, bis, falls ein Entgegenkommen von baltischer Seite nicht mehr zu erreichen ist, die russische Möglichkeit auszunutzen ist. Glaubt Graf Goltz diesem zu erstrebenden Zeitgewinn durch Verbindungnahme mit Gough dienen zu können, so soll er die Verbindung suchen, andernfalls sie solange vermeiden, bis sie Gough selber suchen wird, in jedem Falle aber dem Engländer, der ja schließlich die Macht gegen Deutschland hat, mit größter Höflichkeit und ohne Gewalttätigkeit entgegenzutreten. Die Verzögerung der Räumung und der Auflösung der deutschen Teile der Landeswehr kann Graf Goltz damit begründen, daß durch die Forderung des [Generals] Gough eine ganz neue Lage entstanden sei, die eine wesentliche Erschwerung der Räumung bedeutet, und daß er sich erst Instruktionen holen müsse, da er über diese Auslegung des noch nicht in Kraft getretenen Versailler Frieden nicht unterrichtet sei. Gough hat sich durch Waffenstillstandskommission beschwert, daß die Deutschen bei der Räumung Telephon- usw. Verbindungen zerstören.“ Hierin soll Graf Goltz möglichst entgegenkommen. Weitere Weisungen werden dem Grafen Goltz von hier aus oder durch Gesandtschaft Mitau zugehen. Damit gewährleistet ist, daß die militärischen Stellen im Sinne des Auswärtigen Amts handeln, wird gebeten, dem General Graf Goltz für sein weiteres Verhalten und für etwaige Verhandlungen mit Gough durch die Kommandostelle Kolberg oder durch die Gesandtschaft Mitau Weisungen zukommen zu lassen.

Haniel⁸³

82) Generalleutnant Sir Hubert Gough war am 14. 5. 1919 zum Chef der britischen Militärmission in Finnland und den baltischen Staaten ernannt worden. Vgl. E. A n d e r s o n : Die Baltische Frage und die internationale Politik der Alliierten und Assoziierten Mächte 1918—1921, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 2), S. 353 ff.

83) E. K. A. Haniel von Haimhausen, Unterstaatssekretär im AA.

Nr. 8⁸⁴Unterredung mit Erdmann⁸⁵ am 9. 8. (1919) abends

Erdmann war in Berlin und hat dort mit verschiedenen deutschen und russischen Kreisen gesprochen.

1) Hermann Müller⁸⁶ hat er persönlich nicht gesprochen, nur durch Mittelsleute. Er kennt Hermann Müller von früher. Glaubt, daß er viel zu vorsichtig ist, um durch Äußerungen oder Handlungen Handhaben zu geben, als verstieße er gegen den Friedensvertrag. Er hält ihn aber für überzeugten Anhänger einer Annäherung an Rußland, natürlich an ein demokratisches Rußland. Er glaubt deshalb auch, daß er jede Förderung der Freundschaft mit Rußland unterstützen würde, aber ohne sich irgendwie festzulegen und vor allem ohne sich oder seinem Amt Blößen hinsichtlich des Haltens des Friedensvertrages zu geben.

2) Von Berliner Vertretern der Russen hat er anscheinend hauptsächlich mit Remmer⁸⁷ gesprochen. Für diesen schwärmt er sehr. Dieser scheint auch sein Hauptgewährsmann zu sein.

Über Gutschkows⁸⁸ beabsichtigte Fahrt nach Berlin ist er orientiert. Hält Gutschkow für einen bedeutenden Mann. Seine Ententeorientierung hält er lediglich für einen Nützlichkeitsstandpunkt. Rußland muß Hilfe da nehmen, wo sie sich ihm biete. Gutschkow hält er für eine geeignete Person, der russischen Sache hier Nachdruck zu geben.

Er glaubt sicher, daß eine größere Summe (mindestens 250 Million Mark) aufgebracht werde. Die russischen und deutschen Geldgeber wollen aber erst was Positives haben. Also der gleiche *circulus vitiosus*, der Geldgeber will was Positives, und das Positive ist ohne vorheriges Geld nicht zu schaffen. Ein wirklich verwendungsfähiges Korps ohne deutsche Hilfe an Offizieren, Mannschaft, Geld und Nachschub zu schaffen, hält er für ausgeschlossen.⁸⁹

Er glaubt, daß er sich bei energischem Auftreten der Russen die Genehmigung der Entente zu deutscher Unterstützung unschwer erreichen ließe. Nur England ist dagegen, Amerika und Frankreich, das vor finanziellem Zusammenbruch steht und auf russische Wiedererstattung hofft, seien nicht dagegen. Litauen sei dafür.

Die schwankende Regierung Ulmanis muß man überzeugen, daß sie ohne deutsche Unterstützung gar nicht existieren könne. Gehen wir weg, so wird Lettland sehr bald bolschewistisch, und Ulmanis sei der erste, der aufgehängt würde. Er hält einen lettischen Umschwung trotz aller Deutschenhetze für möglich, sobald die Leute Angst haben. Sobald der Bolschewik vorrückt, bricht die Ballod-Front zusammen und der Bolschewismus lodert im Lande auf. Er will selbst nach Riga, um dies den leitenden lettischen Kreisen vor Augen zu führen.

Mit Bermondts hat er anscheinend auch Fühlung. Er hält Bermondts für eine geeignete Persönlichkeit, hier an der Spitze zu stehen. Ein großer Name könne erst später kommen. Diese Leute wollten sich noch nicht mit Versprechungen festlegen; Bermondts könne Litauen, Lettland usw. alles versprechen.

84) Druckvorlage: Handschriftliche Aufzeichnung in HI Balt.202 A/49, zwei Seiten. Die Überschrift entstammt der Vorlage.

85) Über den Besuch des Kapitän Erdmann im AA liegt ein Vermerk vom 17. 7. 1919 vor, der folgendermaßen beginnt: „Kapitän Erdmann hat sich hier vorgestellt und in längeren Ausführungen in kaum verständlichem Deutsch sein Programm entwickelt, das im wesentlichen den Ausführungen Römmer's entsprach“. Vgl. AA (wie Anm. 11) Bd. 41.

86) Hermann Müller, Außenminister im Kabinett Bauer, später Reichskanzler.

87) Vgl. Anm. 47.

88) Aleksander Ivanovič Gučkov (1862—1936) gehörte zu den führenden Oktobristen in der Emigration.

89) Zu den finanziellen Bemühungen vgl. L e n z (wie Anm. 2), S. 19 f.

Protokoll der Sitzung des Militärpolitischen Rates Westrußlands⁹¹ am 10. August 1919

Übersetzung

Auf Grund des Verfassungsaktes des Militär-Politischen Rats von West-Rußland vom 22. Juli des Jahres 1919 und in Erfüllung des Absatz 1 (Punkt a und b) und des Absatz 2 desselben Aktes fand am 10. August 1919 eine allgemeine außerordentliche Zusammenkunft des Militär-Politischen Rates von West-Rußland unter Beteiligung des Vorsitzenden des Rats, Baron Ludwig Karlowitsch Knorring, und den Mitgliedern des Rats, Hermann Wassiljewitsch von Berg, Georg Michailowitsch Derjugin, Peter Petrowitsch Durnowo, Baron Adolf Pilar von Pilchau und Andre Konstantinowitsch Remmer und des Sekretärs des Rates, Wassili Maximowitsch Poppe, statt. Es wurde über die Vereinheitlichung der Handlungen der einzelnen Truppen, die sich an der Front befinden, bis zur Übernahme des Oberbefehls der gesamten Front durch eine vom Militär-Politischen Rat dazu ersehene Person, ferner über die Herstellung einer solchen Ordnung in Bezug auf die verschiedenen Zivilabteilungen bei den militärischen Organisationen, welchen die Tätigkeit der Zivilabteilungen zu den verschiedenen Orten in eine strenge Übereinstimmung mit der politischen Richtung und den Beschlüssen des Militär-Politischen Rates von West-Rußland bringen sollen, beraten. In Ausführung des Dargelegten hat der Militär-Politische Rat von West-Rußland beschlossen, dem Mitglied des Rats, Andre Konstantinowitsch Remmer, folgenden Auftrag zu erteilen:

I. Sich als Vertreter und als im Namen des Rats bevollmächtigte Person nach Mitau zu begeben, wo Andre Konstantinowitsch Remmer mit den einzelnen Truppenteilen, Behörden, Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten in Verhandlung zu treten hat in Bezug auf die Anerkennung durch diese des Militär-Politischen Rates von West-Rußland als einzige und ausnahmslose rechtmäßige staatliche Behörde, die derartige Beschlüsse fassen kann, der außerdem die alleinige Vertretung der Interessen Rußlands in Bezug auf Fragen der Westfront gegenüber den Auslandsmächten und von diesen anerkannten militärischen und staatlichen Zentren Rußlands obliegt;

II. Von allen militärischen und öffentlich allgemein-politischen Organisationen alle Zivil- und anderen Behörden und Abteilungen, welche bis zu dieser Zeit bei ihnen eröffnet oder bei ihnen gegründet sind, zu übernehmen, da der Militär-Politische Rat die gesamte Zivilverwaltung in den von den Bolschewisten wiedereroberten Gebieten auf sich nimmt, zu welchem Zweck beim Rat folgende Institutionen gegründet sind: a) die politische und diplomatische Abteilung, b) die Finanz- und Industrieabteilung, c) die militärische Abteilung. Es sollen ferner eröffnet werden d) eine Verpflegungsabteilung, e) eine Agitationsabteilung.

III. Für den Fall, daß der Führer des Korps namens des Generals der Kavallerie Graf Keller, Oberst Bermond, in schriftlicher Form seine Zustimmung zur Anerkennung des Militär-Politischen Rats von West-Rußland als die alleinige im oben erwähnten Sinne bevollmächtigte staatliche Behörde gibt und ebenfalls in schriftlicher Form seine Bereitwilligkeit erklärt, sich rückhaltlos der Person zu unterstellen, die vom Rat für den Posten des Oberbefehlshabers bestimmt wird; in diesem Fall ist das Mitglied des Militär-Politischen Rates von West-Rußland, Andre Konstantinowitsch Remmer, bevollmächtigt, im Namen des Rates dem Kommandeur des Freiwilligen-Westkorps namens des Generals der Kavallerie Graf Keller, dem Oberst Paul Rafalowitsch Bermond, in schriftlicher Form zu erklären, daß er, der Oberst Bermond,

90) Druckvorlage: Übersetzung des Protokolls in HI Balt. 201 D/70, drei Seiten.

91) Vgl. dazu Volkman, Die Russische Emigration (wie Anm. 39), S. 69 f.

zeitweilig bis zur Wahl eines Oberbefehlshabers durch den Rat oder bis zum Eintreffen einer besonderen vom Rat oder vom Oberbefehlshaber bestimmten Person zum Kommandeur sämtlicher Truppen, die im baltischen Sektor gegen die Bolschewisten kämpfen, ernannt wird. Ihm, dem Oberst Paul Rafaelowitsch Bermond, wird für diese Zeit die gesamte Befehlsgewalt in militärischer und operativer Hinsicht übertragen.

Die Zivilverwaltung ist ganz bis zum Eintreffen des Rats an der Front vom Mitglied des Rats, Andre Konstantinowitsch Remmer, zu übernehmen.

Vorsitzender des Rats: Der gewesene Minister-Resident Wirklicher Staatsrat, gez. Baron Ludwig Karlowitsch Knorring;

Mitglieder des Rats:

Führer der Militärabteilung Oberst im Generalstabe, gez. Durnowo;

Gehilfe des Staatssekretärs des Reichsrats, Mitglied der 4. Reichsduma, Adelsmarschall von Pleskau, Sonderbeauftragter des Allrussischen Nationalverbandes, gez. Georg Derjugin;

Adelsmarschall von Livland, gewähltes Reichsratsmitglied vom Adel ganz Rußlands, gez. Baron A. von Pilar;

Leiter der Abteilung für Finanz, Handel, und Industrie, Beamter zu besonderen Aufträgen beim Finanzminister, gez. Hermann Wassiljewitsch von Berg;

Gewesener Vorsitzender des Rayons-Verpflegungsamtes und Mitglied des besonderen Verpflegungskomités der Stadt Petersburg, Kollegien-Sekretär, gez. Andre Konstantinowitsch Remmer;

Sekretär des Militär-Politischen Rates von West-Rußland, gez. Wassili Maximowitsch Poppe.

Nr. 10⁹²

Bericht des Hauptmanns i. G. von Poseck⁹³, Verbindungsoffizier des VI. Reservekorps beim Detachement Graf Keller, über seine Unterredung mit Bermond

Mitau, 13. August 1919

Bermond erzählte, daß er von Durnowo, dem Chef des Generals Gurko⁹⁴, eine Nachricht erhalten habe, wonach General Gurko ihn offiziell zum Führer der hiesigen Truppen ernannt habe. Gurko treffe in den nächsten Tagen in Berlin ein. Wenn er später hierher käme, würde Gurko den Oberbefehl übernehmen, er selbst eine Armee führen.

Gutschkow war am 12. 8. 19 nachmittags bei Bermond. Dieser hat ihm vor allem gesagt, es müsse erreicht werden, daß sich deutsche Truppen bei dem russischen Vorgehen beteiligten, da nur dann ein Erfolg zu erhoffen sei. Über die Lage bei der Nordarmee habe sich auch Gutschkow pessimistisch ausgesprochen, die Mangelhaftigkeit durch die Entente zugegeben und sich hierbei abfällig über die Entente geäußert. Bermond ist der Ansicht, daß Gutschkow der geeignete Mann sei, um die Entente zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zu bewegen. Er habe zwar in der Armee viel

92) Druckvorlage: Unterschriebene Durchschrift in HI Balt. 201 D/64, drei Seiten. Weitere Exemplare sind für die Verteilung an Major Moojer und die Deutsche Gesandtschaft erstellt worden.

93) Günther von Poseck (1890—1956), später in der Industrie tätig. Sein Nachlaß befindet sich im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg.

94) Vasilij Iosifovič Gurko (1864—1937), vormaliger Chef des Stabes.

Feinde wegen seiner Rolle bei der Abdankung des Zaren und bei Beginn der Revolution, aber Bermondts habe ihm gesagt, es sei jetzt nicht der Zeitpunkt, um alte Dinge aufzurühren, sondern im Interesse Rußlands müßte jetzt alles zusammenarbeiten. Gutschkow habe auch besonders bei Denikin schon bewiesen, daß er helfen wolle und könne.

Nach der Rückkehr aus Riga wird Gutschkow Bermondts wieder aufsuchen. Bermondts meint, daß Gutschkow unter Umständen dann auch in der litauischen Angelegenheit verhandeln könne. Bisher hat er ihm darüber noch nichts gesagt. Ich sagte Bermondts, ich hielte es auch für gut, daß Gutschkow zunächst davon noch nichts erfahre, G. müsse zunächst mit den Engländern verhandeln und es würde auch seine Aufgabe erleichtern, wenn er dabei von der litauischen Angelegenheit noch nichts wisse.

Bermondts scheint der Ansicht zu sein, daß Gutschkow durchaus nicht ausschließlich im Ententefahrwasser ist; im allgemeinen sei überall in russischen Kreisen jetzt eine große Deutschfreundlichkeit. Z.B. soll der deutschfeindliche General Monkiewitsch in Berlin jetzt von dort entfernt werden. Letzteres hänge angeblich mit der Änderung in der Haltung der Entente zusammen und geschehe zum Teil sogar auf Veranlassung des englischen Generals Malcolm⁹⁵. Bermondts sagte weiter, es bestehe die Ansicht, daß Gough eigene Politik triebe, die nicht mit den Absichten der alliierten Zentralstellen übereinstimme. Dies sei auch die Ansicht Gutschkows. Es lägen auch Nachrichten vor, daß in Indien eine bolschewistische Bewegung um sich griffe.

Die Finanzlage ist zwischen Gutschkow und Bermondts nicht berührt worden. Hierzu meinte Bermondts, daß nach Angabe Römmers die Finanzierung so gut wie gesichert sei und am 15. 8. in Berlin eine entscheidende Sitzung darüber stattfände. Das Geld käme von der deutschen Schwerindustrie.

Von Oberst Potozki ist ein Telegramm aus Kowno eingetroffen, daß der Beginn der Verhandlungen mit Litauen sich aus politischen Gründen einige Tage verzögern würde. Oberst Potozki wird heute hier erwartet.

Zum Schluß ließ Bermondts dem Grafen Goltz seinen Dank aussprechen, da er erfahren habe, daß Graf Goltz sich Gutschkow gegenüber über die Persönlichkeit Bermondts sehr günstig geäußert habe.

v. Poseck

Hauptmann im Generalstab

Nr. 11⁹⁶

Aufzeichnung von Baron Hüllessem⁹⁷ über seine Unterredung mit Gučkov⁹⁸

13. August 1919

Baron Hüllessem ist als Mitglied der Baltischen Landeswehr und des Baltischen National-Ausschusses von dritter Seite gebeten worden, Gutschkoff einen Besuch zu machen.

Gutschkoff ließ sich eingehend über die politischen Vorgänge seit dem April dieses Jahres, soweit sie die Landeswehr und die Stellungnahme der Balten insbesondere zum russischen Problem betrafen, Auskunft erteilen. Nach einem halbstündigen

95) Generalmajor Neill Malcom war Leiter der Interalliierten Kommission für die Repatriierung der russischen Kriegsgefangenen in Berlin.

96) Druckvorlage: Aufzeichnung in HI Balt. 201 D/68, drei Seiten.

97) Vielleicht identisch mit Baron Johann von Meerscheidt gen. von Hüllessem (1861—1943), kaiserl. russ. Generalmajor. Vgl. G. A d e l h e i m : Baltische Totenschau 1939—1947, Göttingen 1947, S. 180.

98) Vgl. Anm. 88.

Bericht, der die bisherige Entwicklung der Ereignisse seit dem 16. 4. bis über den Estenfeldzug hinaus einschließlich der Wiedereinsetzung des Ulmanis-Ministeriums schilderte, stellte Gutschkoff die Frage, in wie weit eine russische Orientierung unter den Landeseinwohnern Aussicht auf Erfolg hätte. Als er hörte, daß die Balten jedenfalls, desgleichen die lettischen Bauerwirte und ein Teil der lettischen Hausbesitzer und Kapitalisten einem Anschluß an Rußland sympathisch gegenüber stehen, falls Garantien des Eigentums und Besitzstandes sowie Zugeständnisse in nationalen Fragen gewährleistet würden, fragte er unter anderem, ob Needra als der Vertreter der lettischen staaterhaltenden Partei im Eventualfall in Betracht käme. Es wurde erwidert, daß dem keine Schwierigkeiten entgegenstehen, sofern man den Letten gegenüber folgende 2 Prinzipien beobachtet: 1) eine starke Hand, die jeden Widerstand im Keime erstickt, 2) planmäßige Organisation des Aufmarschgebietes, die die Einwohnerschaft vor ungerechten Härten der materiellen Kriegslasten und Entschädigung für Kriegsschäden und Requisitionen in Form eines von Rußland garantierten Schuldscheines.

Gutschkoff stellte darauf plötzlich die Frage, wie der weitere Gang der Entwicklung der baltischen Provinzen sich gestalten solle. Im Grunde sei an eine politische Selbständigkeit doch nicht zu denken: in Paris sei diese Frage mit der Entente in negativem Sinne entschieden, bloß eine weitgehende örtliche Autonomie könne und werde dort zugestanden werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Anwesenheit eines bevollmächtigten politischen russischen Vertreters auf dem Lande notwendig sei, der die russischen Interessen vertrete, ferner ein militärischer Name von gutem Klang, der die Front übernehmen könne, ohne Rivalitäten zwischen den einzelnen Truppenführern zu fürchten. „Ob falsch oder richtig“, erklärte Gutschkoff, „wir müssen uns damit abfinden, daß Sasonow⁹⁹ auf dem Standpunkt des einigen unteilbaren Rußlands steht. Der Standpunkt ist vielleicht realpolitisch nicht allzu fruchtbar, doch weigert sich Sasonow, einen anderen einzunehmen und will sogar keinen politischen Vertreter nach Finnland, dem Zentrum der baltischen Fragen, entsenden, geschweige denn nach Lettland oder Estland“. Ich erwiderte, der russische Vertreter müsse in Lettland nicht bei der Lettländischen Regierung akkreditiert sein, sondern im Gegenteil vollkommen selbständig die politischen Fragen im Aufmarschgebiet regeln. Jedenfalls könne eine Einheitsfront bei der jetzigen Politik Englands schwerlich auf englischer Hilfe bewerkstelligt werden. G. erwiderte: falls in den baltischen Provinzen, im besonderen aber im südlichen Teil, überhaupt eine starke Front hergestellt werden kann, so ist das nur mit deutscher Hilfe möglich, da England die nötige Versorgung doch nicht übernehmen wird. „Das ist für mich eine entschiedene Sache, es handelt sich für mich nur um das Wie. Glauben Sie, daß bei Aufstellung einer starken Truppenmacht die Frage mit der Latwija in diplomatischer Weise entschieden werden kann, oder muß es mit Waffengewalt geschehen?“

„Eher das letztere“, erwiderte ich. Rußland darf sein Aufmarschgebiet nicht verkleinern, muß Mitau und Kurland halten und Litauen verteidigen. Die ganze Armee muß aber unter russischer Flagge stehen, nicht unter deutscher: auf russischen Etappen errichtet werden, und russische Wachtkommandos müssen die Ruhe im Rücken der Armee verbürgen. Falls sich Konflikte ergeben sollten, und sie werden sich ergeben, muß entschieden durchgegriffen werden. Auf russische Offiziere und Beamte, die bei den Letten in Ehren dienen, läßt sich erst dann rechnen, wenn eine starke Organisation West-Rußlands ihnen materielle Vorteile als im Staatsdienst stehenden Funktionären in Aussicht stellen kann, desgleichen in Pensions- und anderen Fragen.

⁹⁹S. D. Sasonov gehörte zur „Russischen Politischen Delegation“ in Paris. Vgl. H. v. Rimscha: Der russische Bürgerkrieg und die russische Emigration 1917—1921, Jena 1924, S. 14.

G. schien sich im wesentlichen mit diesen Auffassungen einverstanden zu erklären, fragte nur, ob von England nicht Schwierigkeiten zu erwarten wären. Ich erwiderte, bei planmäßiger starker Organisation schwerlich, nur müßte eine allzubreite Ausdehnung nach Litauen vermieden werden, um nicht einen polnischen Konflikt zu schaffen und England die Möglichkeit zu geben, wie früher mit Hilfe der Esten, mit Hilfe der Polen vorzugehen. Dazu sei aber die dauernde Besetzung Kurlands bis auf weiteres notwendig, damit nicht allzu viele Truppen nach Litauen abschwanken, was einer Bedrohung Polens ähnlich sehe. Auch hierin gab Gutschkoff mir Recht. Er erkundigte sich eingehend nach den estnischen Verhältnissen, war gleichfalls der Meinung, daß die Politik des nationalen Chauvinismus nur solange einen Schutzwall gegen den internationalen Bolschewismus errichten könne, als die erste Hochflut währt, doch später die bolschewistische Agitation umso leichteres Spiel habe und doch Estland und Livland bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht im Stande seien, den Bolschewismus fernzuhalten, weder militärisch noch politisch. Das Wann sei nur eine Frage der Zeit, falls nicht andere Faktoren den Bolschewismus mit Kraft aufhielten.

N r. 1 2¹⁰⁰

Bericht des Hauptmanns i. G. von Poseck, Verbindungsoffizier des VI. Reservekorps beim Detachement Graf Keller, über Verhandlungen mit Bermond t

Mitau, 14. August 1919

Ereignisse am 13. 8. 1919 nachmittags

Um 4.45 nachmittags erfuhr ich, daß Bermond t um 5 Uhr nachmittags eine Besprechung mit den Stabsoffizieren abhalten wolle, um ihnen einen Befehl bekanntzugeben. Ich erkundigte mich beim Chef der Allgemeinen Abteilung, Oberstleutnant Baron Engelhardt, der mir sagte, es handle sich um die Bekanntgabe des aus Berlin gekommenen Befehls, daß Bermond t zum Befehlshaber der russischen Westfront ernannt sei. Es sollten auch bereits Anordnungen erlassen werden, die für die Verwaltung des zu erobernden Landes erforderlich seien. Ich sagte Baron Engelhardt, daß mir dieser Befehl stark übereilt schiene, da er sich lediglich auf die Angaben des Herrn Römmel stützte, der die finanzielle Lage als gesichert darstelle. Ich verabredete mit ihm, daß der umgedruckte Befehl zunächst noch nicht ausgegeben würde.

Gegen 1/2 6 Uhr kam Bermond t. Ich fing ihn an der Treppe ab und bat um eine Rücksprache. Ich nahm dazu Baron Engelhardt, Bruder des obengenannten, als Dolmetscher mit. Ich hatte ihn vorher verständigt, und er hat mich während der ganzen Unterredung wirksam unterstützt. Ich setzte Bermond t auseinander, daß ich diese ganze Angelegenheit als hochpolitischen Akt und als solchen für absolut verfrüht betrachte. Einmal seien keine genügenden Grundlagen vorhanden, da die finanziellen Angaben Römmers zu unsicher wären; das Ganze könnte also mit einer großen Blamage enden. Ferner müsse er sich klar sein, daß er damit die ganzen Randstaaten gegen sich auf den Plan riefe, da diese in der Ausrufung eines russischen Oberbefehls ein Erstarken der großrussischen Idee und damit eine Gefahr für ihre Selbständigkeit sehen würden. Er habe aber auch damit die Entente gegen sich, die bisher die Randstaatenpolitik unterstützte. Ich machte ferner darauf aufmerksam, daß die durch

100) Druckvorlage: Unterschriebene Durchschrift in HI Balt. 201 D/63, sechs Seiten. Verteiler wie Anm. 92.

Gutschkow mit Gough beabsichtigten Verhandlungen durch die Proklamation entscheidend gestört werden könnten. Die Beziehungen, die man dadurch vielleicht anknüpfe, würden sofort unterbrochen werden, wenn man Gough vor ein fait accompli stellte und ihn dadurch brüskierte, daß man so wichtige Entscheidungen in dieser ganzen Frage vorwegnehme.

Bermondts stimmte schließlich zu und ließ Römmer holen. In einer längeren Auseinandersetzung, bei der vielfach Römmer und Bermondts unmittelbar verhandelten und R. sehr scharf wurde, entwickelte dieser die Ansicht, daß der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sei. Der Russische Rat in Berlin habe Bermondts den Oberbefehl übertragen. Im Namen Rußlands müsse er sofort einwilligen, falls er auf Hilfe von Berlin Anspruch erhebe. Die nötigen Gelder könnten beschafft werden; die Russen müßten Herren im eigenen Haus sein. Wenn Bermondts jetzt nicht sofort den Befehl übernehme, würden ihn die russischen Kreise in Berlin fallen lassen und dann einen andern, wahrscheinlich den General Biskupski¹⁰¹, ernennen. Auf die Letten, Litauer usw. könne Bermondts „pfeifen“ und auf den Widerstand des Grafen Goltz ebenso. Er müsse dann eben dem Grafen Goltz erklären, daß er, Bermondts, hier Befehlshaber sei und auch die deutschen Truppen ihm unterständen.

Dies wurde mir teilweise übersetzt, und ich erklärte, daß es an sich zwar sehr erfreulich sei, wenn man sich um die Letten und Litauer nicht zu kümmern brauche, daß man dies aber nur tun könne, wenn man die nötige Macht besäße. Dies hätte Bermondts mit seinen unausgerüsteten paar Tausend Mann ohne sichere finanzielle Grundlage keineswegs. Römmer wies erneut darauf hin, daß dann Biskupski, der hierüber mit Wirgolitsch in Verbindung stünde, käme und daß Graf Goltz dies unterstütze, wie aus einem Brief des Grafen Goltz an seinen Bruder hervorginge. Der ganze Widerstand scheine sich daher gegen die Person Bermondts zu richten. Ich erklärte, daß Graf Goltz bisher Bermondts in jeder Weise unterstützt habe und wies darauf hin, daß Bermondts mir noch am Morgen gedankt hätte, weil Graf Goltz sich gegenüber Gutschkow so anerkennend über ihn geäußert habe. Goltz habe mir auch heute Mittag, als ich ihm die Nachricht von der Anerkennung Bermondts durch den Berliner Rat brachte, seine Freude über die Klärung dieser Frage ausgesprochen. Bermondts ließ sich überzeugen und widersprach im übrigen Römmer aufs entschiedenste, bei dessen Vorschlägen über die Person des Grafen Goltz hinwegzugehen. Er erklärte, daß er auch weiterhin in jeder Weise rückhaltlos mit dem Grafen Goltz zusammenarbeiten wolle. Er entschied schließlich, daß die Ausgabe des Befehls unterbleiben und daß nur Römmer seinen beabsichtigten Vortrag über die Lage halten solle. Ich erklärte, das ginge keinesfalls, da das praktisch auf dasselbe herauskäme. Eine Angelegenheit, die in einem so großen Kreise erörtert würde, könnte nicht geheim bleiben. Auch dies gab Bermondts schließlich zu und Bermondts schlug vor, daß Römmer mit mir zum Grafen Goltz fahren solle, um ihn über die Lage zu orientieren.

Inzwischen kam ein Schreiben der englischen Militärmission, unterschrieben von Major Keenan an, in dem Bermondts mitgeteilt wurde, daß nach in Riga verbreiteten Gerüchten die Bermondts'schen Truppen nach Dünaburg abtransportiert würden. Dies stehe im Widerspruch mit dem Befehl des General Judenitsch¹⁰², wonach die Bermondts'schen Truppen nach Narwa überführt werden sollten. Die englische Mission ersuchte um Aufklärung. Bermondts antwortete auf meinen Rat, er könne ebensowenig nach Narwa wie nach Dünaburg gehen, da er, wie dem General Burt ja bekannt sei, sich noch in der Formierung befinde.

101) General V. V. Biskupskij spielte unter den russischen Emigranten in Deutschland eine wichtige Rolle. Vgl. V o l k m a n n, Die Russische Emigration (wie Anm. 39), S. 46 u. a.

102) General N. N. Judenitsch (1862—1933), Oberbefehlshaber der Nordwest-Armee.

Die Unterhaltung wurde dann weiter durch die Rückkehr des Oberst Potozki aus Kowno unterbrochen. Er brachte mit, daß die Litauische Regierung bereit sei, auf die russischen Vorschläge einzugehen, daß sich weitere Verhandlungen erübrigten und daß die Russen die Front Subat-Düna sofort mit einem Regiment übernehmen sollten. Der für den 15. 8. 19 beabsichtigte Angriff der Polen und Litauer habe durch Demonstrationsunternehmen bereits begonnen. Mit der Lieferung des Nachschubs auf der Bahn Tilsit-Schaulen-Ponjewesch sei Litauen einverstanden. Ich sagte, daß, um den guten Willen zu zeigen, am besten eine Abteilung von Wirgolitsch möglichst bald an die Front geschickt würde.

Dies benutzte Römmer, um erneut die Dringlichkeit der Erklärung des Oberbefehls hervorzuheben. Die militärischen Operationen würden nunmehr beginnen, Wirgolitsch sich aber kaum Bermondts unterstellen. Er sei, wie schon erwähnt, in Verbindung mit Biskupski und würde mit diesem in Berlin eine Änderung des Beschlusses des Russischen Rats herbeiführen. Nur die sofortige Übernahme des Oberbefehls könne das alles verhindern. Auch mit Rücksicht auf die Landeswehr, die zum Übertritt bereit sei, und andere anrollende Truppen (12000 Österreicher!) sei es unbedingt notwendig, einen bestimmten Oberbefehl zu konstituieren, da sonst alles auseinanderliefe. Ich widersprach und erklärte, daß einmal Wirgolitsch's Unterstellung durch die persönliche Einwirkung des Graf Goltz gesichert sei und daß andererseits der Abtransport an die Front aus Mangel an Ausrüstung und Pferden sich doch noch einige Zeit hinziehen werde. Auch die Rücksicht auf das Schreiben der englischen Mission und auch die Verhandlungen Gutschkow-Gough sprächen dafür.

Bermondts hielt es aber für erforderlich, am 14. 8. zu Wirgolitsch zu fahren, um ihm die nötigen Befehle zu übermitteln. Auf meinen Einwand, daß es damit nicht so eile, wurde Bermondts mißtrauisch, worauf Römmer sofort wieder einsprang und sagte, es müsse eben sofort geklärt werden, daß Bermondts der Oberbefehlshaber sei und erneut auf das Bestehen einer geheimen Kombination Wirgolitsch-Biskupski-Goltz hinwies. (Letzteres wurde mir nicht übersetzt). Ich setzte Bermondts auseinander, daß allein die technische Vorbereitung des Abtransportes Zeit daure und daß der morgige Tag allein mit der Schaffung der hierfür nötigen Unterlagen vergehe. Für den 15. 8. 19 müßte dann Wirgolitsch oder ein Vertreter von ihm zur Entgegennahme von Befehlen bestellt werden. Besonders das letztere beseitigte das Mißtrauen Bermondts, und er stimmte nunmehr allem zu.

Da ich es für notwendig hielt, Graf Goltz zunächst zu orientieren, erklärte ich, daß es für heute zu einer Besprechung zu spät sei, daß aber am 14. 8. 19 vormittags Bermondts mit Römmer und mir zum Grafen Goltz fahren sollten, womit Bermondts sich einverstanden erklärte.

v. Poseck

Hauptmann im Generalstab

N r. 13¹⁰³

Unterredung zwischen Gučkov, A. Niedra¹⁰⁴ und J. Ansbergs¹⁰⁵

Mitau, 17. August 1919

Am 13. August abends fand eine Unterredung zwischen Gutschkoff und Needra und Ansberg statt. Gutschkoff wollte sich über die politische Lage in Lettland orientieren.

103) Druckvorlage: Aufzeichnung in HI Balt. 201 D/69, 1 Seite.

104) Andrievs Niedra (Needra), (1871—1942), vormaliger lettischer Ministerpräsident.

105) Jānis Ansbergs, Rechtsanwalt in Riga, gehörte dem Kabinett Niedra als Landwirtschaftsminister an.

tieren und ließ sie sich eingehend von den beiden lettischen Herren schildern. Im Laufe des Gespräches sagte Gutschkoff, daß er bisher ganz anglophil gewesen sei, die Umstände ihn aber gezwungen hätten, seine Ansicht zu revidieren. Seine Stellung zu Deutschland habe er geändert, er sehe ein, daß es nur mit Hilfe von deutschen Truppen möglich sein werde, an dieser Front den Bolschewismus wirksam zu bekämpfen. Über die Randstaaten sagte er, daß kein Russe es je zulassen könne, daß sich diese Zwergstaaten vom Reiche loslösen. Sollte es ihnen jetzt auch glücken, sich von Rußland loszureißen, so würde Rußland nach seiner Wiederherstellung nötigenfalls mit Waffengewalt diese Staaten wieder mit dem Reiche vereinigen. Außerdem wären die kleinen Staaten nicht in der Lage, den Bolschewismus wirksam zu bekämpfen. Dieses könnte nur von den Großmächten geschehen. Deutschland sei eben das Bollwerk, das den gesamten Westen vor dem Bolschewismus schütze, daher sei die Hilfe Deutschlands bei der Bekämpfung des Bolschewismus so wichtig.

Das Eingreifen deutscher Truppen unter russischer Flagge wäre durchaus vereinbar mit dem russischen Staatsgedanken. Gutschkoff erkundigte sich nach dem Programm Needras, dem er vollkommen beipflichtete. Er äußerte die Ansicht, daß auch das wiederhergestellte Rußland den einzelnen Völkerschaften weitgehende Autonomie werde geben müssen. Er erkundigte sich nach einzelnen maßgebenden lettischen Persönlichkeiten, die er als Privatmann aufsuchen will. Von den Letten ist ihm Meierowitz¹⁰⁶ genannt worden. Er hob aber ausdrücklich hervor, daß er sich nur als Privatmann informiere, nicht aber als russischer Diplomat oder Politiker spreche.

Nr. 14¹⁰⁷

Unterredung zwischen Graf Rüdiger von der Goltz, Senator Rimskij-Korsakov¹⁰⁸ und dem früheren Duma-Mitglied Markov¹⁰⁹

25. August 1919

Am 25. 8. 19 abend fand eine Unterredung zwischen dem Grafen von der Goltz, dem Senator Rimsky-Korsakoff und dem früheren Dumamitglied Markoff II statt. Letzterer führt einen falschen Namen aus Angst vor der Entente, die, wenn sie erführe, daß er sich in der russischen Armee befindet, ihn sicher entfernen würde. Markoff kam von der Nord-Armee¹¹⁰ und berichtete, daß die Lage überaus schlecht sei. Die Armee werde nicht genügend versorgt, da Mangel an allem [herrsche]. Die Lievenschen Truppen haben einen Sturm der Entrüstung gegen die Entente hervorgerufen, da sie vorzüglich ausgerüstet waren. Das Korps Lieven ist aufgelöst, die einzelnen Abteilungen an verschiedenen Frontabschnitten eingesetzt. General Rodianko¹¹¹ habe ernstlich vor, sich bei Dünaburg mit Bermondts zu vereinigen, Bedingung sei allerdings, daß die weitere Versorgung der Truppen durch Deutschland geschehe. Die russische Regierung in Reval hielt er für durchaus gefährlich, da alles Strohmannen

106) Zigrīds Anna Meierovics (1887—1925), lettischer Außenminister, später Ministerpräsident.

107) Druckvorlage: Aufzeichnung in HI Balt. 201 D/59, zwei Seiten.

108) A. A. Rimskij-Korsakov, vormaliger Gouverneur der Provinz Jaroslaw, gehörte zu den Monarchisten unter den Emigranten.

109) N. E. Markov II (geb. 1866), Monarchist, später Mitglied des „Obersten Monarchistischen Rates“ in Berlin.

110) Gemeint ist die Nordwest-Armee unter General Judenič.

111) Aleksandr Pavlovič Rodzjanko, Kommandeur des Nordkorps. Vgl. v. T a u b e, Von Brest-Litovsk bis Libau (wie Anm. 52), S. 200, Anm. 34.

der Entente wären. Die Entente wolle ein demokratisches Rußland errichten. Die einzige Möglichkeit der Errichtung eines zaristischen Rußlands sieht Markoff, wie alle anderen Konservativen, im Anschluß an Deutschland. Die konservativen Russen in Riga wollen noch einen Versuch in Berlin machen, Geld zu beschaffen. Der deutsche Konsul ist nach Berlin vorgefahren. Rimsky wollte eventuell auch hin, sie wollen das Geld gegen Sicherstellung durch Wald, Flachs und andere Erzeugnisse Rußlands bekommen. Sie waren sehr für die Beteiligung deutscher Truppen beim Vormarsch gegen die Bolschewiken. Für die Zukunft der deutschen Soldaten soll gesorgt werden. Die Siedler in Kurland sollen ihr Siedlungsrecht behalten. Ein weiteres Gebiet für Ansiedlung sei Turkestan. Die Herren wollten versuchen, durch Vermittlung des Grafen mit den Konservativen in Deutschland in Beziehung zu treten. Sie baten um möglichst baldige Ausrüstung der Russenabteilung, um ein Eingreifen an der Front möglich zu machen. Sie bedankten sich für die Hilfe, die der russischen Sache durch Deutschland geleistet sei, und sprachen ihre Zuversicht aus, daß unter der Leitung des Grafen die weitere Aufstellung der russischen Korps einen gedeihlichen Fortgang nehmen würde. Graf von der Goltz versprach, die Abteilungen in ca. 8 Tagen marschbereit zu machen, wies aber darauf hin, daß das Geld die Hauptrolle des ganzen Unternehmens spiele.

Bei der weiteren Unterhaltung ohne Beisein des Grafen erkundigten sie sich nach den Zuständen bei Bermond; es wurde darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Lage es dringender als je notwendig mache, hier einen verantwortlichen Vertreter der Russen zu haben, der auch imstande wäre, auf Bermond einen Einfluß auszuüben. Auf die Treibereien von Remmer aufmerksam gemacht, wunderten sie sich, daß Remmer hier überhaupt eine so große Rolle spiele. Sie hatten das Schreiben des Militär-Politischen Rates von West-Rußland, welches Remmer die gesamte Zivilverwaltung in den von den Bolschewisten befreiten Gebieten überträgt, nicht gesehen, waren auch ganz entsetzt über die Ernennung Remmers, über die übrige Zusammensetzung des Rates äußerten sie sich nicht weiter. Besonders interessierten sie sich für Durnowo. Es hatte den Anschein, als betrachteten sie ihn für die einflußreichste Persönlichkeit. Biskupski gegenüber verhielten sie sich etwas ablehnend, sie meinten, er sei nicht ganz ihr Mann, da er früher mit der Entente gearbeitet habe. Die Errichtung der Monarchie hielten sie für ziemlich sicher, nur müßten die Vorbereitungen hierfür äußerst vorsichtig betrieben werden.

Nr. 15¹¹²

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Kriegspolitischen Rates Westrußlands vom 28. August 1919¹¹³

Übersetzung

In Anbetracht dessen, daß der Rat mit den von A. K. Remmer gegebenen Erklärungen über seine Tätigkeit in Mitau vollkommen befriedigt ist und anerkennt, daß A. K. Remmer die ihm vom Rate erteilte Vollmacht, seiner Aussage gemäß, nicht überschritten hat, und mit der Notwendigkeit, infolge neuer außerordentlicher Ereignisse in Mitau an Ort und Stelle einen sehr gut in diesen Ereignissen orientierten Vertreter zu haben, rechnend, bestimmt der Rat: A. K. Remmer, der die Durchführung der Linie

112) Druckvorlage: Handschriftliche Übersetzung in HI Balt. 201 D/29, zwölf Seiten. Die Überschrift entstammt der Vorlage.

113) Vgl. Dokument Nr. 9.

der russischen Interessen geleitet hat, nach Mitau abermals zu entsenden und ihn zu beauftragen, auch künftig diese Aufgabe zu erfüllen und dabei fest sich an die folgenden Weisungen des Rates zu halten:

I. In der Frage der Unterordnung des Befehlshabers des Korps General der Kavallerie Graf Keller, Obersten Bermond, dem vom Rate zum Oberbefehlshaber über die Truppen, die an der Westgrenze Rußlands operieren und formiert werden, bestimmten General W. W. Biskupski, dem Obersten Bermond zu erklären, daß, seinem Briefe vom 13. August a. c. an den Rat gemäß, er schon es für seine Pflicht erkannt hat, sich der Person, die dazu von dem General Gurko bevollmächtigt wird, unterzuordnen, und ausführlich die Umstände darzulegen, infolge deren der Rat folgende von A. K. Remmer vorgeschlagene Resolution annahm: „In Erwägung ziehend, daß der Rat schon als Oberbefehlshaber General W. J. Gurko erwählt hat; die prinzipielle Zusage des Generals W. J. Gurko, das Oberkommando anzunehmen mit dem Vorbehalte des Rechtes, das Oberkommando dann erst anzutreten, wenn er es für rechtzeitig halten wird; den Hinweis des Generals W. J. Gurko, daß bis zu dieser Zeit er, General Gurko, seinerseits dem Rate den General Biskupski empfiehlt, bestimmt der Rat: die Weisung des Generals Gurko als wichtig zu erkennen und den General Biskupski zu bitten, das Oberkommando der Truppen der Westfront bis zur Ankunft an die Front des Generals Gurko zu übernehmen, und sofort mit der Prüfung der Bedingungen zu beginnen, auf denen der General Biskupski einverstanden ist, das Oberkommando zu übernehmen. Vor der tatsächlichen Übernahme des Oberkommandos durch den General Biskupski soll die Tatsache seiner Wahl nicht bekannt gemacht werden außer den Fällen, wenn es notwendig sein wird im Interesse der rascheren Regelung der Geldfrage.“

Im Falle einer Weigerung des Obersten P. R. Bermond, sich unterzuordnen: a) Ihm anzukündigen, daß er nicht auf eine Unterstützung seines Korps seitens des Rates rechnen darf und daß ihm gestattet wird, ausschließlich auf sein eigenes Risiko und auf seine Verantwortung vor dem Vaterlande zu wirken; b) denjenigen russischen Offizieren und Soldaten, welche nicht willens wären, mit dem Obersten Bermond am Werke der Rettung des Vaterlandes auf eigenes Risiko zu handeln, vorzuschlagen, sich unter dem Kommando des Obersten Tschessnokow oder im Falle einer Ablehnung des Obersten Tschessnokow eines anderen Offiziers zu vereinigen, und diese Soldaten und Offiziere in solche Bedingungen zu stellen, wobei die vollkommen unschuldigen Freiwilligen durch die separaten Handlungen des Obersten Bermond nicht zu leiden hätten, da sie nicht für das Erzielen persönlicher Wünsche des Obersten Bermond, sondern für das heilige Werk des Wiederaufbaus Rußlands von größtem Werte sind.

Im Falle des Einverständnisses des Obersten Bermond, sich unterzuordnen, den Plan der Isolation der russischen Truppenteile von den revolutionären Ausschreitungen der deutschen Gruppen und Truppenteile durchzuführen und einen besonderen Stabsoffizier vom Korps Graf Keller für die Entgegennahme von Befehlen zum Oberbefehlshaber General Biskupski zu entsenden.

II. In der Angelegenheit des Hervortretens der Deutschen die Handlungen mit den Anordnungen des Generals von der Goltz [abzustimmen], der die Lokalisation der Mitauer Ausschreitungen und alle Folgen dessen, was schon geschehen und noch in Zukunft geschehen kann, auf sich genommen hat.

III. Den Regierungen von Litauen, Lettland und Estland sowie auch der Regierung von General Judenitsch ein volles Entgegenkommen zu erweisen, ohne aber zu irgendwelchen aktiven Schritten ohne Einwilligung des Oberbefehlshabers sich zu entscheiden.

IV. Betreffend die Arbeit der Anarchierzenten [?] und Bolschewisten nach dem Plane und mit den Mitteln, die schon bereits früher von A. K. Remmer angewandt wa-

ren, zu wirken, d. h. mit passivem Widerstande an Ort und Stelle und mit Agitation und Propagande im Rücken der Bolschewisten.

V. Den Kriegsrat bei dem Befehlhaber des Korps Graf Keller auf früherer Grundlage bis zu einer besonderen Verordnung des Oberbefehlshabers beizubehalten.

VI. Die Zivilverwaltung auch auf früherer Grundlage beizubehalten. Das Mitglied des Rates A. K. Remmer hat den von ihm vom Oberbefehlshaber der Front erhaltenen Weisungen gemäß zu handeln, und als erste Weisung in dieser Frage wird Herrn Remmer angetragen, so zu handeln, daß alle Maßnahmen, die zur realen Verwirklichung der Vorbereitungen der Zivilverwaltungsbranchen betreffend die Volksernährung, den Transport, die Landwirtschaft, Stadt- und Landverwaltung, Medizin- und Sanitätswesen, die Vorbereitung der Volksmassen und der Cadre von Agitatoren, die Erhaltung und Zählung der Nahrungsmittel, die Statistik und eine administrative Behörde, vor dem Empfang von speziellen Befehlen des Oberbefehlshabers die Grenzen einer theoretischen Vorarbeit und Information nicht überschreiten sollen.

VII. Wenn die Lage die Übernahme des Oberkommandos durch General W. W. Biskupski noch vor der Erfüllung aller von ihm gestellten Bedingungen verlangen würde, so könnte er sich nur auf Grund bestimmter ihm von den Truppenführern gemachten Anträge dazu entschließen.

VIII. Schließlich muß A. K. Remmer zur Front abreisen und bis auf einen besonderen Befehl die Person sein, die an Ort und Stelle die Ereignisse leitet und reguliert im Sinne des vom Rate in den Sitzungen vom 23. und 28. August a. c. angenommenen Programms und der Pläne des Oberbefehlshabers. Sollte A. K. Remmer infolge einer neuen Konjunktur die Grenzen der ihm gegebenen Instruktionen überschreiten, so bleiben die Resultate, die davon entstehen können, auf seiner persönlichen Verantwortung.

Das Originalprotokoll gehörig gezeichnet. Der Auszug stimmt Wort für Wort mit dem entsprechenden Teil des Protokolles der Sitzung des Vereinigten Kriegspolitischen Rates von Westrußland vom 28. August 1919 überein.

Der Sekretär des Rates
(Unterschrift)

Nr. 16¹¹⁴

Graf Rüdiger von der Goltz an Baron Knorring¹¹⁵,
Vorsitzender des Militärpolitischen Rates West-
rußlands

Mitau, 29. August 1919

Hochverehrte Excellenz!

Zu meiner großen Freude höre ich, daß Sie den Vorsitz in dem russischen Komitee nicht niedergelegt haben. Deshalb erlaube ich mir, mit Ihnen folgende Fragen zu besprechen.

1.) Bermond ist außer sich darüber, Biskupski als Oberbefehlshaber hierher zu bekommen. Er behauptet von ihm, daß er als Intrigant bekannt sei, kein Monarchist wäre und die Offiziere ihn mit großem Mißtrauen betrachten. Er erklärt, daß er im Falle eines persönlichen Erscheinens Biskupski's hier sich ihm keinesfalls unterstellen würde und unter Umständen weggehen und damit die Auflösung des Korps herbeiführen würde. Er stellt sich umso mehr auf diesen Standpunkt, als ja tatsächlich der

114) Druckvorlage: Gezeichneter Entwurf in HI Balt. 201 D/58, drei Seiten.

115) Ludwig Baron Knorring (1859—1930), vormaliger Minister-Resident in Hessen-Darmstadt.

Rat in Berlin ihm s. Zt. durch die Römersche Mission den Befehl hier zunächst übertragen hatte.

Da ich mich selbst überzeugt habe, daß tatsächlich die Offiziere und Mannschaften an Bermond sehr hängen, halte ich es im Interesse der ganzen Sache für notwendig, daß man zurzeit hier keinen derartigen Konflikt heraufbeschwört, der den ganzen Zusammenhalt des Korps in einem Moment gefährdet, wo endlich die Entente sich mit dem gewünschten Einsatz bei Dünaburg einverstanden erklärt hat.

Ich möchte daher raten, Biskupski gewissermaßen als Kriegsminister in Berlin zu lassen, und zunächst den Befehl an der Front über das Korps Keller und die Abteilung Wirgolitsch Bermond zu belassen und dies nochmals besonders auszusprechen, da Wirgolitsch Schwierigkeiten in der Unterstellung macht. Einem Oberbefehl Gurkos wird sich Bermond selbstverständlich jeder Zeit fügen.

2.) Rückkehr von Römer ist unerwünscht. Er hat großen Einfluß auf Bermond und jetzt umso mehr, als er ihn stets vor den Intrigen von Biskupski gewarnt hatte, der ihn an die Wand drücken wolle.

3.) Aus dem Schreiben von Durnowo geht hervor, daß große Lager von russischen Soldaten in Ostpreußen eingerichtet werden sollen. M. E. muß der Oberpräsident von Ostpreußen dazu seine Genehmigung geben, was wohl durch die Kriegsgefangenen-Abteilung im Preußischen Kriegsministerium zu beantragen ist. An Truppenübungsplätzen gibt es aber nur den von Arys, der im Abstimmungsgebiet liegt.

4.) Sollte sich eine anerkannte russische Regierung auf tun, so hätte sie wohl die Möglichkeit, auf russischem Gebiet, z. B. Dünaburg, Geld zu drucken, das mindestens in Rußland anerkannt würde. Das gibt die Mittel, dem Korps Bermond vom Oktober ab Löhnung zu zahlen und die Verpflegung, die im wesentlichen aus Lettgallen zu entnehmen ist, dort zu bezahlen. Ich muß betonen, daß es ausgeschlossen ist, für den Oktober aus deutschen Reichsmitteln Löhnung für das Korps Bermond zu geben. Es hat schon meiner ganzen Beredtsamkeit bedurft, um noch für den September Reichsmittel verfügbar zu machen. Der Vorschlag der Notenpresse stammt von Hauptmann Schwabacher, der hierfür Sachverständige an der Hand hat. Ich erlaube mir daher, ihn gleichzeitig zu bitten, sich mit Ihnen deshalb in Verbindung zu setzen. Da es sich um Russen handelt, bin ich daran ganz unbeteiligt. Ich habe nur das Interesse, dafür zu sorgen, daß die von Deutschland ausgerüsteten russischen Korps vom 1. Oktober ab versorgt sind.¹¹⁶

5.) Deutsche Freiwillige kann man m. E. auf die Notenpresse hin nicht anwerben, weil sie nach Deutschland Geld schicken wollen, auch anspruchsvoller sind und Waren aus Deutschland beziehen wollen, z. B. Kaffee, Zigarren, Seife. Ein Übertritt zahlreicher deutscher Freiwilliger ist daher nur möglich, wenn größere Geldmittel, z. B. die Ukrainer Millionen¹¹⁷ verfügbar gemacht werden. Da die deutschen Freikorps (außer der Eisernen Division, die anscheinend in Lettland siedeln will) weiter gegen den Bolschismus kämpfen wollen, wäre es hoch erwünscht, wenn diese Möglichkeit sich schnell ihnen eröffnete. Ich glaube, daß die zivilisierte Welt in diesen Landesknechten das beste Soldatenmaterial für diese Kulturaufgabe gewinnen würde. Mir selbst wäre es ein hoch erwünschtes Ventil für meine Leute, die durchaus nicht nach Deutschland zurückkehren wollen. Die Einwilligung Englands scheint mir nicht mehr ganz ausgeschlossen, weil das offizielle Deutschland nicht hinter diesen Landesknechten steht.

6.) Ich bitte, den Überbringer dieser Zeilen, Hauptmann Ulrich, mit einer etwaigen Antwort betrauen zu wollen, soweit sie mein Vertrauensmann, Hauptmann Wilutzki, Hospiz Albrechtstraße, nicht übernimmt.

116) Vgl. dazu Anm. 85.

117) Von der Ukrainer Regierung waren ca. 400 Millionen Mark in Berlin deponiert worden, um deren Verwertung sich die russische Emigration bemühte.

In der Hoffnung, daß unsere gemeinsame große Sache trotz aller großen Schwierigkeiten doch noch zu einem glücklichen Ende gelangt, bin ich mit dem Ausdruck alter Anhänglichkeit und Verehrung

Ihr sehr ergebener
G[raf]G[oltz]

Nr. 17¹¹⁸

Unterredung zwischen Baron Engelhardt¹¹⁹, Dr. Vankins¹²⁰ und Hauptmann Fintelmann¹²¹

Mitau, 2. September 1919

Am 1. September 1919 fand eine Unterredung zwischen Baron Engelhardt von der Abteilung Bermond, Dr. Wankin und Hauptmann Fintelmann statt. Es wurde über die zukünftige Entwicklung der politischen Lage gesprochen. Dr. Wankin gab im Namen der früheren Regierung Needra und der ihr anhängenden Parteien die Erklärung ab, daß sie bereit wäre, die Regierungsgeschäfte Lettlands zu übernehmen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Unabhängigkeit Lettlands bestehen bleibt. Das zukünftige Verhältnis zwischen Lettland und Rußland könnte definitiv nur nach der endgültigen Stabilisierung der russischen Verhältnisse geregelt werden. Seine Partei müsse als Mindestforderung aufstellen die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie Lettlands und selbständige Lösung der Agrarfrage. In Bezug auf alle anderen Fragen würde eine Einigung erzielt werden können, z. B. die Eisenbahnen müßten, soweit sie jetzt in deutscher Militärverwaltung sind, noch in russische Hände übergehen. Die Agrarfrage würde gelöst werden nach den Libauer Vereinbarungen. Wankin steht auf dem Standpunkt, daß in Bezug aufsämtliche Fragen sich eine Einigung erzielen ließe, wenn nur der gute Wille von beiden Seiten vorliege. Von der kulturellen und ökonomischen Autonomie könnte das Kabinett Needra allerdings nicht abgehen. Wenn die Russen zu diesem Zugeständnis nicht bereit wären, müßten sie es ohne lettische Hilfe machen.

Die Weiterentwicklung denkt Wankin sich derart, daß von den Russen erklärt würde, die jetzige Regierung biete keine Sicherheit dafür, daß der Kampf gegen den Bolschewismus erfolgreich geführt werden könne. Es würde wahrscheinlich auf einen Vormarsch auf Riga herauskommen, wobei man natürlich mit einem Widerstande der Letten rechnen müßte. Das Unternehmen müßte derart angelegt sein, daß es unter keinen Umständen scheitert. Es müßte dann ein Direktorium, bestehend aus 3 Herren (2 Letten und 1 Balte) eingesetzt werden, das die gesamte Macht in Händen hält. Weder Needra noch er dürften in diesem Direktorium sein. Die Befugnisse des Direktoriums müßten derartige sein, daß es das Recht hätte, jede beliebige Persönlichkeit zur Teilnahme am Ministerium zu zwingen. Der Volksrat müßte sofort aufgelöst werden. Von den lettischen Truppen meinte er, daß nicht alle gegen die Russen kämpfen würden, obgleich starke Propaganda gegen die Russen getrieben wird. Man muß auch mit einem Anschluß der Esten an eine antirussische Bewegung denken. Nachrichten zufolge, die er aus Riga hat, soll in lettischen Kreisen sogar über die Frage der Entblößung der bolschewistischen Front diskutiert werden. Wankin ist davon überzeugt,

118) Druckvorlage: Aufzeichnung in HI Balt. 201 D/49, zwei Seiten.

119) Vermutlich Rudolf Baron Engelhardt. Vgl. A w a l o f f (wie Anm. 47), Tafel 45 nach S. 256.

120) Teodors Vankins leitete im Kabinett Niedra das Ressort Krieg und Arbeit.

121) Hauptmann Fintelmann leitete die Abteilung If/Iw im Generalkommando des VI. Reservekorps.

daß die neue Regierung sich bald eines guten Ansehens bei der besitzenden Bevölkerung erfreuen würde, allein schon, weil sie die hohen Steuern abschaffen wolle. Fragen, wie Polizei- und Sicherheitsdienst, wären durch gemeinsames Übereinkommen zu entscheiden, wobei Wankin keineswegs auf eng chauvinistischem Boden steht. Vor dem Beginn einer solchen Aktion müßte man vor allen Dingen die Möglichkeiten des Gelingens erörtern und sie nur dann beginnen, wenn sie tatsächlich Aussicht auf Erfolg hat.

Engelhardt wollte den Vorschlag Wankins den Russen unterbreiten und war selber in hohem Maße geneigt, ihn ganz zu dem seinigen zu machen.

Nr. 18¹²²

Unterredung zwischen Graf Rüdiger von der Goltz und Oberst Wirgolitsch

Mitau, 5. September 1919

[Außerdem] zugegen: Major Moojer, der Adjutant von Oberst Wirgolitsch, und Leutnant von Knieriem¹²³ als Dolmetscher.

Oberst Wirgolitsch teilte dem Grafen mit, daß es ihm leid täte, erst jetzt vom Grafen empfangen zu werden. Er hätte bereits am Vormittage dem Grafen seine Aufwartung machen wollen, es sei ihm aber gesagt worden, der Graf könne ihn nicht empfangen. Der Graf antwortete, er hätte ihn deshalb nicht empfangen, weil Wirgolitsch sich zuvor mit Remmer in Verbindung setzen sollte, um von diesem über die Lage orientiert zu werden. Oberst Wirgolitsch teilte in längerer Rede mit, daß ihm zu Ohren gekommen sei, es kursierten über ihn die verschiedensten Gerüchte in Bezug darauf, daß er sich Bermondts nicht unterstellen wolle. Er weise alle Gerüchte ausdrücklich zurück und wolle nochmals darauf hinweisen, daß er bereits vor einem Monat dem Grafen gemeldet hätte, er würde sich mit dem Moment des Einsatzes seiner Truppen an der Front ohne weiteres dem vom Grafen bestimmten Führer unterstellen. Bis jetzt betrachte er sich nur als direkter Untergebener des Grafen.

Der Graf fragte den Oberst Wirgolitsch, weshalb er nicht bei Bermondts gewesen sei, er hielte eine Aussprache zwischen ihm und Bermondts für sehr wesentlich, da die beiden Herren doch nur ein Ziel verfolgten, die Wiederherstellung Rußlands, und alle persönlichen Fragen hierbei zurücktreten müßten. Der Oberst Wirgolitsch meint hierzu, daß sein persönliches Verhältnis zu Bermondts ein ausgezeichnetes sei, er sei aber nicht in der Lage, bei seinen kurzen Besuchen in Mitau „weiß Gott“ wie lange bei Bermondts zu antichambrieren. Er habe den Oberst Bermondts bei seinem letzten Besuch telefonisch gefragt, ob er ihn besuchen könne, worauf der Adjutant Bermondts ihm geantwortet habe, dieser sei nicht zu sprechen. Mehr hätte er nicht tun können, er sehe auch nicht ein, in welchem Verhältnis das Heil Rußlands mit einer Visite bei Bermondts zusammenhänge.

Der Graf wies auf die großen Fragen hin, die die Herren miteinander zu besprechen hätten in Bezug auf den gemeinsamen Feldzugsplan, Ausrüstung, Nachschub etc. pp. Außerdem habe Bermondts dem Grafen den Zwischenfall ganz anders geschildert. Im übrigen sei es ja belanglos; der Graf wolle, wenn es nötig ist, persönlich die Zusammenkunft vermitteln und wenn der Oberst es wolle, mit ihm zusammen zu Bermondts gehen, da er das Zusammenarbeiten beider Herren im Interesse der Sache als unumgänglich notwendig halte. Oberst Wirgolitsch meinte, daß er jeden Befehl des Grafen ausführen würde, wenn der Graf ihm befehle, würde er sofort zu Bermondts gehen. Im

122) Druckvorlage: Aufzeichnung in HI Balt. 201 D/41, drei Seiten.

123) Ottokar von Knieriem, vgl. Anm. 1.

übrigen betrachte er sich noch nicht als Bermondts unterstellt, da die Operation noch nicht begonnen hätte. Er für seine Person würde sich ohne weiteres Bermondts unterstellen, jedoch sei er der Stellungnahme des Korps hierzu nicht sicher. Er habe Veranlassung anzunehmen, daß seine Leute hier Bermondts nicht unterstehen wollten, da beide Detachements gleichzeitig aufgestellt worden seien und seine Leute nicht einsehen würden, weshalb sie sich Bermondts unterstellen sollten. An der Front würde es sich von selbst ergeben. Im übrigen sei ja ein gemeinsamer Oberbefehlshaber in der Person des Generals Biskupski ernannt. Der Graf wies darauf hin, daß wohl Biskupski von der Berliner Regierung zum Kriegsminister und Oberbefehlshaber ernannt sei, aber zunächst in Berlin bleiben würde. Die Führung hier soll[e] Bermondts übernehmen. Diese Nachricht habe ihm Remmer, der im Auftrage der Berliner Regierung hergekommen sei, übermittelt. Wirgolitsch antwortete, er habe die Nachricht von der Ernennung Biskupskis von Senator Belleguarde¹²⁴, den er bereits einige Jahre kenne, während er Remmer erst heute kennengelernt habe. Da der Graf ihm aber die Übernahme des Oberbefehls durch Bermondts hier an der Front mitteile, würde er sich als Soldat ihm selbstverständlich unterstellen und allein schon aus Ehrerbietung allein für den Grafen zu Bermondts fahren. Der Graf bat, das nicht aus Ehrerbietung für ihn, die ihn sehr ehre, zu tun, sondern lieber aus Liebe zu Rußland sich mit Bermondts [zu] einigen. Der Senator Belleguarde habe leider die Gabe, überall Zwiespalt zu säen. Der Oberst Wirgolitsch erklärte, er würde sich fügen und ganz Bermondts unterstellen.

Der Graf wies auf die Möglichkeit eines aktiven Vorgehens der Letten und Esten gegen die russischen Abteilungen hin und fragte den Oberst, ob seine Leute auch zu einem aktiven Vorgehen gegen diese zu verwenden wären. Der Oberst bejahte es und sagte, seine Leute würden alles niederrennen, was sich ihnen im Kampf gegen den Bolschewismus in den Weg stellen würde. Sein Verhältnis zu den Litauern sei ein gutes. Oberst Wirgolitsch wies darauf hin, daß seine Abteilung erheblichen Mangel an Bekleidung, Ausrüstung und besonders an Pferden leide, seine Artillerie fast unbeweglich ist. Der Graf wies auf die Notwendigkeit hin, sich irgendwie zu helfen. Der Graf befahl hierauf, Bermondts persönlich an das Telefon zu bitten, worauf der Oberst sich bei ihm anmeldete.

Nr. 19¹²⁵

Unterredung zwischen Graf Rüdiger von der Goltz und Oberst Jevreinov vom Detachment Bermondts

Mitau, 5. September 1919

[Außerdem] zugegen: Major Moojer, Hauptmann Fintelman und Leutnant von Knieriem als Dolmetscher.

Oberst Jewreinow teilt dem Grafen von der Goltz mit, daß Bermondts beabsichtige, einen Offizier zu Kolttschak zu schicken, um diesem einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse hier zu übermitteln.¹²⁶ Eine Kopie des Berichts will der Oberst J. dem Grafen zustellen. In der Hauptsache soll dem General Kolttschak die Bedeutung dieser Front geschildert werden, vor allen Dingen von dem Gesichtspunkt aus, daß die russischen Abteilungen hier alles den Deutschen zu verdanken hätten. Der Oberst schlug nun vor, der Graf möchte auch einen Beauftragten von sich zu K. schicken, damit auf diese Weise die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland schon jetzt ange-

124) Aleksei Valerianov Bellegarde (1861—1942), Monarchist.

125) Druckvorlage: Aufzeichnung in HI Balt. 201 D/40, zwei Seiten.

126) Vgl. Bericht vom 14. 8. 1919 in: A w a l o f f (wie Anm. 47), S. 165 ff.

knüpft werden könnten. Die Russen hätten anfänglich vorgehabt, sich an die deutsche Regierung zu wenden, wären aber davon abgekommen, weil sie die jetzige Zusammensetzung der Regierung nicht für günstig hielten, um mit ihr diesbezüglich in Verbindung zu treten. An den Grafen wenden sie sich, weil der Graf diejenige Persönlichkeit wäre, die für die deutsch-russische Sache am meisten getan habe. Der deutsche Vertreter müßte das Russische beherrschen und selbstverständlich nur als Privatperson erscheinen. Er hätte die Möglichkeit, an Ort und Stelle die Verhältnisse kennen zu lernen, auch mit den Japanern Beziehungen anzuknüpfen. Die Reise soll über die Armee Denikins erfolgen, so daß der betreffende Herr sich auch über die Zustände bei Denikin würde informieren können.

Der Graf dankte für das Vertrauen und äußerte, daß er gerade hierin den ernsthaften Willen der Russen zu einem Bündnis mit Deutschland sehe. Er wies darauf hin, daß er nur General und nicht Politiker sei, die Sache aber an zuständiger Stelle erörtern wolle. Er bat um Aufschub der Reise, bis er sich diesbezüglich informiert hätte.

Major Moojer erteilte der Graf den Befehl, sich mit Winnig in Verbindung zu setzen, der ja bereits den Oberstleutnant von Luck zu Koltshak schicken wollte.

Nr. 20¹²⁷

Meldung über die russischen Truppen in Mitau

Mitau, 9. September 1919

Die Formierung der russischen Abteilungen hat in letzter Zeit leider nur geringe Fortschritte gemacht, da es anscheinend an der nötigen Ausrüstung fehlt und von den zuständigen Stellen keineswegs das geleistet worden ist, was in Anbetracht der bedrohlichen Gesamtlage geleistet werden mußte und bei gutem Willen auch hätte geleistet werden können. Diese mangelnde Leistung ist zum Teil auf die in den russischen Abteilungen herrschende Kanzleiwirtschaft und den langen zu durchlaufenden Instanzenweg zurückzuführen, der die gesamte Organisation hemmt und wohl bald auch völlig lähmen dürfte. Schuld hieran trägt die mangelnde Hingabe aller leitenden Kreise an die Sache und, abgesehen vom bekannten russischen Schlendrian, auch eine durchaus leichtfertige Behandlung der gesamten Materie seitens des Offizierskorps. Dieses ist sich in keiner Weise seiner unter den heutigen Verhältnissen ganz besonders großen Verantwortung bewußt und unglaublicherweise zum größten Teil auch über die allgemeine politische und militärische Lage völlig unorientiert. Es werden auch keinerlei Versuche gemacht, dem Soldaten näherzutreten und sich um sein Wohl und Wehe ernstlich zu kümmern — auch kann ihm bei der großen Unorientiertheit keine Aufklärung über Verhältnisse usw. gegeben werden, deren er durchaus bedarf und die er auch gerne hätte. Die Verschleppung in allen Dingen ist ihm, da „wir ja alles von unserem Bundesgenossen Deutschland bekommen“, völlig unverständlich, ebenso auch die völlige Tatenlosigkeit nach den Ereignissen der letzten Augusttage. Das schier unglaubliche Saufen und Toben innerhalb des Offizierskorps, das des öfteren bereits in schlechtes Benehmen auch auf der Straße ausartet, ist ihm von früher her bekannt, fällt ihm aber dennoch sehr unangenehm auf.

Das wiederholte und öffentlich unterstrichene Betonen des monarchischen Gedankens seitens der Offiziere ist gleichfalls als unpolitisch völlig deplaziert. Wenn auch all diese Erscheinungen die Disziplin noch nicht untergraben haben, so hat die Zuver-

127) Druckvorlage: Gezeichneter Bericht in HI Balt. 201 D/26, vier Seiten. Am Anfang des Schriftstückes mit Bleistift notiert: „Ganz geheim!“.

sicht und Stimmung der Truppe bereits nicht unwesentlich gelitten. Im Interesse der Sache muß von dem Offizierskorps eine wesentlich größere Selbstzucht verlangt werden, denn die Aussicht auf eine unveränderte alte Lotterwirtschaft kann und muß den Soldaten deprimieren und den ganzen Bau auf die Dauer auch untergraben. Auch muß den leitenden russischen Kreisen klargemacht werden, daß die russischen Abteilungen keine Versorgungsanstalten sind. Ferner tritt eine bedauerliche Erscheinung immer mehr zutage: die unzureichende Auswahl der Neueintretenden, die allenthalben dunklen Elementen (auch Offizieren) den Eintritt ermöglicht hat und noch ermöglicht — es gibt bereits Abteilungen, die fast durchweg aus ungeeigneten Persönlichkeiten, resp. dunklen Ehrenmännern bestehen (hierbei ist von Juden und Letten völlig abgesehen worden).

Das Fehlen tüchtiger, der Sache ergebener und milieuvertrauter Organisatoren deutscher- wie auch russischerseits wird immer fühlbarer, und es gewinnt immer mehr und mehr den Anschein, als ob infolge mangelnder Fühlung die Zügel des Unternehmens der leitenden deutschen Hand entgleiten. Um so mehr als der englische Einfluß bei dem Offizierskorps sichtlich wächst; er hat seine Träger vorzugsweise in einer Herrn Remmer umgebenden Gruppe, der eine Anzahl Persönlichkeiten des baltischen Landesadels (in russischer Uniform) angehören, resp. nahestehen. Diese Herren werden öfters in Gesellschaft von Ententeoffizieren gesehen, sind nicht selten in Riga, wo sie glaubwürdigen Berichten nach in Ententekreisen und in lettischen Behörden gesehen worden sind. Schärfste Aufmerksamkeit ist hier dringend erforderlich. Nur durch enge und dauernde Fühlungnahme seitens der deutschen Leitung kann hier Abhilfe geschaffen werden.

Die Zahl der zu den Russen übertretenden Deutschen ist trotz der herrschenden Sympathie recht gering und durch die unpolitischen Werbebedingungen zu erklären, die den ehrlichen Mann dauernd binden, während die Bedingungen von Abenteurern jederzeit straflos mißachtet werden können und werden. Durch gewisse Garantien könnte und müßte der Übertritt tüchtiger Leute gefördert werden.

Anscheinend wird auch in Deutschland unter falschen Vorspiegelungen für die lettische und die Liewensche Armee geworben, denn letzthin ist eine für „Keller“ in Deutschland geworbene „Partie“ von 86 Mann abends per Dampfer nach Riga transportiert worden. Dieser Angelegenheit steht der junge Postendensche Baron Hahn¹²⁸, der inzwischen auch aus Riga verschwunden ist und sich anscheinend zuhause aufhält, entschieden nahe, denn der den Transport führende Offizier hat auf dem Dampfer davon gesprochen, „das Weitere dem Baron überlassen zu wollen“, und Hahn ist mehrere Tage vorher in seiner Gesellschaft gesehen worden. Auch lettischerseits wird eifrig und nicht erfolglos für die lettische Armee Werbung getrieben. Den Werbemännern ist leider nicht beizukommen, da die Angeworbenen sich stets weigern, als Zeugen aufzutreten. Der russische Offizier, der mit Baron Hahn und einem Engländer am 1. dieses Monats per Auto nach Riga fuhr, ist Oberstleutnant Baron Engelhardt. Es muß nochmals auf die Notwendigkeit des sofortigen Austauschs der beiderseitigen Abschubliten hingewiesen werden, da diese bis zu einem gewissen Grade den endgültigen Abschub ungeeigneter Elemente gewährleistet. Ferner wäre auch eine gründliche Sichtung des Offizierskorps und Nachprüfung der Ausweise dringend erforderlich, da auf diesem Wege mancher Abenteurer entlarvt werden könnte. Auch die nach dem 24. August so vorzügliche Stimmung der deutschen Truppe hat infolge der allgemeinen Unklarheit und absoluten Untätigkeit bedenklich stark nachgelassen, und ist bei einer längeren Dauer dieses Mißstandes ein allmähliches Auseinanderlaufen unabwendbar.

Das Benehmen der deutschen Offiziere unterscheidet sich vielfach leider wenig von dem der russischen und ist vielfach völlig unqualifizierbar — beispielsweise scheut

128) Vermutlich Cecil Baron von Hahn (1897—1967). Vgl. DBBL, S. 289 f.

man sich bereits nicht mehr, öffentlich Damen in unstatthafter Weise anzusprechen. Das wüteste Saufen usw. hat auch hier in erschreckenster Weise überhand genommen, und es wird dadurch den Leuten ein Beispiel gegeben, das den Unterchargen es völlig unmöglich macht, auf diese in gutem Sinne einzuwirken, besonders da auch die Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten durch dieses Treiben vielfach stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Natürlich verweisen die Mannschaften bei Ermahnung stets auf das Beispiel der Offiziere. Es ist daher kein Wunder, wenn die Truppe schon jetzt behauptet, daß die Unmoral der Offiziere die Truppe planmäßig demoralisiere!

Vorstehende Ausführungen können von einem jeden, der enge Fühlung mit der Truppe hat und auch sehen will, bestätigt werden. Auch über die Russen hätte alles Erwähnte berichtet werden müssen, wenn bei ihnen deutsche Verbindungsoffiziere säßen, die Einblick in deren inneres Leben haben, der russischen Sprache völlig mächtig und mit der russischen Politik entsprechend vertraut sind. Eben jedenfalls gewinnt man den Eindruck, daß eine deutsche Kontrolle der russischen Abteilungen so gut wie nicht vorhanden ist. All diesen Übelständen muß rasch und zwar durch enge und dauernde persönliche Fühlungnahme abgeholfen werden, soll nicht das deutsch-russische Unternehmen im Keime erstickt werden oder in andere Hände hinübergleiten, was beides für uns eine neue große Blamage bedeuten würde.

Tr. [?]

Nr. 21¹²⁹

Generalmajor Graf Rüdiger von der Goltz an
den Oberbefehlshaber der Freiwilligen West-
armee

Mitau, 19. September 1919

Nach verschiedenen Nachrichten ist es wahrscheinlich, daß die Letten mit starker estnischer Unterstützung in absehbarer Zeit einen Angriff unternehmen werden.

Ich setzte voraus, daß die russischen Truppen der freiwilligen Westarmee bei der Abwehr dieses Angriffes, der sich ebenso gegen die deutschen Truppen richtet, energisch mitwirken werden, und bitte, 1 Bataillon und 1 Batterie durch Zuteilung von Pferden so bereit zu machen, daß es auch auf weiten Entfernungen von Mitau zum Eingreifen befähigt ist. Die übrigen Truppenteile, die mit Rücksicht auf den Bestand an Pferden zu weiteren Märschen noch nicht befähigt sind, bitte ich ebenfalls so fertig zu machen, daß sie in der Nähe von Mitau nötigenfalls eingesetzt werden können.

Der Führer des VI. Reserve-Korps
gez. Graf von der Goltz
Generalmajor

Nr. 22¹³⁰

Kapitän zur See Siewert¹³¹, Gruppe Baltenland,
an das Generalkommando des VI. Reservekorps

Mitau, 27. September 1919

Dem Generalkommando des VI. Reservekorps melde ich ganz gehorsamst, daß heute der Oberleutnant Rafael, Offizier zur besonderen Verwendung beim Stabe des

129) Druckvorlage: Beglaubigte Durchschrift in HI Balt. 202 A/15, eine Seite. Briefkopf: „Generalkommando VI. Reservekorps Abt. Iw Nr. 636“.

130) Druckvorlage: Unterschriebene Ausfertigung in HI Balt. 202 A/14, zwei Seiten. Briefkopf: „Gruppe Baltenland“.

131) Kurt Siewert, Kommandeur der „Deutschen Legion“.

lettischen Kommandanten in Mitau, dem Hauptmann Wagener¹³² mitteilte, daß nach seiner Überzeugung der lettische Oberbefehlshaber in Riga an einen Angriff auf die deutschen und russischen Truppen bei Mitau nicht denke. Er sei im Gegenteil durch die Gerüchte, die vor 8 Tagen zu ihm drangen, daß die Deutschen sich zum Vorgehen rüsten, überrascht worden und dadurch gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen. Er könne außerdem bestimmt versichern, daß keinerlei estnische Truppen bis Riga und über die Düna vorgezogen worden seien, er wisse allerdings nicht darüber Bescheid, ob Abmachungen in dieser Richtung getroffen seien. Jedenfalls habe er selbst weder auf dem Hin- noch auf dem Rückweg estnische Truppen getroffen und glaube, daß, falls uns Mitteilungen darüber zugekommen sein sollten, Verwechslungen mit den Semitantruppen vorliegen, die seiner Zeit zusammen mit estnischen Truppen bei Wenden gekämpft hatten und tatsächlich seit kurzem im Raume von Riga versammelt seien.

Hauptmann Wagener hatte Oberleutnant Rafael vor einigen Tagen bei einer dienstlichen Angelegenheit kennengelernt. Rafael war am nächstfolgenden Tage nach Riga gefahren und hat über die Lage der Letten in Mitau mit dem Oberbefehlshaber der lettischen Armee verhandelt. Nach Mitteilung des Oberleutnant Rafael scheint er autorisiert zu sein, diese Erklärung bei uns abzugeben. Er ließ außerdem durchblicken, daß der Oberbefehlshaber der lettischen Armee zu Verhandlungen geneigt sei.

Mit Rücksicht auf die gesamte Lage erscheint mir eine Vermeidung des Kampfes mit den Letten wünschenswert, und ich schlage deshalb dem Generalkommando vor, entweder selbst durch Oberleutnant Rafael mit Riga in Verbindung zu treten oder dem Hauptmann Wagener Direktionen zu geben, auf Grund deren er zunächst noch als Mittelsperson handeln kann. Oberleutnant Rafael wird am 29. nachmittags noch einmal in meinem Quartier vorsprechen, da er sich am 30. erneut nach Riga begibt.

Siewert
Kapitän z. See

Summary

*German Policy of the Strong Hand in Latvia in 1919.
Selected Documents of the Chief Command of the VI Reserve Corps Led by
General Rüdiger Graf von der Goltz*

In spite of defeat and revolution, in the Baltic policy of the German Reich there was a remarkable continuity till the end of 1919. A decisive requirement was the military power position which German troops in Latvia had gained in the fight against the Bolshevik enemy, according to the conditions of the treaty of armistice. The aggressive policy towards the East was pursued especially by General Rüdiger Graf von der Goltz who had taken the chief command of the VI Reserve Corps in February 1919 and thereby had the command of all formations of volunteers in Latvia and Lithuania. In consideration of his importance for the political development in Latvia in that year, the here published documents can demand special attention, as they come from part of the General's inheritance.

In the main they concentrate on three thematic fields: 1) the German-Latvian relation in the spring of 1919 till the putsch of Libau; 2) the German plans of settlement in Courland; 3) the German-Russian co-operation in the summer of 1919. Most comprehensive are the documents concerning the third thematic complex, which has been dealt with in the literature up to then only based on sparse source material. The documents illustrate the various antagonisms in the circles of Russian emigrants in a clear and vivid way and, in addition, show that General von der Goltz was the prime mover in the co-operation with the anti-Bolshevist Russian formations, which finally led to the so-called Bermond action. Though Bermond nominally held the supreme command, this action was a German affair under Russian colours.

132) Vgl. Anm. 56.